KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 194 November / Dezember 2017 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 194 November/Dezember 2017

Aktuelle Bewertung
Eine nationale Einheitsstrategie ist nun von größter Bedeutung
Nilüfer Koç, Ko-Vorsitzende des Kurdistan-Nationalkongresses (KNK) 4

Über die Arbeit zur kurdischen nationalen Einheit
Nur von einem Teil des Landes auszugehen, wird nicht zur Lösung führen
Rıza Altun, Mitbegründer der PKK und Exekutivratsmitglied der KCK, im Interview 9

Erklärung der KCK zu den Ereignissen rund um Kerkûk und Şengal
Lösung der kurdischen Frage und Demokratisierung des Mittleren Ostens
Ko-Vorsitz des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), 17.10.2017 12

Am 25. September fand die Abstimmung über Unabhängigkeit Südkurdistans statt
Nach dem Referendum: Und jetzt?
Meral Çiçek, Silêmanî, Yeni Özgür Politika, 11. Oktober 2017 14

Demokratisierung des Mittleren Ostens und Etablierung der radikalen und sozialistischen Demokratie
Die Schlüsselfunktion der kurdischen Frage
Ramo Menda, Radio Azadi Redaktion 20

Zum deutsch-türkischen Verhältnis
Veränderung der »Türkei-Politik« oder graduelle Korrektur?
Murat Çakır 23

Das antikurdische Bündnis zwischen Ankara und Teheran
Gemeinsame Feinde als Basis für eine Neugestaltung?
Mustafa Peköz, Journalist und Schriftsteller 25

Frauenrat von Syrien gegründet
Die aktive Rolle der Frauen in allen Lebensbereichen erkämpfen und sichern
Interview mit Nujin Yousuf, Vorstandsmitglied des Frauenrates von Syrien 28

Ein Gespräch über den Aufbau der ersten Internationalen Akademie der YPJ
Die Freiheit erkämpfen, spüren und leben können ...
Andrea Benario, 25.09.2017 30

Jineolojî: Von einem Begriff zur Theorie
Von der Theorie zur Praxis und bleibenden Strukturen für die Frauenrevolution
Andrea Benario, 28.09.2017 36

Bericht über das Jineolojî-Camp 2017
Unser Camp lebte nicht nur von den inhaltlichen Beiträgen ...
Yvonne Heine 43

Der Kommunalismus und die Feminisierung der Politik
Eine andere Art es zu tun
Laura Roth und Kate Shea Baird 45

Efrîn – ein Kanton der Demokratischen Föderation Nordsyrien
Die feuchte, schöpferische Erde
Sozdar Efrîn 49

Die Auswirkungen des Einflusses der kapitalistischen Moderne
Counter-Strike in Hileli
Roza, Internationalistin in Rojava 52

Ilısu-Staudamm wieder in der Öffentlichkeit und Kritik – aber die Zerstörung geht weiter
Ercan Ayboga, Initiative zur Rettung von Hasankeyf 54

Überlegungen zur neuen »Free Öcalan«-Kampagne
Die Zeit ist reif. Wirklich?
Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« 58

Die Repression gegen kurdisch-syrische Organisationen nimmt in Deutschland zu
YPG = PYD = PKK
Elmar Millich, AZADÎ e.V. 61

Dengbêjî als Informationsträger der Geschichte
Die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses
S. R. Jalali 64



Seit dem 9. Oktober 2017, dem 19. Jahrestag der Abreise Öcalans aus Syrien, läuft offiziell die globale Kampagne »Die Zeit ist reif! Free Öcalan!«.



Freude in Nordsyrien. Der IS wurde von den Demokratischen Kräften Syriens aus Raqqa vertrieben; die Stadt ist zerstört, aber endlich befreit.



Trotz angespannter Sicherheitslage in Rojava eröffnen Frauen Jineolojî-Forschungszentren in den Kantonen Efrîn und Cizîrê.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Entwicklungen im Mittleren Osten überstürzen sich. Täglich flammen neue Krisenherde auf und Bündnisse wechseln im Stundentakt. Eine aktuelle Bewertung kann schon am nächsten Tag überholt sein. Während die Operation der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in Raqqa unter großen Opfern beendet wurde und der Islamische Staat damit seine Funktion als Hauptgefahr für die Revolution in Nordsyrien verlor, hat die türkische Armee in Idlib bereits angekündigt, die Lücke zu füllen. Einerseits verteidigen arabische und kurdische Kämpferinnen und Kämpfer unter der Fahne der QSD gemeinsam die pluralistische und multiethnische Demokratische Föderation. Andererseits eskaliert in Südkurdistan und Irak der Konflikt nach dem Unabhängigkeitsreferendum; Höhepunkt waren in dieser Woche die militärischen Auseinandersetzungen in Kerkûk.

Die dreistufige Wahlperiode in Nordsyrien, die mit dem »Demokratischen Volkskongress« abschließen soll, und der Diskurs um das südkurdische Referendum haben nochmals die revolutionäre Dynamik in Kurdistan offenbart. So gibt es unter den großen kurdischen Parteien vornehmlich zwei Perspektiven auf die Selbstbestimmung und Befreiung. Die Grenze zwischen Nordsyrien/Rojava und Nordirak/Südkurdistan trennt zwei Gesellschaftssysteme. Wird im Westen mit dem demokratischen Konföderalismus ein antistaatliches Projekt verfolgt, pocht die politische Elite im Süden auf das nationalstaatliche Modell zur Befreiung und als Symbol der Selbstbestimmung.

Die Diskussionen um kurdische Selbstbestimmung anlässlich des Referendums machen den Charakter der kurdischen Frage als gordischen Knoten deutlich und insbesondere das enorme progressive Potential des von der PKK vertretenen demokratischen, ökologischen und auf Frauenbefreiung beruhenden Paradigmas für die Demokratisierung der Region.

Unwiderruflich mit der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der kurdischen Freiheit verbunden ist der Name Abdullah Öcalan. Wurde vor dreißig Jahren alles verleugnet und verboten, was mit dem »Kurdischen« zusammenhing, wurden die Menschen für das Wort »Kurdistan« noch gefoltert und ermordet, hinterfragt heute niemand mehr die Existenz der kurdischen Gesellschaft und Kurdistans. Heute trägt die von Öcalan mit einer Handvoll Studierender gegründete Demokratiebewegung radikaldemokratische, ökologische Diskurse und Thesen der Frauenbefreiung in den gesamten Mittleren Osten. Ausgerüstet mit Ideen und Philosophie Öcalans schaffen die Menschen in Rojava jenseits von Fremdbestimmung eine lebenswerte Alternative im Chaos der Region. Der von ihm revolutionierte Begriff der Nation, dessen zentrales Merkmal der Pluralismus ist, trägt in den Diskussionen um Selbstbestimmung den Charakter der Befreiung vom Nationalismus, der Pest des 20. Jahrhunderts, wie Öcalan ihn bezeichnet.

Wer also für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, eine Demokratisierung des Mittleren Ostens und überall für mehr »Demokratie statt Staat« eintritt, muss die Aufmerksamkeit auf die Insel Imralı und ihren Insassen richten: Abdullah Öcalan. In diesem Sinne wollen auch wir als Redaktion unsere Unterstützung für die globale Kampagne »Die Zeit ist reif! Free Öcalan!« bekannt geben.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Eine nationale Einheitsstrategie ist nun von größter Bedeutung

Nilüfer Koç, Ko-Vorsitzende des Kurdistan-Nationalkongresses (KNK)

Der Krieg im »kleinen« Land Syrien hat weiterhin große Auswirkungen auf die regionale wie globale Politik. Endlich aber nähert man sich langsam einer politischen Lösung. In der »großen Schlacht« um Raqqa, die sogenannte Hauptstadt des Islamischen Staates (IS/Daesch), ist nunmehr ein Ende in Sicht. Unter Führung der kurdischen Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) haben es die Kämpfer und Kämpferinnen der Demokratischen Kräfte Syriens (Quvvetin Suriya Demokratik, QSD; engl. auch SDF) binnen vier Monaten geschafft, die Stadt und die gesamte Region um Raqqa zu 98 % zu befreien. Die Offensive hatte am 6. Juni dieses Jahres begonnen. Es fehlen kleine Stadtteile im Stadtzentrum, dann ist die Schlacht gewonnen. Genauso wie die Kurden am 7./8./9. Oktober 2014 beharrlich um Kobanê kämpften, so tun sie es heute gegen den IS in Raqqa. Die damalige große Schlacht um Kobanê war zu einer nationalen Sache der kurdischen Ehre geworden, der Sieg von Kobanê war auch der Beginn des Zerfalls des IS-Mythos. Fällt dessen Hauptstadt Raqqa, so fällt der IS insgesamt. Um das zu vermeiden, hat er etwa 2.000 Zivilisten als Geiseln in den kleinen Stadtteilen im Stadtzentrum gehalten. Die werden als Schutzschilde benutzt, was den Befreiungskampf der QSD-Kräfte maßgeblich behindert.

Grenze zwischen Demokratie und Diktatur wird konkreter

Parallel zu Raqqa wurde durch die QSD vor einem Monat eine zweite Offensive auf die Region Deir az-Zor (Grenzgebiet zwischen Irak und Syrien) eröffnet. Nördlich des Firat (Euphrat) haben die QSD-Kräfte die Kontrolle erlangt, südlich versucht das Baath-Regime den Fluss nach Norden zu überqueren, wird aber durch die QSD gestoppt. Der Fluss ist nunmehr zu einer natürlichen Grenze zwischen dem demokratischen Norden Syriens und dem immer noch diktatorischen Baath-Regime geworden. Hierbei handelt es sich um eine politische Grenze. Eine Grenze zwischen Demokratie und Diktatur.

Wahlen in Nordsyrien

Jenseits der militärischen Befreiungsoffensiven gibt es auch revolutionäre Entwicklungen im gesellschaftlichen Bereich. Am 22. September gingen die Bürger und Bürgerinnen für die Wahl der Ko-Vorsitzenden der Kommunen zu den Wahlurnen. Die Kommunen bilden die Grundlage der radikalen Demokratie, was die direkte Praktizierung des Selbstbestimmungsrechts auf der Grundlage der Basisdemokratie bedeutet. Die Kommunen sind im vernetzten und sehr kompliziert aufgebauten System des Demokratischen Föderalismus Nordsyriens der Boden der Demokratie. Über die Kommunen ist die Demokratie Nordsyriens von unten nach oben errichtet worden. Mit einer Beteiligung von 82 % der Bevölkerung stimmten Kurden, Araber und Assyrer für diese Demokratie. Jede der Volksgruppen hatte ihre eigenen Kandidaten. Zudem wurde die politische Doppelspitze, also jeweils eine Frau und ein Mann, zu Ko-Vorsitzenden gewählt. In vielen Gebieten gingen zum ersten Mal arabische Frauen an die Wahlurnen. Entsprechend den patriarchalischen Normen hatten die meisten arabischen Stämme ihren Frauen nicht erlaubt, selbst zu wählen. Das Baath-Regime, auf dem Papier säkular, modern und sozialistisch, hatte diesen arabischen Regeln bislang zugestimmt gehabt. Zum ersten Mal gingen nun tausende arabische Frauen in Nordsyrien am 22. September 2017 ihre Kandidaten wählen. Im Gebiet Efrîn beteiligten sich zum ersten Mal die weit verstreut lebenden Roma- und Sinti-Gruppen.

Die Wahlen waren begleitet von einer Begeisterung und Entschlossenheit aller Volksgruppen, der Frauen und Männer, obwohl das Baath-Regime alle erdenklichen Maßnahmen der Gegenpropaganda ergriffen hatte. Das Wahlergebnis wurde dann als politische wie auch eine Volksabstimmung über die Demokratische Föderation Nordsyrien (DFNS) interpretiert.

Türkei will den IS retten

Während der revolutionäre Prozess im Norden Syriens militärisch, politisch als auch gesellschaftlich systematisch voranschreitet und sich seine Strukturen konkretisieren und institutionalisieren, wird er aber auch von starker Gegenwehr begleitet. Es ist die Türkei, die alles daransetzt, Nordsyrien zu hindern, seine Demokratie zu konsolidieren und auf Gesamtsyrien auszuweiten. Denn neben den Lösungsansätzen in Nordsyrien hat das Demokratische Parlament Syriens (MSD), das aus allen Volksgruppen wie Kurden, Arabern, Assyrern, Turkmenen etc. bestehende politische Organ, auch seine Anstrengungen zur Ausarbeitung einer Verfassung für ganz Syrien intensiviert. In den befreiten Gebieten um Raqqa und Deir az-Zor gründen das MSD und die politische Führung der DFNS Volksparlamente. Hier werden nicht nur die zerstörten Städte und Dörfer aufgebaut, sondern auch die Demokratie. Diese Entwicklung und vor allem die erfolgreiche militärische Befreiung Raqqas und Deir az-Zors hat die AKP-Regierung der Türkei in Panik versetzt. Nachdem Staatspräsident Erdoğan die USA und Russland auf dem UN-Gipfel vor einigen Wochen nicht von einer gemeinsamen militärischen Intervention in Nordsyrien überzeugen konnte, leistet sie sich im Alleingang eine Gegenoffensive. Um die Kampfkraft der QSD in Raqqa und Deir az-Zor aufzuspalten, hat sie die Zahl ihrer Soldaten an der Grenze zu Idlib aufgestockt. Am 8. Oktober, auf der AKP-Sitzung in Afyon, rechtfertigte Erdoğan die Idlib-Operation mit den Worten »Wir wollen kein neues Kobanê erleben«. Der Zeitpunkt seiner Äußerung birgt einen historischen »Zufall«. Denn die Entscheidung des Sieges von Kobanê fiel in den Tagen des 6./7./8. Oktobers 2014. Kurden aus aller Welt hatten sich damals gegen Erdoğans Stoßgebete »Kobanê wird fallen« erhoben. Nicht Kobanê, aber Erdoğan fiel. Denn der Sieg von Kobanê war der Beginn der Niederlage des IS, der maßgeblich als türkisches Werkzeug gegen die Kurden eingesetzt wurde.

Mit der kompletten Befreiung von Raqqa als IS-Zentrale wird der IS Geschichte werden. Daher hat die türkische Militärintervention in Idlib das Ziel, ihn am Leben zu erhalten. Bislang wurde der IS logistisch und personell sowie militärisch über Idlib ernährt. Seine Kämpfer wurden über Idlib in Nord- und Gesamtsyrien eingeschleust. Ein anderer Grund ist der geplante militärische Angriff auf die kurdische Stadt Efrîn, die in Mittelmeernähe liegt. Die Türkei will mit der Besetzung Efrîns verhindern, dass im Falle einer politischen Lösung Erdöl und -gas Nordsyriens über die Kurden zum Mittelmeer auf den Weltmarkt gelangt, dafür will sie diese Energietransportroute selbst unter Kontrolle bekommen. Wenn Efrîn nicht belagert werden kann, dann soll von südlich gelegenen Militärstützpunkten ausgehend die Region Efrîn umzingelt und dadurch die Kontrolle gewonnen werden. Ankara nennt diese Besat-



Am 22. September gingen die Bürger und Bürgerinnen für die Wahl der Ko-Vorsitzenden der Kommunen in Nordsyrien zu den Wahlurnen. Die Kommunen bilden die Grundlage der radikalen Demokratie, was die direkte Praktizierung des Selbstbestimmungsrechts auf der Grundlage der Basisdemokratie bedeutet.
Foto: ANHA

zungsstrategie »Verhinderung der Planung von kurdischem Korridor zum Mittelmeer«.

Eigens zu diesem Zweck hat die AKP-Regierung ein neues Abkommen mit Hayat Tahrir asch-Scham geschlossen, die ohnehin in Idlib agieren. Dschabhat al-Nusra gilt als langjähriger Bündnispartner der Türkei, nun unter dem neuen Namen Hayat Tahrir asch-Scham, im Grunde eine andere Version des IS.

Die Türkei mit ihrer eindeutigen antikurdischen Politik war Ende 2014 in Kobanê gescheitert, das wird sie auch in Raqqa und Deir az-Zor. Der IS wird hier zur Geschichte werden. Seine einzige Möglichkeit sind Zivilisten als Schutzschilde und Geiseln. Die Kurden mit allen anderen Partnern der DFNS bereiten sich politisch auf den Endspurt im Syrienkrieg vor. Nach den erklärten Siegen von Raqqa und Deir az-Zor wird die Zukunft Syriens nun nicht mehr auf dem Schlachtfeld, sondern an den politisch-diplomatischen Verhandlungstischen zur Agenda werden. Sowohl die Kurden als auch ihre Bündnispartner, die Vertreter der einzelnen Volksgruppen, sind bereit für den Verhandlungstisch. Sie haben ein Verwaltungsmodell geschaffen, das nicht mehr rückgängig zu machen und zuletzt durch die Kommunalwahl bestätigt worden ist. Es werden nunmehr im Dezember Kantonal- und Regionalparlamentswahlen stattfinden, zuletzt im Januar 2018 die letzte Wahl der höchsten Instanz, nämlich des DFNS-Parlaments. Diese Planung ist nicht aufzuhalten, da sie auf einer gefestigten Grundlage entwickelt wird.

In Syrien gescheitert – neuer Anmarsch auf Südkurdistan

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Türkei mit ihrer antikurdischen Politik in Nordsyrien gescheitert ist. Nun aber versucht sie ihr Glück in Südkurdistan (Nordirak). Dazu lieferte das Referendum am 25. September 2017 für einen unabhängigen kurdischen Staat vor allem für die Türkei einen Anlass, erneut aktiv in die Politik des Mittleren Ostens einzugreifen. Erdoğan sucht nun für seine kurdenfeindliche Politik ein Bündnis mit Irak, Iran und Syrien. Dafür pendeln hochrangige türkische Militärs wie Politiker zwischen Ankara, Teheran, Bagdad und Damaskus. Denn auch diese haben sich vehement gegen den kurdischen Staat ausgesprochen. Ankaras vorrangiges Ziel mit Bagdad ist es, eine kurdisch-arabische Feindschaft anzustacheln. Das hatte es sieben Jahre lang in Nordsyrien versucht, war aber an der stabilen Vertrauensbasis zwischen Arabern und Kurden gescheitert. Mit Teheran versucht es mit der ohnehin aggressiven Politik gegen die Kurden einen Krieg anzuzetteln. Erdoğan geht so weit, dass er im Namen dieser Staaten tätig wird – als sei er ihr Sprecher. Politisch wird das allerdings nicht aufgehen können. Iran hegt genauso wie die Türkei Großmachtansprüche in Nah- und Mittelost. Im Falle einer iranischen Militärintervention in Südkurdistan wird sich die PKK zu Wort melden, da sie es als Angriff auf ganz Kurdistan verstehen wird. Mehrere hochrangige PKK-Politiker haben dies bei der Darstellung ihrer Politik gegen die Türkei für den Fall einer türkischen Invasion erklärt. Das gilt für Iran als auch für alle anderen, die vorhaben, Südkurdistan anzugreifen. Das begreift die PKK als patriotische Selbstverständlichkeit. Iran steht außenpolitisch stark unter Druck. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die USA mit sunnitischen Arabern wie Saudi-Arabien und Ägypten einen arabischen Block um Iran zu bilden versucht. Zum anderen erlaubt die wirtschaftliche Situation keinen zusätzlichen Krieg gegen die Kurden. Denn Iran investiert fast die gesamten Staatseinnahmen für seine interventionistische Kriegspolitik in fast allen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas. Außerdem sind die 15 Millionen Kurden in Iran durch die kurdischen Erfolge in Nordsyrien bereit für einen Systemwechsel. Hier hat die Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistans (KODAR) großen Einfluss auf die Bevölkerung, aber auch eine starke Guerillapräsenz. Ebenso wird sich Irak keinen Krieg mit den Kurden leisten, da er dafür weder außenpolitische Unterstützung noch wirtschaftliches Potential hat.

Ob die Türkei mit der Idlib-Intervention Erfolg haben wird, ist fraglich, da weder Russland noch Iran oder Syrien ernsthaft Interesse an einer Aufteilung der Macht mit der Türkei haben. Die Türkei hatte sich für diese Staaten im vergangenen Dezember als nützlich erwiesen, da sie nach der Niederlage in Aleppo letzten Endes auf Veranlassung Russlands und Irans ihre bisher gestützten IS- und Al-Qaida-Gruppen selbst schwächen musste, indem sie sie zum Rückzug zwang. Nicht nur die Türkei, auch Russland, Iran und vor allem Syrien haben großes Interesse daran, den kurdischen Korridor zum Mittelmeer jeweils selbst zu kontrollieren. Hier wird es im globalen Maßstab zu einer neuen Energietransportroute kommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die genannten Bündnispartner der Türkei ein ähnliches Vorgehen wie in Aleppo auch in Idlib beabsichtigen, ist daher hoch.

Das Referendum – ein Machtspiel mit dem Feuer

Die Volksabstimmung in Südkurdistan über einen kurdischen Staat hat die AKP zum Anlass genommen, ihre Niederlage in Nordsyrien zu begleichen. Hier glaubt sie Resultate zu erzielen, da sie aufgrund ihrer strategischen Beziehung zur Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) nicht nur Einfluss auf die Wirtschaft, sondern auch auf weite Bereiche der Politik in den PDK-Gebieten hat. Dort unterhält sie zudem 15 Militärstützpunkte in Grenznähe. Erdoğan hat seine Ablehnung der kurdischen Regionalregierung (KRG) des Öfteren kundge-



Allein die Volksverteidigungskräfte HPG stellten sich in Kerkûk gegen die Haschd-al-Schaabi-Milizen. Foto: ANF

tan, verwies darauf, dass die Türkei 2003 einen großen Fehler begangen habe, indem sie der Bildung der KRG zugestimmt hatte. Nun sieht er offensichtlich die Chance, diesen Fehler zu korrigieren.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein selbstverständliches Recht des kurdischen Volkes. Es steht den Kurden unbestreitbar zu, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Jahrhundertelang haben sie jede erdenkliche Brutalität erfahren. Den Grund dafür sahen sie in ihrer staatenlosen Identität. Mit dem Wunsch nach einem eigenen Staat glaubten und glauben viele, dass sie an Macht gewännen, was sie vor Angriffen von außen schützen würde. Fragt man nach einem allgemeinen Grund, wird darauf hingewiesen, dass die Kurden Opfer geworden seien, weil sie keinen Staat hatten. Diese Überzeugung sitzt sehr tief und hat unmittelbar mit der Brutalität der Kolonialstaaten zu tun, der sie ausgesetzt waren. Es ist daher wichtig, diese Psychologie der Kurden zu verstehen.

Allerdings gibt es kurdische Parteien und Politiker, die leider mit dem Versprechen eines kurdischen Staates mit dem uralten Traum spielen und wirtschaften.

In einem weiten Rahmen wurde der kurdische Traum zum politischen Instrument der Machtpolitik in Südkurdistan. Das Referendum am 25. September sollte vielmehr der Machterhaltung der PDK dienen und deren Vorsitzenden Herrn Mesûd Barzanî für die kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stärken. Seit dem IS-Angriff von 2014 leiden sowohl der jetzige KRG-Präsident wie auch seine Partei unter einem großen Imageverlust. Denn sie konnten den Angriffen des IS auf Şengal (Sindschar), Maxmûr und Kerkûk nicht standhalten. Die PKK war herbeigeeilt und hatte einen Massenmord an Êzîden in Şengal sowie den Durchmarsch des IS über Maxmûr nach Hewlêr (Erbil), der Regionalhauptstadt, verhindert. Ferner hat der PDK die über ein strategisches Bündnis hinausgehende Freundschaft zur AKP-Regierung mehr Probleme bereitet. Nicht nur die Kurden waren mit dieser Beziehung einverstanden, auch viele internationale wie regionale Mächte. Dass die AKP auf Seiten des IS und anderer Banden stand, war ein offenes Geheimnis. Sich politisch, wirtschaftlich und diplomatisch auf eine immer schwächer werdende Kraft zu konzentrieren, hat der kurdischen Sache insgesamt geschadet.

Vom Freund zum Feind

Die Türkei hat seit dem Umbruch im Nahen/Mittleren Osten ihre Bündnispartner schrittweise ausgespielt. Angefangen von der NATO bis hin zu Staaten, mit denen sie strategische Bündnisse unterhielt, hat sie aufgrund ihrer eigensinnigen Machtpolitik gegenwärtig mit allen ein Problem. Mit den arabischen Staaten wie Saudi-Arabien und Katar zusammen hatte sie lange Zeit mit dem sogenannten sunnitischen Block den IS

etc. unterstützt. Im Dezember letzten Jahres hat sie sich dann nach der Niederlage in Aleppo auf die Seite des von Russland, Iran und Syrien getragenen sogenannten schiitischen Lagers geschlagen.

Der AKP blieb als einziger treuer Freund Mesûd Barzanî mit seiner Partei, der PDK. Mit dem Referendum hat KRG-Präsident Barzanî vor den geplanten Wahlen im November 2017 seine Macht zu sichern versucht. Nun steht seine Machtpolitik gegen die Erdoğans. Es vergeht kaum ein Tag, an dem türkische Medien nicht Barzanî beschimpfen. Selbst Erdoğans Äußerungen über Barzani sind weit jenseits politischer Kultur und geprägt von Beleidigungen. Hier gilt nun die Frage, wird Barzanî seine bisherige Türkeipolitik ändern oder weiterhin der einzige Freund bleiben, der Erdoğans Regime auf den Beinen hält. Da sich die Politik der PDK und ihres Vorsitzenden wenig um die kurdische Sache dreht, dafür mehr auf seine eigene Machtpolitik konzentriert ist, sollte man von patriotischen Erwartungen absehen.

Dass es sowohl der PDK als auch Barzanî nach dem Referendum nicht um die Ausrufung eines kurdischen Staates, sondern mehr um eigene machtpolitische Interessen ging, ist heute offensichtlicher denn je. Ein Realpolitiker wie Barzanî, der sein ganzes Leben in der Politik verbracht hat, dürfte angesichts der politisch instabilen Lage in der Region wissen, dass die Proklamation eines kurdischen Staates gegenwärtig fast unmöglich ist. Viele der westlichen Politiker und Staaten haben dies im Voraus sehr deutlich klargemacht. Auch aus kurdischer Sicht sind die Bedingungen innenpolitisch nicht reif genug, um einen Staat auszurufen. Es gab keine nachvollziehbaren Konzepte über Schritte, Wege und Methoden nach dem Referendum. Nach wie vor ist unklar, ob PDK und PKK bereit sind, ihre militärischen Kräfte, Polizei, Geheimdienste, Sicherheitsbereiche zu vereinigen. Unklar ist aber auch, ob die Checkpoints zwischen den Einflussgebieten der PDK und ihrer Konkurrentin und Koalitionärin, der Patriotischen Union Kurdistans (YNK), aufgehoben werden. Es sind immens viele Fragen, die von der PDK bislang unbeantwortet geblieben sind.

Über die PDK-Medien war vor dem Referendum eine unglaubliche Atmosphäre erzeugt worden, die jeden zum »Ja« zwang. Denn wer es wagte, »Nein« zu sagen, wurde gleich als Vaterlandsverräter hingestellt. So waren etliche politische Parteien in dieser Atmosphäre gezwungen, sich dem Spiel anzuschließen.

Es ist auch anders möglich

Die Kurden genießen seit 2003 einen weitgehend autonomen Status in Irak. Sie haben ihre eigene Armee, Polizei, Geheimdienste, Flughäfen, Medien, Diplomatie, Erdölverkauf, freie Wirtschaft, fast alles, was so ein Nationalstaat hat. Das Einzige, was störte, war der Umstand, dass sie in den UN nicht als Kurden, sondern als Iraker gelten.

Sicherlich ist es an der Zeit, dass dieses Volk mit seinen 40 Millionen von den UN offiziell, politisch und rechtlich als eigenständig anerkannt wird. Denn solange dies nicht der Fall ist, können die Kurden nicht gegen die Unterdrückung durch die Staaten vorgehen, von denen sie verfolgt werden. Ein Volk ohne rechtliche Anerkennung bedeutet, dass es von den Kolonialstaaten wie Freiwild gejagt werden kann. Bei allen bisherigen staatlich verübten Morden an Kurden kann kein Fall vor die internationalen Gerichte gebracht werden. Den Kurden muss durch die UN ein Sonderstatus gewährt werden, sodass sie, auch wenn sie keinen eigenen Staat haben, rechtlich gegen die sie angreifenden Staaten vorgehen können. Es kann nicht angehen, dass sie die Türkei nicht vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen können, obwohl sie vehement ihre elementarsten Rechte verletzt. Dasselbe gilt auch für Ostkurdistan und Iran.

Die Kurden in Irak hatten nach Saddam bisher keine gravierenden Probleme. Durch die Ausweitung und Demokratisierung der irakischen Verfassung und Politik wäre es möglich, politisch für mehr Rechte zu kämpfen. Der Dialog mit Bagdad war und ist wichtig. Auch wenn Hewlêr ein Teil Iraks ist, so sah es in den letzten Jahren aus, als würde es Ankara unterstehen. Das hätte nicht sein müssen.

Als Prävention gegen weitere durch die Türkei verursachte Probleme ist es nunmehr wichtig, dass die Kurden in einem Nationalkongress zusammenkommen und eine einheitliche Position im Hinblick auf die Türkei entwickeln. Von der kurdischen Frage haben seit Sykes-Picot und Lausanne viele Mächte profitiert. Deshalb wird es für keine kurdische Kraft einfach sein, im Alleingang gegen den Strom zu schwimmen. Die Entwicklungen in Südkurdistan nach dem Referendum haben erneut deutlich gezeigt, dass sich viele Staaten dieser Frage bedienen wollen. Um das zu verhindern und die Kurden als Spielball, wie am Beispiel Südkurdistan-AKP-Bündnis ersichtlich wurde, auszuschließen, ist eine nationale Einheitsstrategie unter ihnen von größter Bedeutung. Die Türkei hat stets versucht, die PDK gegen die PKK aufzustacheln. Das klassische »Teile und herrsche«-Spiel der Türkei ist jetzt auch in Südkurdistan in Frage gestellt worden. Überhaupt müssen sich die Kurden gegen das türkische Vorhaben, mit Iran, Irak und Syrien eine neue antikurdische Koalition zu bilden, einigen und sowohl Irak als auch Iran und Syrien ihre Bereitschaft zum Frieden darlegen. Denn die Kurden haben mehr ein Problem mit der Türkei. Und nicht nur die Kurden, fast die halbe Welt ... ♦

Über die Arbeit zur kurdischen nationalen Einheit

Nur von einem Teil des Landes auszugehen, wird nicht zur Lösung führen

Rıza Altun, Mitbegründer der PKK und Exekutivratsmitglied der KCK, im Interview

Warum legt die Bewegung so viel Wert auf eine nationale Einheit der Kurden?

Es hat in der Historie immer Probleme bei der Nationbildung der Kurden gegeben. Aufgrund der ständigen Einflussnahme externer Kräfte und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Konstellationen haben es die Kurden im Lauf der Geschichte nicht geschafft, einen Prozess der stabilen Nationbildung zu bewerkstelligen. Dieser schmerzhafte Prozess wurde begleitet von der andauernden Teilung und Interventionen von außen. Und dies wiederum führte zu tief greifenden Problemen. Selbstverständlich wird dagegen angekämpft, aber dies bedeutet nicht die Bewältigung des Problems. In dieser Hinsicht müssen wir Kurden zu dessen Lösung zunächst die historische und die aktuelle Lage äußerst genau analysieren und davon ausgehend unserem Befreiungskampf eine Richtung geben. Andernfalls werden wir die kurdische Frage nicht wirklich lösen können. Man beachte, dass seit dem Ersten Weltkrieg der Kampf bis heute nie beendet worden ist. So oder so wurde Widerstand geleistet. Er hat nie aufgehört, aber durch ihn wurde das Problem bis in die heutige Zeit getragen. Aus dieser Perspektive ist unsere Bewegung zu der Feststellung gekommen, dass das Problem der Nationbildung der Kurden sehr konkret angepackt werden muss. Und es steht fest, dass ohne die Überwindung dieses Handicaps in der Gesellschaft die kurdische Freiheit nicht realisiert werden wird. Daher muss das Problem grundlegend angegangen werden, indem auf der Basis des Bewusstseins von einer kurdischen Nation ein ideologischer Boden geschaffen und von dort aus die kurdische Frage zu einer politischen Lösung gebracht wird. Unsere Bewegung hatte bei ihrer Gründung diese Auffassung vertreten, sie sich zum Grundsatz genommen und sich stets daran ausgerichtet und entsprechend gehandelt. Es ist zu beachten, dass sich die PKK seit ihrer Gründung bis heute die gleiche Politik und den gleichen Grundsatz auf ihre Agenda geschrieben hat und davon ausgehend stetig auf eine Lösung hinarbeitet.

Im Moment ist etwas ganz anderes nötig. Zwar ist die kurdische Frage noch nicht vollständig gelöst, aber tagesaktuell sind die Systemkrise, die regionale Krise, der hundertjährige Widerstand der Kurden, insbesondere der vierzigjährige Widerstand unserer Partei und der Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Dies wiederum hat zwei Seiten. Einerseits das Beharren des internationalen Systems und der Antirevisionisten in Bezug auf die kurdische Frage und die grundlegende Politik der kurdischen Verleugnung und andererseits haben die Kurden mit ihrem Kampf und Widerstand Werte erlangt, durch die sie die Möglichkeit, ihre Freiheit zu erlangen, in greifbare Nähe gerückt haben. Die Kurden sind zum einen für die Lösung der Systemkrise im Mittleren Osten in einer unleugbaren Situation und zum anderen sind sie an einen Punkt gelangt, an dem ihr Erreichen eines Status quo in der Region eine grundlegende Rolle spielt. Falls sie diese Rolle spielen wollen, dann wird es sich nicht um das Ergebnis der ideologischen Politik der einzelnen kurdischen Bewegungen handeln, sondern vielmehr um das Erreichen einer politischen Einheit des vorhandenen kurdischen Potenzials. Eine politische Einheit bedingt jedoch ein nationales Bewusstsein. Es bietet sich die Chance, sowohl eine nationale Einheit und Mentalität zu schaffen als auch eine kurdische politische Einheit, durch die eine einprozentige Chance in die kurdische Freiheit verwandelt werden kann. Das ist heutzutage elementar. Halten wir uns die Mittelostkrise im Allgemeinen und die Entwicklungen in Syrien und Rojava *[Westkurdistan]*, die Lage im Süden und auch die im Iran und in der Türkei vor Augen, dann stehen die Kurden ebenso einer großen Gefahr gegenüber, wie auch ihrer Freiheit der Weg geebnet worden ist.

Sie haben von der Teilung der Kurden gesprochen. Doch wenn von Nationbildung die Rede ist, dann auch von einem Stück Territorium. An was für eine Nationbildung bzw. was für ein Modell denken Sie angesichts der Teilung?

Um die nationale Frage erneut auf die Agenda zu setzen, bedarf es konkreter Antworten für die Suche nach einer nationalen Einheit. Die Kurden stehen vor einer unklaren Lage.

Es wird nicht alles radikal herausgearbeitet und entsprechend politisch umgesetzt. Jeder tut irgendetwas an seiner Front, aber worauf es beruht, ist strittig. Beispielsweise ist der Kern der kurdischen Frage: Erstens bilden die Kurden ein Ganzes. Sie müssen sich vom Begriff Heimatland ausgehend in Bewegung setzen. Wenn wir das tun, dann bedeutet es gleichzeitig eine nationale Ebene. Das steht über dem geteilten Kurdistan. Einen solchen Ansatz brauchen wir. Unserer Ansicht nach ist Kurdistan eins und das Land der Kurden ist Kurdistan. Und eine Nationbildung kann sich nur durch ein Heimatland entwickeln. Aber die Interventionen in der gesamten Geschichte und die Teilungen Kurdistans haben einen dialektischen Prozess der Nationbildung nicht zugelassen. Es ist immer wieder geteilt und zerstückelt worden. Die Kurden haben sich jedoch trotz aller Teilungen ihre nationalen Besonderheiten bewahrt.

In allen vier Teilen Kurdistans arbeiten zahllose Bewegungen und jede auf einen Landesteil beschränkt. Wir kritisieren das. Denn Kurdistan zu teilen und in diesen Teilen jeweils eine Hegemonie zu bilden, unter der ein politischer Status erlangt werden soll, ist eine unzureichende Herangehensweise. Sie ist falsch. Damit werden wir die Ausbeutung und die internationalen Abkommen legitimieren.

Sie haben sie sich auf der Grundlage eines Heimatlandes und ihrer Einheit erhalten. Doch die Teilung hat eine neue Situation geschaffen. Daher ist eine folgende Herangehensweise erforderlich: Erstens müssen die Kurden vom Begriff »Heimatland« ausgehend und in dem Bewusstsein des Heimatlandes Kurdistan vorgehen. Das beinhaltet alle vier Landesteile und betont die Nationbildung in ihnen. Das ist die Herangehensweise und auf dieser Grundlage sind die Probleme anzugehen, wozu es ein Lösungsparadigma geben muss. Hinzu kommt jedoch, dass eine reale Situation besteht, entstanden in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als Kurdistan in der Phase zwischen Sykes-Picot und Lausanne geteilt wurde. Und das ist die Realität der Teilung. Somit ist es nicht möglich, diese beiden Aspekte zu trennen, genauso wie es keine Lösung schafft, sich unter Verleugnung des ganzen Landes auf einen Landesteil zu fokussieren. Darauf ist besonders zu achten.

Genau besehen zeigt sich beim Vergleich der Haltung aller politischen Parteien, dass wir ein solches Problem haben. Die politischen Bewegungen nähern sich der Sache stets im Rahmen ihres jeweiligen politischen Hintergrunds an, obwohl sie von Kurdistan und dessen vier Teilen sprechen. Die auf den jeweiligen Landesteil beschränkte Herangehensweise überwiegt. Das wiederum bedeutet die Rechtfertigung von Sykes-Picot und Lausanne. Verbal ist man dagegen, aber praktisch ist es eine Rechtfertigung. Der Ansatz eines Nationalkongresses bedeutet die Überwindung dessen.

Vorrangig müssen die Kurden die Probleme angehen, indem sie vom Begriff des »Heimatlandes« ausgehen und alle vier Teile Kurdistans als eine Nation annehmen, und dabei eine Politik erarbeiten und Lösungen entwickeln, indem sie die bestehende konkrete Situation der Teilung Kurdistans nicht außer Acht lassen. Wenn von der Entwicklung einer politischen Lösung die Rede ist, dann heißt das nicht eine auf den Landesteil beschränkte und der Trennung dienende, sondern eine dem Begriff des »Heimatlands« und der Nationbildung dienende und in dem jeweiligen Landesteil Freiheiten schaffende Politik. Aus diesem Blickwinkel wird die Sache verständlicher.

Jede politische Partei hat ihre eigene ideologische Identität. Wenn von nationaler Einheit, dem Nationalkongress, der Nation und dem Zusammenkommen die Rede ist, wie setzen sich die ideologischen Identitäten dieser politischen Parteien in einer nationalen Einheit zusammen? Sie haben ja ihrer Identität entsprechend externe Allianzen geschlossen. Welcher Platz innerhalb dieser nationalen Einheit soll diesen Unterschieden eingeräumt werden?

Nun ja, wenn wir den Begriff der Nation gebrauchen, dann bedeutet es bereits das Miteinbeziehen der ideologisch-politischen Unterschiedlichkeiten. Es drückt nicht eine Ideologie und eine politische Beschaffenheit aus. Es ist eine nationale Gesellschaft, eine nationale Form. Mit der Besonderheit, dass alle Unterschiede wie Religion, Ethnie, Kultur usw. der Gesellschaft erfasst werden. Hinzu kommt, dass wir den Begriff erweitern auf die »demokratische Nation«[1] und dadurch der Formulierung eine legitimere Basis schaffen. Sowohl der allgemeine Begriff der Nation als auch der der demokratischen Nation beinhalten das, was Sie gesagt haben. Verschiedene Ideologien und politische Strömungen können sich darin artikulieren. Der gemeinsame Nenner ist die Nation. Die demokratische Nation. Aus deren Perspektive gibt es nichts Natürlicheres als die Unterschiedlichkeiten. Unterschiede sind für eine nationale Einheit kein Hindernis. Ganz im Gegenteil bedeuten sie die Nationalität. Wichtig ist, dass sich die Unterschiedlichkeiten

1 http://ocalan-books.com/downloads/en-brochure-democratic-nation_2017.pdf

in der nationalen Einheit äußern und diese dadurch Legitimität gewinnt. Das ist grundsätzlich notwendig.

In allen vier Teilen Kurdistans arbeiten zahllose Bewegungen und jede auf einen Landesteil beschränkt. Wir kritisieren das. Denn Kurdistan zu teilen und in diesen Teilen jeweils eine Hegemonie zu bilden, unter der ein politischer Status erlangt werden soll, ist eine unzureichende Herangehensweise. Sie ist falsch. Damit werden wir die Ausbeutung und die internationalen Abkommen legitimieren. Wir dürfen es nicht auf diese Weise betrachten, sondern als Gesamtheit, und wir müssen unsere Probleme innerhalb dieser Gesamtheit bestimmen. Die Lösungswege mögen unterschiedlich sein, aber bei den grundlegenden Punkten im nationalen Kampf kann man sich gemeinsam bewegen. Und das ist die nationale Einheit, wie wir sie uns vorstellen. Alles andere, wie die ideologisch-politischen Unterschiede, sind eine interne Angelegenheit bzw. eine Frage oder ein Diskussionspunkt Kurdistans. Falls nicht nach außen eine Politik der Kollaboration betrieben wird, falls die Grundlage die Freiheit Kurdistans und des kurdischen Volkes ist, bedeutet das in dieser Hinsicht kein Problem.

Wenn wir es konkretisieren, dann ist die Rede von der Partnerschaft innerhalb der vier Teile Kurdistans. Wie wird die politische Verwaltung aussehen und wo befindet sich darin der Nationalkongress? Gibt es dazu eine Skizze?

Da die Kurden das Problem einer nationalen Einheit noch nicht gelöst haben, gibt es dazu noch keine Diskussionen über tiefer gehende Projekte. Wir reden vom Problem einer gemeinsamen Haltung in allen vier Teilen Kurdistans. Und wir reden davon, dass sich alle politischen Bewegungen des Problems nur auf den jeweiligen Landesteil beschränkt annehmen. Dies zu überwinden ist vorrangig.

Meiner Meinung nach ist es auch nicht notwendig, dies mit zu tief greifenden Projekten zu trüben. Das Hauptproblem ist Folgendes: Es sollte kein auf den Landesteil beschränkter, sondern ein ganzheitlicher Ansatz sein. Das Heimatland ist durch die beschränkte Herangehensweise beeinträchtigt. Im Allgemeinen sind die Begriffe Nation und demokratische Nation durch die fragmentarischen Ansätze in allen vier Landesteilen vernebelt. Das bedeutet eine ausdrückliche Bejahung von Sykes-Picot, was wir nachdrücklich ablehnen. Um dies zu überwinden, müssen wir eine politische Partei werden, die mit einem nationalen Bewusstsein auf der Grundlage des viergeteilten Heimatlandes agiert. Das Modell ist zu diskutieren, wenn wir das geschafft haben. Der Nationalkongress ist eines dieser Modelle.

Was würde passieren, wenn wir die Gewinne des Ostens oder des Westens im Süden sammeln? Es würde sie nur zerstören und sonst nichts weiter. Aber wenn wir diese Werte vernünftig zusammenfügen, dann schützen und stärken wir sie. Daher müssen wir über eine gemeinsame politische Berechtigung verfügen. Sie muss demokratisch sein und einen gemeinsamen Konsens aller haben.

Und haben die Kurden eine gemeinsame politische Berechtigung? Sie sind vielmehr auf eine subjektive Sichtweise beschränkt. In Rojava findet eine Revolution statt und jeder beschränkt sich auf seine Ansicht. Dort findet ein Massaker statt, aber jeder betrachtet es aus seiner Sicht. In Rojhilat *[Ostkurdistan]* herrscht Aufbruch, aber jeder beschränkt sich auf seine eigene Sichtweise. Die Probleme vertiefen sich und Werte lösen sich nahezu auf. Das muss überwunden werden. Wir müssen ein politisches Dach werden, das jedem der Landesteile gerecht wird. Das bedeutet, dass wir sowohl die Revolution in Rojava verteidigen als uns auch den Massakern Erdoğans im Norden entgegenstellen müssen. Und wir müssen für das kurdische Potenzial im Osten einstehen. Und wir müssen für die Beseitigung der Probleme im Süden Verantwortung tragen. Das ist ausgesprochen wichtig.

Und müssen wir nicht als Weiteres über eine Diplomatie verfügen? Gegenwärtig haben die Kurden mit ihrem Befreiungskampf eine Position erreicht, durch einen sehr intensiven Kampf. Tausende Männer und Frauen haben dafür ihr Leben gegeben. Durch diese Werte sind die Kurden international und regional zu einer Stärke gelangt. Und nun entsteht eine Situation, die begründet wird mit einem »politisch unabhängigen Ansatz«, wodurch versucht wird, die eigene Politik zu bestimmen, und unbeabsichtigt gewonnene Werte verschleudert werden. Ist es denn nicht notwendig, die gemeinsamen kurdischen Werte zu schützen und die nationale Diplomatie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen? Es ist notwendig, dass jeder, der wirklich kurdisch diplomatisch tätig ist, sehr genau abwägt, was von Interesse oder zum Schaden ist. Die Einheit der gemeinsamen Kraft, die gemeinsame Diplomatie und weitere ähnliche Aspekte sind die politische Berechtigung. Und wir müssen dies alles zu einem nationalen Wert machen und in einem Punkt vereinigen. ♦

Erklärung der KCK zu den Ereignissen rund um Kerkûk und Şengal

Lösung der kurdischen Frage und Demokratisierung des Mittleren Ostens

Ko-Vorsitz des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), 17.10.2017

Wir möchten nochmals betonen, dass wir den Versuch, die Probleme in Kerkûk und Şengal auf militärischem statt auf friedlichem Wege zu lösen, verurteilen und als Freiheitsbewegung solche feindliche Haltung gegen unsere Gesellschaft nicht akzeptieren werden.

Der dritte Weltkrieg im Mittleren Osten hat eine Stufe erreicht, dass sich neue Kräftegleichgewichte und ein neuer Status quo herausbilden werden. Aus diesem Grund verstärkten die kurdenfeindlichen Kräfte ihre Angriffe, damit die Kurden in diesem neuen Gleichgewicht keine einflussreiche Rolle spielen und keinen Status gewinnen.

Mit den jüngsten Entwicklungen hat sich nochmals gezeigt, dass das grundlegende Problem im Mittleren Osten die kurdische Frage ist. Die Angriffe und die Politik des türkischen Staates in Nordkurdistan mit dem Ziel eines Genozids und seine kontinuierlichen Angriffe auf die Errungenschaften der Kurden in Rojava sind dafür ein klares Zeichen. Auch die jüngsten Angriffe der Haschd-al-Schaabi-Milizen (Volksmobilmachungseinheiten) gegen Êzîdixan sind Ausdruck dessen.

Das Referendum in Südkurdistan, das ohne eine nationale Einheit, ohne den Willen der Gesellschaft und klare parlamentarische Verfügung nur aus Gründen eigener Parteiinteressen ohne Vorbereitungen durchgeführt wurde, gilt nun als vorgeschobener Grund für den Angriff auf Kerkûk. Die erste Maßnahme der kurdenfeindlichen Kräfte, die der türkische Staat und die AKP seit zwei Monaten zusammenzubringen versucht, ist dieser Angriff. Die Stadt und die Kurden dort wurden zur Zielscheibe erklärt.

Gegen diese Angriffe haben die südkurdische Regierung und die Peşmerge kampflos Kerkûk und viele andere von Kurden bewohnte Städte aufgegeben. Die Guerillakräfte der HPG (Volksverteidigungskrafte) und Freiwillige aus der Bevölkerung Kerkûks verließen die Stadt bis zuletzt nicht und verteidigten die Menschen. Doch die mit schweren Waffen ausgerüsteten südkurdischen Kräfte leisteten für diesen Widerstand keine Unterstützung. Einen Tag später wurden die Stellungen, welche die Widerstandseinheiten Şengal (YBŞ) und HPG der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) überlassen hatten, um Gefechte zu vermeiden, den Haschd-al-Schaabi-Milizen übergeben. Während all dieser Geschehnisse hat die PDK keinerlei Gespräch oder Dialog mit der Guerilla, der Selbstverteidigungskraft der kurdischen Gesellschaft, und der Freiheitsbewegung gesucht.

Die nationale Einheit und eine nationale Haltung der Kurden sind aufgrund der militärischen und politischen Folgen des dritten Weltkriegs im Mittleren Osten, der jüngsten Ereignisse in Syrien und Irak und des gewaltsamen Krieges in Südkurdistan dringend notwendig geworden.

Die Realisierung des nationalen Kongresses und der Einheit einmal beiseitegelassen – der fehlende Dialog, die fehlende Einsicht und Position der Kurden sind eine große Schwäche und ziehen negative Folgen nach sich. Deshalb müssen die kurdischen politischen Gruppen dringend zusammenkommen und eine gemeinsame Meinung und Position zu der für die Kurden gefährlichen Lage und möglichen Entwicklungen diskutieren.

Mit den Problemen, mit denen die Kurden heute in Kerkûk, Şengal und Rojava konfrontiert sind, werden sie auch anderenorts konfrontiert werden. Weil die fehlende Lösung der kurdischen Frage das grundlegende Problem des Mittleren Ostens darstellt, werden sie sich in der Phase der Herausbildung der neuen Gleichgewichte des dritten Weltkriegs einer Vielzahl von Problemen gegenübersehen. In dieser Hinsicht ist der Dialog zwischen den Kurden selbst wichtiger als jemals sonst.

Die fehlende Lösung der kurdischen Frage und die Angriffe auf die Kurden resultieren im Wesentlichen aus der fehlenden Demokratisierung des Mittleren Ostens. Folglich wird die Lösung der Probleme durch eine Demokratisierung erfolgen. Nationalistische und etatistische Konzepte haben mehr einen destruktiven denn lösenden Charakter. Das Referendum

in Südkurdistan hat gezeigt, dass mit nationalistischen und staatlichen Herangehensweisen keine Lösung erzielt werden wird. Als Projekt zur Lösung aller Probleme in Irak müssen die Demokratisierung Südkurdistans und der Demokratisierungskampf betrachtet werden. Lösungen jenseits der Demokratisierung des Mittleren Ostens zu suchen ist ein Fehler und verstärkt die Probleme nur noch weiter. Aus diesem Grund müssen diejenigen, die für eine Lösung und Demokratisierung arbeiten wollen, die Demokratisierung auf Basis der demokratischen Nation zur Grundlage nehmen. Das gilt für die Kurden und die ganze Region und die Gesellschaften.

Die Kerkûk-Frage kann ebenfalls mit dem Verständnis der demokratischen Nation und der Autonomie gelöst werden. Kerkûk ist eine Stadt, in der Kurden, Araber und Turkmenen zusammenleben. Es kann mit einem autonomen, demokratischen System, das sich auf die demokratische Nation und die Geschwisterlichkeit der Völker stützt, ein Modell für den gesamten Iran und Südkurdistan sein. Wenn es ein Friedens- und Stabilitätsfaktor und kein Kriegsfaktor sein soll, ist dies das beste Modell.

Mit dem Angriff Irans und der Haschd-al-Schaabi-Milizen auf Kerkûk musste eine große Zahl Kurden die Stadt verlassen. Das ist inakzeptabel. Die kurdische Bevölkerung muss unbedingt zurückkehren und keine politische Kraft darf dies verhindern, auch der irakische Staat nicht. Wenn in Kerkûk eine Politik der »Entkurdisierung« verfolgt wird, dann wird es andauernde Spannungen und Auseinandersetzungen bedeuten. Und das wird weder für die Kurden noch für eine andere Volksgruppe oder politische Kraft gut ausgehen.

Wir stehen als kurdische Freiheitsbewegung dafür, dass die kurdische Gesellschaft mit der arabischen, turkmenischen und assyrischen Bevölkerung geschwisterlich und autonom zusammenlebt. Wir werden immer unserer Verantwortung gerecht werden, dass die kurdische Gesellschaft und die Bevölkerung von Kerkûk zu einem solchen Leben kommen. Niemals werden wir die Entkurdisierung von Kerkûk akzeptieren. An diesem Punkt muss die demokratische Öffentlichkeit aufmerksam sein.

Wie wir als Freiheitsbewegung bereits vor den Gefechten in Kerkûk erklärt hatten, sind der Dialog und die Demokratisierung Iraks unsere grundlegende Haltung zur Annäherung an die Lösung. Wir werden weiter an dieser Position festhalten.

Unsere êzîdische Bevölkerung war in Şengal am 3. August 2014 durch den IS mit einem Genozid konfrontiert. Die êzîdische Gesellschaft wurde weder von der irakischen Zentralregierung noch der südkurdischen Regierung geschützt. Die Genozidgefahr ist für die Êzîden durch die Existenz einer Zentralverwaltung nicht vorbei. In diesem Sinne muss der Rat der Êzîden autonom sein und die autonome Verteidigung müssen die êzîdischen Verteidigungskräfte leisten. Als kurdische Freiheitsbewegung werden wir wie bislang unserer Verantwortung für die Autonomie und Selbstverteidigung Êzîdixans gerecht werden.

Unsere Gesellschaft muss die Aufmerksamkeit gegenüber den Angriffen und für das freie und demokratische Leben unserer Gesellschaft und der Gesellschaften in Kerkûk aufrechterhalten. Gegen die Angriffe auf Êzîdixan muss Solidarität mit der êzîdischen Bevölkerung gezeigt werden. ♦



Kerkûk, 16.10.2017: Die Kerkûk-Frage kann ebenfalls mit dem Verständnis der demokratischen Nation und der Autonomie gelöst werden. Kerkûk ist eine Stadt, in der Kurden, Araber und Turkmenen zusammenleben. Es kann mit einem autonomen, demokratischen System, das sich auf die demokratische Nation und die Geschwisterlichkeit der Völker stützt, ein Modell für den gesamten Iran und Südkurdistan sein. Foto: ANF

Am 25. September fand die Abstimmung über Unabhängigkeit Südkurdistans statt

Nach dem Referendum: Und jetzt?

Meral Çiçek, Silêmanî, Yeni Özgür Politika, 11. Oktober 2017

Es sind nun zwei Wochen seit dem Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan vergangen. Seitdem ist innerhalb kürzester Zeit so viel geschehen, dass man das Gefühl bekommt, das Referendum habe vor langer Zeit stattgefunden. Doch entgegen den vielen Ereignissen und Entwicklungen, wie der Schließung der Flughäfen von Hewlêr/Erbil und Silêmanî/Sulaimaniyya, den Interventionsversuchen der Türkei in die Region Barzan, der Zustimmung des irakischen Parlaments zur Verlegung des Militärs nach Kerkûk, den Drohungen und Beleidigungen Erdoğans, der Ablehnung des Referendums – weil angeblich nicht rechtens – durch die USA und zuletzt dem Tod von Celal Talabanî, ist die politische Elite in Südkurdistan ziemlich schweigsam. Und auch die sich nähernde Krise hat noch wenig Ausdruck auf den Straßen gefunden. Das alltägliche Leben dauert so an, als ob es das Referendum nie gegeben hätte. Doch wir befinden uns im Herz des Mittleren Ostens und im Süden Kurdistans. Man darf sich von diesem Bild nicht täuschen lassen, denn jederzeit kann alles passieren.

Die Ausdehnung der Besatzungspolitik

Die politische Stimmung ist zurzeit geprägt von Unklarheiten. Es ist nicht leicht vorauszusehen, was passieren wird. Denn das Referendum vom 25. September hat nicht nur die problematische Beziehung mit der irakischen Zentralregierung befeuert, sondern auch ein antikurdisches Zusammenkommen zwischen Ankara, Bagdad und Teheran mit sich gebracht. Diese antikurdische Annäherung hat bislang begrenzte klare Auswirkungen, kann aber von heute auf morgen eine ganz andere Gestalt annehmen. Dies kann nur durch eine Politik der nationalen Einheit verhindert werden, die den Wirkungsraum der äußeren Kräfte, vor allem der »benachbarten« Staaten, begrenzt.

Das antikurdische Bündnis der kolonialistischen Staaten ins Leere laufen zu lassen ist nur möglich, indem man die kurdische Einheit entwickelt. Das muss die vorrangige Lehre, die man aus den Entwicklungen nach dem Referendum ziehen muss, sein. Sonst wird nicht einmal möglich sein, die gegenwärtigen Errungenschaften der Kurden zu schützen – geschweige denn auszubauen. Die Worte von Erdoğan nach seiner Rückkehr aus dem Iran bezüglich der angeblichen Besatzung Kerkûks durch die Kurden sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: »Die Zentralregierung wird die notwendigen Schritte gegen Kerkûk tätigen. Unsere Gespräche mit dem Irak und dem Iran dauern an. Die Schritte, die notwendig sind, werden umgesetzt werden – ob für Kerkûk oder Mûsil.«

Der türkische Staat versucht also nicht nur das Referendum aufzuheben, sondern hat auch das Bestreben, seinen Vorherrschaftsanspruch auf Südkurdistan auszusprechen und damit seine kolonialistische Besatzungspolitik in Richtung Süden auszudehnen. Kann man dies nur als rhetorische oder taktische Annäherung verstehen?

Werden die Wahlen im November abgesagt?

Kommen wir zu den Geschehnissen in Südkurdistan nach dem Referendum. Als das Datum des Referendums am 7. Juni verkündet wurde, erklärte der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), Mesûd Barzanî, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 6. November stattfinden würden. Später hat Barzanî am 19. Juli die Hohe Wahlkommission aufgefordert, dass der Wahltermin auf den 1. November festgelegt wird. Die Kommission verkündete daraufhin, dass die Kandidaten spätestens bis zum 3. Oktober ihre Anträge einreichen müssten und die Wahlphase am 15. Oktober beginnen werde.

Am letzten Tag der Aufstellung der Kandidaten – am 3. Oktober – hat das Mitglied des Exekutivrats der Gorran-Bewegung Muhammad Tawfiq Rahim seine Präsidentschaftskandidatur bekannt gegeben. Doch die Hohe Wahlkommission hat mit Lichtgeschwindigkeit die Kandidatur des Gorran-Vor-

sitzenden mit der Begründung der verspäteten Antragstellung abgelehnt.

Dies ist ein interessanter Punkt, denn bislang hat niemand sonst eine Kandidatur zur Präsidentschaft beantragt. Also weder die PDK noch die Patriotische Union Kurdistans YNK haben innerhalb der rechtlichen Frist einen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Wenn innerhalb des festgelegten Zeitraums keine Anträge eingereicht werden, wird die Präsidentschaftswahl abgesagt.

Wird also die für den 1. November vorgesehene Wahl – unter dem Tisch beschlossen – abgesagt? Diese Frage kommt immer stärker auf. So antwortete der Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan Nêçîrvan Barzanî auf die Frage, ob die Wahl womöglich verschoben werde: »Derzeit gibt es keine Vereinbarung der politischen Parteien zu dieser Thematik. Wir warten noch auf einige Sitzungen, weshalb die Entscheidung dazu später getroffen wird.« Am Tag davor erklärte der Sprecher der Hohen Wahlkommission, dass die Wahlen entgegen dem Referendum nur in den offiziellen vier Regionen Südkurdistans (Hewlêr, Silêmanî, Duhok und Helebce) abgehalten und in den strittigen Regionen (Kerkûk, Mûsil, Şengal und Xaneqîn) keine Wahlurnen aufgestellt wurden. Der Sprecher betonte, dass die Kommission nicht über die Befähigung verfüge, die Wahlen zu verschieben, und nur die politischen Parteien die Parlamentswahlen verschieben könnten. Am Tag davor erklärte das Mitglied des YNK-Politbüros Saadî Pîrê auf einer Pressekonferenz, dass keine Partei zu den Wahlen bereit sei und man als YNK eine Verschiebung fordere, jedoch die PDK dagegen sei. Ist dies eine einheitliche Meinung der YNK oder die eines Flügels? So wird seit einer gewissen Zeit behauptet, dass sich hinter verschlossenen Türen Teile der PDK und YNK auf eine Verschiebung der Wahlen und eine Verlängerung des gegenwärtigen Parlaments um zwei Jahre geeinigt hätten. *[Laut Wahlkommission vom 18.10. sind Parlaments- und Präsidentenwahl jetzt definitiv verschoben.]*

Die Initiative von Hero Ibrahim Ahmed

Der erste und einzige Schritt nach dem Referendum ist die Umbenennung des Hohen Referendumsrats Kurdistans in die »Politische Leitung Kurdistan/Irak«. Diese Leitung wurde nach einer Sitzung unter Vorsitz Barzanîs am 1. Oktober ausgerufen. Während nach Ende der Sitzung eine Erklärung mit sieben Punkten veröffentlicht wurde, gab es keinerlei Informationen über die Funktion und Aufgabe der Politischen Leitung Kurdistan/Irak.

Die Gorran-Bewegung und die Islamische Bewegung in Kurdistan, die zuvor auch die Teilnahme am Hohen Referendumsrat ablehnten, lehnen auch dieses Gebilde ab. Die heftigste Reaktion kam jedoch von Hero Ibrahim Ahmed. Die Ehefrau



Nach dem Referendum: Mit der Offensive der Haschd-al-Schaabi-Milizen verlassen die PDK-Peşmerge ihre Stellungen in Şengal. Foto: Mezopotamya Ajansi

des verstorbenen Celal Talabanî verglich in einer schriftlichen Erklärung die gegründete politische Leitung mit dem Revolutionären Kommandorat Iraks und, dass sie keinen Platz darin einnehme werde. Dies ist kein einfacher Vergleich, denn der Revolutionäre Kommandorat Iraks übernahm nach dem Militärputsch 1968 de facto die Macht über das Land. Bis ins Jahr 2003 existierte der Revolutionäre Kommandorat als überparlamentarischer Entscheidungsträger weiter. Deshalb hat Hero Ibrahim Ahmed mit ihrem Vergleich in gewissem Sinne die Politische Leitung Kurdistan/Irak als illegitim deklariert.

Und wirklich ist die einzige Legitimationsquelle der politischen Leitung der De-Facto-Präsident Südkurdistans und PDK-Vorsitzende Mesûd Barzanî, dessen Amtszeit seit zwei Jahren abgelaufen ist. Als der Hohe Referendumsrat aufgebaut wurde, haben viele Kreise, vor allem Gorran und die Islamische Bewegung den Rat abgelehnt, da er nicht aus demokratisch gewählten Personen bestehe und damit keine Legitimität besitze. Für die Politische Leitung Kurdistan/Irak, die aus dem Referendumsrat hervorgegangen ist, ist die Situation noch schlimmer, da während der Ratsbildung das regionale Kurdistanparlament immer noch geschlossen war, aber im letzten Monat zum Teil zusammenkam und den Referendumsentscheid bestätigte.

Damit einhergehend wurde die Aufgabe des Referendumsrats im Kontext des Referendums bestimmt, mit der irakischen Zentralregierung zu verhandeln und diplomatische Gespräche zu führen.

Was wird nun die Politische Leitung Kurdistan/Irak tun? Im Namen taucht nichts von Referendum und Verhandlungen auf, stattdessen ist die Rede von einer »politischen Leitung«. Eine politische Leitung wovon? Wird geplant, dass sie den Platz der offiziellen politischen Leitung übernimmt?

Hero Ibrahim Ahmed bezeichnete die »politische Leitung«, die nicht aus Gewählten besteht, nicht vom Parlament abgesegnet wurde, keinen gesetzlichen Rahmen hat und dessen Entstehungsprozess unklar ist, als »großen Fehler«. Mit ihrer schriftlichen Erklärung zum Referendum ist sie eine politische Person geworden: »Während alle großen Kräfte von uns die Verschiebung *[des Referendums]* forderten, zahlt unser Volk nun die Zeche für unsere Starrköpfigkeit.«

Sanktionen

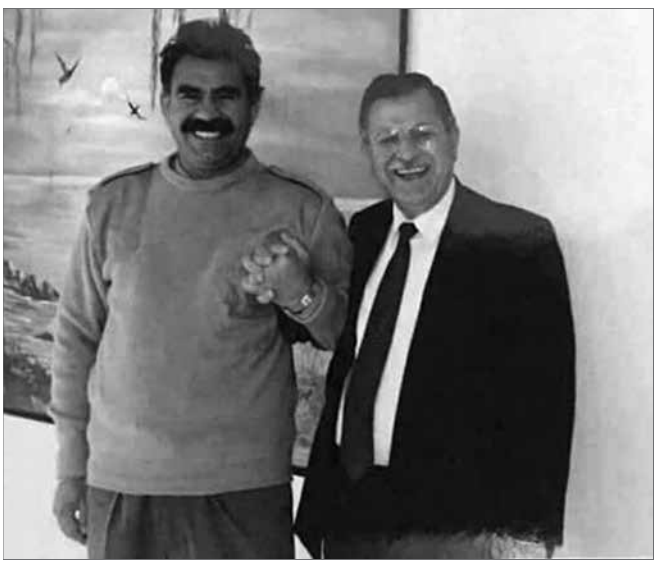
Die Konsequenzen, die das Referendum für die Bevölkerung nach sich ziehen wird, sind noch nicht auf bemerkbarem Niveau. Die erste Sanktion war die Schließung des Luftraums über Südkurdistan für internationale Flüge. Doch die Flüge über Bagdad sind möglich. Im Grunde sind diejenigen ohne irakische Staatsbürgerschaft von dieser Entscheidung am stärksten betroffen, denn die von der südkurdischen Verwaltung ausgestellten Aufenthaltserlaubnisse sind außerhalb Südkurdistans nicht gültig. Obwohl das irakische Innenministerium erklärt hat, dass Nicht-Iraker, die über eine Aufenthaltserlaubnis für die Region Kurdistan, jedoch über kein gültiges Visum für den Irak verfügen, problemlos über Bagdad ausreisen könnten, wird eine Strafgebühr von über 400 US-Dollar erhoben.

Als zweite Sanktion kam die Schließung der Grenzübergänge von Seiten der Türkei und des Iran auf die Tagesordnung. Doch am Grenzübergang Habur zur Türkei gab es keine Veränderungen, und auch der Iran schloss nur kurzzeitig seine Tore. Vielleicht wäre die an der Grenze zu Ostkurdistan lebende südkurdische Bevölkerung sogar mit einer Schließung der Grenze für wirtschaftliche Übergänge einverstanden gewesen. Besonders in den Gebieten Pêncewîn und Hewraman sehen sich Bauern aufgrund der Wirtschaftspolitik der südkurdischen Regierung, die dem Neoliberalismus dient, mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Helebce ist für seine Granatäpfel, Pêncewîn für seine Wassermelonen bekannt. In dieser Region, die für die Landwirtschaft in Südkurdistan vielleicht die produktivste Fläche ist, ist die Erntezeit noch nicht beendet. Doch die Bauern können einen Großteil ihrer Produkte nicht verkaufen, denn mit den aus dem Iran importierten Landwirtschaftsgütern können sie nicht konkurrieren. Beispielsweise erzählte ein Bauer, den wir in den vergangenen Tagen besuchten, dass er dieses Jahr 100.000 Dollar in Tomaten, Auberginen, Pfeffer und Wassermelonen investiert, aber der Verkauf bislang nur 80.000 eingebracht habe und er in diesem Jahr Verluste erleiden werde. Der Grund ist, dass im Vergleich zu 500 Dinar pro Kilo verkauften Tomaten Südkurdistans, die aus dem Iran importierten nur 150 Dinar kosten. Die heimlichen Produzenten, die Schwierigkeiten haben, einen Markt zu finden, sind die größten Opfer der Politik der südkurdischen Regierung, die der türkischen und iranischen Wirtschaft Vorrang einräumt. So sind die Regionen, in denen am intensivsten Landwirtschaft betrieben wird, die mit der geringsten Beteiligung am Referendum.

Das Schweigen der PDK

Die dritte Maßnahme der Türkei, des Iran und Irak nach dem Referendum waren die militärischen Manöver an den jeweiligen Grenzen. Während die türkische und die irakische Armee an der Grenze zwischen Norden und Süden ein gemeinsames Manöver durchführten, hat die iranische Armee ihre Panzer an die Grenze zu Ostkurdistan verlagert. Doch trotz der bedrohlichen Erklärungen und militärischen Verlagerungen dieser drei Staaten wurde über das Risiko einer militärischen

Intervention nicht viel gesprochen. Dabei waren die versuchte Intervention der türkischen Armee in die Region Barzan, welche durch HPG-Guerillas mit Verlusten verhindert wurde, und die Bombardierung von Akrê sehr konkrete Situationen. Die Vertreter der PDK und die Medien müssen sich ohnedem hinterfragen, warum sie die Erklärungen der USA, des Iran und Irak nach dem Referendum beantworteten, aber auf die schweren Anschuldigungen, Drohungen und Angriffe der türkischen Staatsvertreter nicht reagierten. Warum ist sie so schweigsam geblieben? PDK-nahe Medien versuchen entweder die schweren Beleidigungen und Drohungen aus der Türkei schönzureden oder sie als taktischen Vorstoß darzustellen.



Abdullah Öcalan gemeinsam mit Celal Talabanî. Foto: Archiv

Nach Talabanî

In dieser unklaren Situation hat der YNK-Gründer Celal Talabanî sein Leben verloren. Die von internationalen Persönlichkeiten zu seinem Gedenken formulierten Worte machen fast alle auf eine grundlegende Besonderheit von Talabanî aufmerksam: auf seine Weisheit. Vielleicht bedarf Südkurdistan zurzeit am meisten dessen: einer weisen Politik gemäß der demokratischen nationalen Einheit. Einer Politik, die für kurzfristige und engstirnige Interessen keine unabhängige Politik für große und langfristige Errungenschaften opfert.

Südkurdistan braucht wirklich so schnell wie möglich eine gewisse Art von Unabhängigkeit: eine unabhängige Politik, eine unabhängige Wirtschaft und eine unabhängige Verteidigung. Dafür ist die nationale Einheit eine Grundbedingung. Nur wenn die einzelnen Teile und Kräfte im Rahmen ihres gemeinsamen nationalen Nenners zusammen agieren, können sie sich von der Abhängigkeit der regionalen und globalen Kräfte befreien. Und das ist eine weitere Realität, die uns das Referendum vor Augen geführt hat: die dialektische Beziehung zwischen wahrer Unabhängigkeit und nationaler demokratischer Einheit.

Nach dem Tod von Celal Talabanî wurde erklärt, dass seine Leiche zuerst nach Bagdad und von dort nach Silêmanî gebracht werde. Denn als er 2012 eine Gehirnblutung erlitt, war er irakischer Staatspräsident. Folglich erwartete man in Bagdad eine offizielle staatliche Beerdigung. Doch innerhalb der YNK kam es zu Gegenstimmen und seine Leiche wurde am Freitag direkt nach Silêmanî gebracht und nach einer Gedenkzeremonie am Flughafen und dem Gebet am Mizgefta Gewre in Debaşan beerdigt. Es wurde ein Thema der Diskussion, dass die offizielle Beerdigung nicht in Bagdad stattfand und am Sarg neben der Flagge der Region Kurdistan nicht die irakische Flagge ihren Platz fand. Es gibt Kreise, die die Entscheidung der YNK kritisieren, da Talabanî nicht nur ein kurdischer Repräsentant war, sondern gleichzeitig auch den Posten des irakischen Staatspräsidenten innehatte. Doch wie richtig wäre es gewesen, direkt nach dem Referendum und den Drohungen und Sanktionen des irakischen Staates zum Trotz – sowohl aus politischer als auch prinzipientreuer Sicht – eine offizielle Zeremonie in Bagdad durchzuführen? Wäre es ein möglicher Ausweg zur Überwindung der Krise mit dem Irak gewesen? Ich denke, eher nicht.

Die Vier-Punkte-Vereinbarung

Doch der Tod von Talabanî hat dazu geführt, dass Mesûd Barzanî sich mit den Assistenten des irakischen Präsidenten Iyad Allawi und Usama Al-Nudschaifi traf. Allawi und Al-Nudschaifi, die den irakischen Staatspräsidenten Fuad Masum bei der Beerdigungszeremonie für Talabanî begleiteteten, sind am Samstag in Silêmanî mit Mesûd Barzanî zusammengekommen. Nach dem Treffen wurde erklärt, dass es eine Vier-Punkte-Vereinbarung gebe: die Notwendigkeit von Dialog und Gesprächen, die Aufhebung von Sanktionen gegen Südkurdistan, der Beginn von Sitzungen in kürzester Zeit und der Aufbau eines Mechanismus, um die Gespräche ins Laufen zu bringen.

Doch es gibt offene Fragen. Erstens: Wie stark ist der politische Einfluss von Allawi und Al-Nudschaifi? Können wir beide als Vertreter der irakischen Regierung sehen, wo doch auf der Zeremonie der irakische Innenminister und der Parlamentsvorsitzende bereitstanden? Und es lohnt sich zu erinnern, dass Iyad Allawi zwei Wochen vor dem Referendum nach Hewlêr kam und bei seinem Treffen mit Barzanî folgenden Vorschlag

für den Abbruch des Referendums vorlegte: Beginn einer konstruktiven Übergangsphase, um bezüglich der problematischen Regionen einen verantwortungsvollen nationalen Dialog zu führen. Nach dem Referendum hingegen forderte er das Einfrieren des Referendumsergebnisses von Barzanî.

Wird Barzanî das Referendum an den Nagel hängen?

Mesûd Barzanî hat sofort nach dem Referendum eine schriftliche Antwort an Allawi geschickt. Einige arabische Quellen haben getitelt, dass Barzanî bereit wäre, für zwei Jahre die Unabhängigkeit einzufrieren, um in einem »konstruktiven nationalen Dialog« das Referendum nach zwei Jahren umzusetzen. Al-Nudschaifi erklärte dem Sender Al Arabiya, dass Mesûd Barzanî im Gegenzug zu der Aufhebung der Sanktionen bereit wäre, das Referendum an den Nagel zu hängen. Der Erklärung des Beraters von Barzanî zufolge soll der PDK-Vorsitzende und De-Facto-Präsident von Südkurdistan bei seinem Treffen am Sonntag mit dem irakischen Parlamentsvorsitzenden Salim Al-Dschaburi in Hewlêr gesagt haben, dass niemand ein Einfrieren des Referendumsergebnisses zu erwarten habe. Doch gegenteilige Erklärungen zum Thema sind hervorstechend.

Wenn man sich diesen Punkt vor Augen führt, dann stellt sich die Frage: Wenn es wirklich eine Vereinbarung zu den vier genannten Punkten gab, was ist dann die Gegenleistung? In den Erklärungen wird gesagt, dass der Dialog mit Bagdad ohne Vorbedingung geführt werde, doch aufgrund der vom irakischen Staat in den letzen zwei Wochen dargelegten Haltung lässt sich dies ohne Bedingungen oder Zugeständnisse nicht denken. Was hat zudem Al-Dschaburi zum Treffen mit Barzanî in Hewlêr veranlasst, wo der doch am Freitag direkt nach der Beerdigungszeremonie für Talabanî nach Bagdad zurückgekehrt ist? In den Nachrichten wurde erklärt, dass beide sich auf einen »Dialog mit offener Tagesordnung« geeinigt haben sollen. Doch muss nach dem Referendum die Tagesordnung des Dialogs mit Bagdad nicht klar und deutlich sein?

Das ist eigentlich das größte Problem. Wenn das natürlichste und legitimste Recht der Unabhängigkeit in solch einer Phase zum Thema eines Referendums gemacht wurde, dann müssen eine gut vorbereitete Roadmap und ein strategischer Plan erstellt worden sein. Doch das Schweigen und die Untätigkeit in den letzten zwei Wochen bestätigen eine Vielzahl von Zweifeln, die vor dem Referendum präsent waren.

Der gegenwärtige Status quo im Mittleren Osten wurde auf Basis der Verleugnung der Kurden und Kurdistans geschaffen. Die kurdische Gesellschaft hat hundert Jahre lang unter großen Opfern für ein freies Leben gegen Ausbeutung, Besatzung, Verleugnung und Genozid Widerstand geleistet. Immer noch muss es in vier Teilen diesen Widerstand führen. Trotz eines



Hewlêr: Referendum für die Unabhängigkeit Südkurdistans. Foto: MA

autonomen Status in Südkurdistan kann nicht von vollständiger Freiheit gesprochen werden. Um solch eine Freiheit zu gewährleisten, braucht es einen Prozess, in dem die ganze kurdische Nation und alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte mit eingeschlossen werden und eine gemeinsam Strategie verfolgt wird. Das muss die eigentliche Quelle von Kraft sein.

Die Autonomie in der Zange

Oben haben wir geschrieben, dass die Sanktionen des Irak, Iran und der Türkei sich noch nicht im alltäglichen Leben bemerkbar gemacht haben. Doch am 9. Oktober wurde erklärt, dass eine Reihe neuer Sanktionen von Bagdad beschlossen worden seien. Der Erklärung des Büros des irakischen Staatspräsidenten nach sind neue Sanktionen auf dem Weg, um die föderale Autorität über die problematischen Regionen zu restaurieren. In der Erklärung wurde zudem wieder die Schließung der Grenzübergänge zum Iran und der Türkei für alle wirtschaftlichen Transfers gefordert. Gegen Staatsbeamte, die am Referendumstag ihre Stimme abgaben, wurden Verfahren eingeleitet und der irakische Staat wird die Kontrolle über die Telekommunikation nach Bagdad verlagern. Von der größten Telekommunikationsfirma in Südkurdistan Korek Telecom (Eigentum des Neffen Mesûd Barzanîs, Sirwan Barzanî) kam die Erklärung, dass sie sich sowieso den Direktiven Bagdads entsprechend verhalten würden und deshalb der Entscheidung zur »föderalen Kontrolle« keine Bedeutung beimessen könnten. Doch es ist eine Realität, dass Bagdad eine lange Zeit zu den Schulden von Korek geschwiegen hat und nun die Chance nutzt, seine Gläubigerposition auszunutzen. Korek Telecom ist nun mit der Gefahr konfrontiert die Lizenz zu verlieren, wenn bis zum 13. Oktober nicht 375 Millionen Dollar Schulden beglichen werden.

Und dies hätte große Auswirkungen auf das alltägliche Leben. Die Bindung der Telekommunikation, der Grenzübergänge, des Handels und insbesondere des Ölhandels an Bagdad würde de facto bedeuten, dass Südkurdistan in die Zange genommen und isoliert wird. Wie kann dies nun verhindert werden? Wie kann ein Ausweg gefunden werden? Was für eine Strategie wird man verfolgen? Wir erleben eine Phase voller Unklarheit.

Der Vorstoß von Gorran

Wir werden nochmals Zeuge dessen, wie schnell sich der Mittlere Osten verändern kann. Nach der Ankündigung des Referendums waren viele bis zum letzten Tag nicht sicher, ob am 25. September die Wahlurnen aufgebaut werden oder eben nicht. Während am Anfang eine ernsthafte oppositionelle und kritische Annäherung gegenüber dem Referendum vorhanden war, wurde mit jedem weiteren Tag in Richtung Referendum die Volksabstimmung aufgrund von feindlichen Positionen der regionalen Staaten und der politischen Gleichgewichte mehr und mehr eine nationale statt eine politische Sache. Menschen, die das Referendum nicht befürworteten, aber mit einem Nein dieselbe Position wie die kolonialistischen Besatzerstaaten eingenommen hätten, haben keine Stimme abgegeben. Gorran hat bis zur letzten Stunde gewartet und dann mit einer Erklärung die eigenen Unterstützer zum Wählen aufgerufen.

Nach dem Tod ihres Vorsitzenden Newşîrwan Mistefa wurde erwartet, dass Gorran Schwierigkeiten haben werde seine Kräfte zu sammeln. Doch in den Erklärungen vor und nach dem Referendum ist zu erkennen, dass sie bestrebt sind, erneut ihre Oppositionsrolle zu spielen. Damit einhergehend wird Gorran in letzter Zeit von internationalen Kräften als Gesprächspartner herangezogen und schreitet damit auf diplomatischer Ebene voran.

Ein neuer Verteilungskrieg in Kurdistan

In Hinsicht auf die politischen Gleichgewichte in Südkurdistan ist die Frage nun Folgende: Wird die PDK der Sieger oder Verlierer des Referendums sein? Und wird die YNK, die mit internen Problemen kämpft, nach dem Tod von Talabanî eine Einheit bleiben? Dies vorherzusehen ist schwer, aber in Gedenken an Talabanî ist nur dies möglich.

Doch letztendlich kann langfristig gesehen die nationale Frage, wie die politische, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und gesellschaftliche Frage, nur im Rahmen nationaler Einheit und der demokratischen Nation gelöst werden. Es ist hierbei nicht entscheidend, ob der Status Föderalismus oder Konföderalismus heißt. Weder gespalten noch in Abhängigkeit kann Freiheit erlangt werden. Hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, als Kurdistan auf vier Nationalstaaten aufgeteilt wurde, wird in unserem Land ein neuer Verteilungskrieg geführt. Dieser Krieg, der die Neustrukturierung des Mittleren Ostens zum Ziel hat, birgt für uns große Chancen, aber auch große Risiken. Wir können Lehren aus dem letzten Jahrhundert ziehen und mit einer Politik der demokratischen nationalen Einheit große Errungenschaften erzielen. Andernsfalls werden hundertjährige Chancen verloren gehen. Deshalb durchleben wir als Gesellschaft eine historische Phase. Mit diesem Bewusstsein zu agieren, ist unverzichtbar. ♦

Demokratisierung des Mittleren Ostens und Etablierung der radikalen und sozialistischen Demokratie

Die Schlüsselfunktion der kurdischen Frage

Ramo Menda, Redaktion Radio Azadi

Der Mittlere Osten mit seinen heutigen politischen Ordnungen, Staaten und Problemen ist maßgeblich ein Produkt westlich-imperialer Verteilungskämpfe und Gestaltung. Die heutigen zentralistischen Nationalstaaten sind ein Ergebnis dessen. Im Zuge und mit den Geschehnissen der letzten 100 Jahre, insbesondere seit dem Zerfall der Vielvölkerreiche und dem Ende des Ersten Weltkriegs, ist die bis heute ungelöste kurdische Frage zusammen mit anderen Problemen der Region entstanden. Die kurdische Frage umfasst die vier wichtigen mittelöstlichen Staaten: Iran, Türkei, Syrien und Irak. Eines der ältesten und das zahlenmäßig wohl drittgrößte Volk des Mittleren Ostens, die Kurden, ist seitdem in diesen Staaten als eine Minderheit ohne Rechte und Anerkennung fremdbestimmt worden. Seit länger als 100 Jahren umfasst die kurdische Frage also sowohl Unterdrückung und Ausbeutung als auch Aufstände und Konflikte in Kurdistan. Hier möchte ich nicht die Ursachen und Folgen thematisieren, sondern die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die kurdische Frage bzw. der Kampf der Kurden um ihre Selbstbestimmung die Funktion eines Schlüsselelements für die demokratische Neugestaltung und Stabilisierung der Region angenommen hat. Die verschiedenen kurdischen Akteure haben bei ihrem Befreiungskampf zwei wesentliche Stränge der Lösung der Kurdenfrage entwickelt, wobei beide die Selbstbestimmung der Kurdinnen und Kurden anstreben.

Es stellt sich die Frage, welcher Strang bzw. welches Modell neben bzw. mittels der Lösung der Kurdenfrage auch die Demokratisierung und Stabilisierung der gesamten Region und einen nachhaltigen Ausweg aus der globalen Krise des Politischen mit sich bringen kann. Die globale politische Krise lässt sich am Folgenden festmachen: Die Verwaltung und Selbstbestimmung der Völker und Gesellschaften ist seit dem mehr als 350 Jahre alten Westfälischen System grundsätzlich an Staatlichkeit gekoppelt/übertragen worden. Es ist sowohl eine Krise der repräsentativen Demokratie als staatliches Konstrukt als auch des internationalen Rechts. Der Ausweg aus der weltweiten Krise (von Kurdistan bis Katalonien) ist nur durch eine Vertiefung der Demokratie und die Übertragung des Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrechtes von den zentralistischen Staaten an die Menschen – Individuen und Kollektive – zu erreichen. Dies impliziert die Lossagung vom vertikalen System und die Etablierung einer horizontalen Ordnung. In den westlichen Gesellschaften wird sich die Erneuerung aufgrund der innersystemischen Sachzwänge und der verfestigten Struktur schwer realisieren lassen, wohingegen der Mittlere Osten um Kurdistan sich in einer Phase der Umwälzung und im Prozess einer Neugestaltung befindet. Es ist für revolutionäre, emanzipatorische, demokratische und linke Menschen und Gruppen eine Aufgabe, sich der Chancen und Gefahren der Gegenwart bewusst zu werden, die dortigen Geschehnisse im Fokus zu haben und die radikaldemokratischen revolutionieren Kräfte zu unterstützen.

Das radikaldemokratische und das nationalstaatliche Lösungsmodell

Wie gleich das Ziel der Selbstbestimmung der oben erwähnten beiden Stränge auch scheinen mag, unterschiedlicher und gegensätzlicher könnten die jeweiligen Modelle ihrer Realisierung nicht sein. Ich unterscheide hier zwischen dem (national) staatlichen und dem (radikal)demokratischen Lösungsstrang. Während die Kurden in der Türkei oder in Syrien eine radikaldemokratische Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete in den jeweiligen Staaten, in denen sie neben anderen gleichberechtigt und selbstbestimmt ihren Platz haben, anstreben, haben die nordirakischen Kurden die Etablierung eines kurdischen Nationalstaates mit einer repräsentativen Demokratie zum Ziel. Wo die einen kurdischen Akteure den Nationalstaat zu überwinden versuchen und an seine Stelle die dezentrale und horizontale Politik und basisdemokratische Selbstverwaltung konföderaler Regionen setzen wollen, strebt der andere Lösungsstrang einen zentralistischen Nationalstaat an, in dem die Verwaltung und Souveränität der Gesellschaft an die Staatsorgane übergehen. Der eine Lösungsweg orientiert sich am Alten und Bisherigen, der andere Lösungsweg ist zwar eine uralte Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, aber historisch und

lebenswirklich gesehen etwas Neues. Der eine Weg ist explizit pluralistisch, der andere Weg klassisch unitär. Der radikaldemokratische Strang überwindet das an Nationalismus und Nationalstaatlichkeit gebundene Selbstbestimmungskonzept, wohingegen der andere Strang die Selbstbestimmung mit Nationalismus und Nationalstaatlichkeit definiert. Während die kurdische Bewegung um die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und Abdullah Öcalan in Nordsyrien ein konföderales und kommunales Rätesystem ohne Hierarchien und Ungleichheit (!) zu etablieren versucht, betrachtet die PDK (Demokratische Partei Kurdistan) um die Person des Stammesführers Mesûd Barzanî das Recht und die Möglichkeit der Kurden der Selbstbestimmung mit einem Nationalstaat verbunden. Zumal die internationale Gemeinschaft und Ordnung das Recht der Völker auf Selbstbestimmung an Staatlichkeit gekoppelt haben.

Bedenkt man die mosaikartige politische, kulturelle, ethnische und konfessionelle Verfasstheit des Mittleren Ostens zusammen mit den mit dem Nationalstaatskonzept entstandenen und bis heute anhaltenden Problemen, dann erscheint der radikaldemokratische Strang nicht nur als der revolutionärere Weg, sondern im Hinblick auf die Probleme und Lösungsmöglichkeiten auch als der realistischere Pfad.

Ganz aktuell: Während der nationalstaatliche Strang am 16. Oktober 2017 als Reaktion auf das Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September von der irakischen Zentralregierung – gelenkt und gestützt vom Iran und unterstützt und begrüßt von westlichen Staaten – angegriffen wurde und seine Erfolgschancen auf ein Minimum reduziert wurden, befreiten die (Radikal)Demokratischen Kräfte Syriens QSD (engl. SDF – Syrian Democratic Forces), ein heterogenes militärisches Ensemble, dessen Teil auch die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) sind, am 17. Oktober die sogenannte Hauptstadt des IS, Raqqa.

Die Rolle der Türkei, des Irans und anderer Staatsmächte

Doch sowohl das nationalstaatliche als auch das radikaldemokratische Modell der Kurden werden vom Iran und der Türkei und anderen regionalen und internationalen Staaten



Befreiung der Menschen von Raqqa durch die Demokratischen Kräfte Syriens. Das Bild sagt mehr als tausend Worte. Foto: MA

abgelehnt und bekämpft. Neben der Selbstverwaltung Rojavas in Nordsyrien stößt auch das Unabhängigkeitsreferendum der Kurden im Nordirak bzw. in Südkurdistan auf Ablehnung und bringt die historischen Rivalen – den schiitischen Iran und die sunnitische Türkei – zusammen. Die Ausdehnung des sektiererischen iranischen Machtraums und die neoosmanischen Ambitionen der Türkei verschärfen und vertiefen die Konflikte und Unterdrückung. Beide Staaten, aber auch Saudi-Arabien oder andere Golfstaaten, haben den politischen Islam als Ideologie des Überbaus. Dies impliziert einen globalen faschistoiden Geltungsanspruch und wird langfristig für noch größere Probleme sorgen.

Die Lösung der kurdischen Frage wird die politische Ordnung nicht nur Syriens und des Iraks grundlegend verändern, sondern auch den Iran und die Türkei mit in diesen Prozess des Umbruchs und der Neugestaltung einbeziehen. Insofern gilt es mittelfristig beide Lösungswege der Kurden, insbesondere den der radikaldemokratischen Kurden, zu unterstützen, wenngleich sich langfristig einer durchsetzen oder ein innerkurdischer Kompromiss zwischen den beiden Strängen herausstellen wird.

An dieser Stelle ist es sinnvoll anzumerken, dass es weder der Türkei noch dem Iran um die PKK geht, sondern um die Unterdrückung, Beherrschung und Ausbeutung des geostrategisch wichtigen und an natürlichen Ressourcen reichen Kurdistans. Die entschiedene Haltung gegen die Selbstbestimmtheit der Kurden resultiert hieraus. Und weil die PKK dagegen Widerstand leistet, unternehmen die Türkei und der Iran alles, um diesen Kampf zu unterdrücken. Ein Sieg über die PKK bedeutet für sie einen Sieg über den Freiheits- und Demokratiewillen der mittelöstlichen Gesellschaften und die Fortführung ihres rassistischen Kolonialismus über Kurdistan. Damit zusammenhängend verhindern das Verbot und die Kriminalisierung der theoretisch und praktisch durchaus revolutionären und emanzipatorischen PKK und der kurdischen Bewegung seitens der westlichen Staaten, insbesondere der BRD, die Lösung der kurdischen Frage und die Etablierung der Demokratie und des Frieden im Mittleren Osten. Doch auch gegen das Unabhängigkeitsreferendum der irakischen Kurden haben die BRD und der Westen Stellung bezogen und den kriegerischen Vorstoß der irakischen Zentralregierung in Kerkûk öffentlich begrüßt.

Internationalistische und revolutionäre Perspektive und Aufgabe

Die politische Ausprägung der derzeit vielschichtigen Krise der Welt ist die Krise der repräsentativen Demokratie. In der französischen, russischen oder amerikanischen Revolution gingen hunderttausende Menschen auf die Straße, und zwar gegen ausbeuterische und despotische Monarchen, Könige und Zaren. Die treibende Kraft für die Umbrüche war der Wunsch der Menschen nach Demokratie, welche mit dem Slogan »Herrschaft aller Menschen über alle Menschen« ausgedrückt wurde. Diese revolutionären Prozesse mündeten in der repräsentativen Demokratie; die wahrliche, radikale Demokratie von unten nach oben blieb dabei auf halber Strecke stecken. Obwohl Könige, Monarchien und Feudalismen überwunden werden konnten, blieb das Wesen des »Königtums« im Mantel der Nationalstaaten und der repräsentativen Demokratie bestehen. Gegenwärtig folgt der politische Souverän aufgrund struktureller Bedingungen des Kapitalismus eher den Interessen von Eliten und Unternehmen als denen der Menschen und der Gesellschaft. In Zeiten von Globalisierungsprozessen und des entfesselten Kapitalismus bergen solche Verhältnisse große Gefahren in sich. Aufgrund der kapitalistischen Verwertungslogik und seines expansiven Charakters sind anhaltende Kriege und Ungleichheiten, Unterdrückung, Ausbeutung sowie die Verhinderung basisdemokratischer Verhältnisse zentrale Charaktermerkmale der gegenwärtigen Ordnung und Staatspolitik. Die repräsentative Demokratie ist auch deshalb in der Krise, weil mit demokratischen und legalen Mitteln Despoten, Oligarchen und Sexisten wie Erdoğan, Putin oder Donald Trump an die Macht gewählt werden, deren gefährliche Politik in der globalisierten Welt in das Leben und die Zukunft des gesamten Planeten einwirkt.

Das basisdemokratische, feministische und ökologisch ausgerichtete Gesellschaftsprojekt in Nordsyrien, Rojava, der eine kurdische Strang, bringt die Chance mit sich, eine echte und/oder sozialistische Demokratie in Syrien mit Blick auf den gesamten Mittleren Osten zu verankern. Sein ökologisch, kooperativ und am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaftsmodell hat das Potential den Kapitalismus zu überwinden. Ferner impliziert es auch die Möglichkeit, langfristig die politische Krise durch eine tiefere und breitere Demokratisierung, durch die Selbstermächtigung, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Gesellschaften zu realisieren. Die treibende Kraft und das Schlüsselelement dabei ist der Wille der Kurden zur Selbstbestimmung. Insofern gilt es sowohl gegenwärtig als auch mit Blick auf die nächsten Jahre, beide kurdische Bestrebungen danach zu unterstützen. Die Unterstützung für dieses Modell, wie aktuell zu sehen, wird nicht von staatlichen Akteuren und Entitäten kommen, sondern ist die Aufgabe der deutschen und internationalen Linken. ♦

*****

Radio Azadi sendet jeden Sonntag 17–19 Uhr auf FSK 93,0 MHz, http://www.fsk-hh.org/

Zum deutsch-türkischen Verhältnis

Veränderung der »Türkei-Politik« oder graduelle Korrektur?

Murat Çakır

Die unselige »Waffenbrüderschaft« der herrschenden Klassen in der BRD und der Türkei scheint heute Risse bekommen zu haben. Während des Wahlkampfes deuteten Aussagen der Regierungs- und Oppositionsparteien darauf hin, dass ein Konfrontationskurs gegen die Türkei anstehen würde. Sowohl die Kanzlerin als auch deren Herausforderer Schulz waren einhellig der Meinung, dem Lieblingsfeindbild deutscher Politik, Erdoğan, eine »klare Kante« zu zeigen. Immerhin gab das AKP-Palast-Regime genügend Anlass für empörende Positionierungen aus der BRD und der EU. In seltener Eintracht stellten Regierungs- und Oppositionsparteien diverse Forderungen auf. Die Zollunion solle auf Eis gelegt und die Hermes-Bürgschaften sollten gekündigt werden, die EU solle Beitrittsverhandlungen abbrechen, die Vorbeitrittszahlungen einstellen.

Während der damalige Außenminister »für die Neuausrichtung der Türkei-Politik« warb und mit seinen »europäischen Kollegen sprechen« wollte, »wie man mit Vorbeitrittshilfen der EU für die Türkei umgehen soll«, wollten andere, z. T. auch linke, Politiker*innen die Türkei »aus der NATO werfen« – was gerade für linke Politik einen faden Beigeschmack hat, weil damit die NATO eine ungerechtfertigte Legitimierung erlangt. Auch bürgerliche Medien pflegten das Lieblingsfeindbild und betrieben lustvoll ihr »Erdoğan-Bashing«, forderten »verschärfte Reise- und Sicherheitshinweise«. Dennoch wurden Regierungssprecher*innen nicht müde, die Feststellung der Kanzlerin aus ihrer Regierungserklärung von Ende April 2017 bei jeder Gelegenheit zu wiederholen: »Die Türkei ist und bleibt NATO-Mitglied und in vielem ein wichtiger Partner. Eine völlige Abwendung der Türkei von Europa, aber auch Europas von der Türkei liegt weder im deutschen noch im europäischen Interesse.«

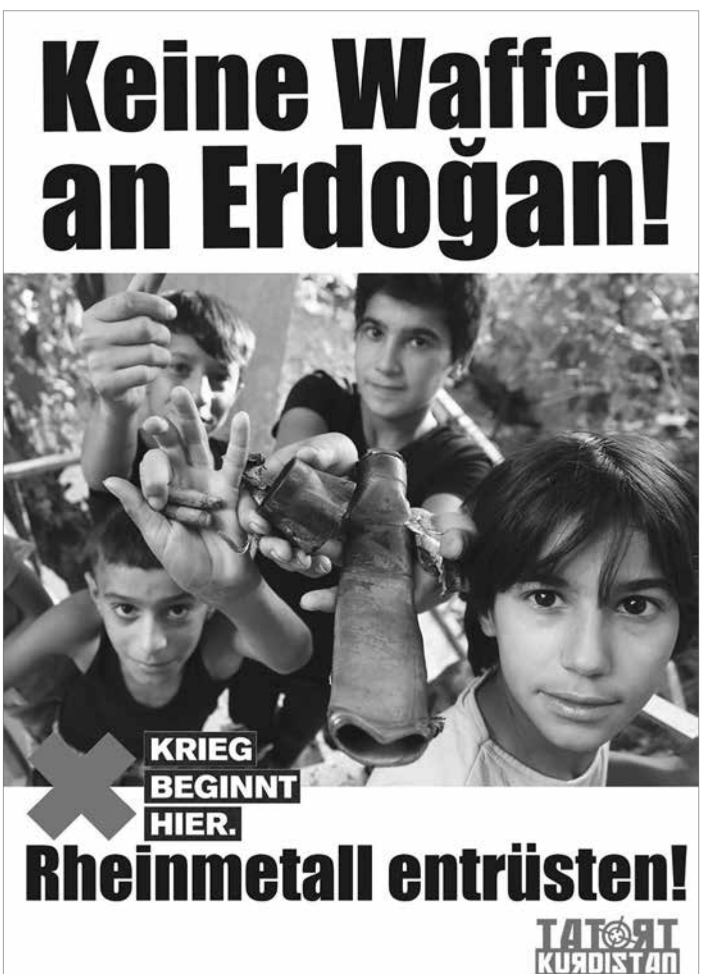
Merkel wies damit auf die 150 Jahre währende enge Kooperation hin, die vor, während und nach den beiden Weltkriegen eine Konstante der deutsch-türkischen Beziehungen war. In der Tat, diese enge Kooperation war für alle deutschen und bundesdeutschen Regierungen ein strategischer Imperativ, mit dem die »strategischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen Deutschlands« gewahrt werden sollten. Wie kam es dann dazu, dass nun die »Türkei-Politik neu ausgerichtet« und der türkischen Regierung »klare Kante« gezeigt werden soll? Es stellt sich die Frage, woher dieser Sinneswandel kommt. Sind die herrschenden Klassen und deren politische Vertretung in der BRD wirklich um die Demokratie in der Türkei besorgt? Geht es ihnen um die Menschenrechte, um Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte, gar um die inhaftierten deutschen Journalist*innen? Sind sie gewillt, für die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems und demokratischer Verhältnisse in der Türkei alle außenpolitischen Instrumente zu nutzen, von denen immer wieder die Rede ist? Oder war das alles nur Wahlkampfgetöse, nur Phrasen, deren Halbwertzeit am 24. September 2017 längst abgelaufen ist?

Die Realität und die ökonomischen Sachzwänge

… sprechen für sich: Über 6.800 bundesdeutsche Unternehmen sind in der Türkei aktiv, die zudem ein wichtiger Absatzmarkt für den deutschen Export ist. So betrug z. B. allein in 2016 das Exportvolumen in die Türkei rund 22 Milliarden Euro, während der türkische Export in die BRD 14 Milliarden Euro nicht überstieg. Für die Automobilkonzerne ist die Türkei einer der Schlüsselmärkte, die auf einer Stufe mit Russland und Italien steht. VW lieferte in 2016 rund 174.000 Fahrzeuge in die Türkei. MAN produziert seit 1966 Stadtbusse in der Nähe von Ankara. Siemens beschäftigt ca. 3.000 Mitarbeiter*innen in seinen türkischen Niederlassungen und konnte Anfang August 2017 einen Milliardenauftrag an Land ziehen. Gemeinsam mit seinem türkischen Partner wird Siemens Anlagen für Windenergie bauen. Die Traditionsfirma Bosch hat 16.500 Mitarbeiter*innen in der Türkei und investiert seit 1910 kräftig im Land. Das Textilunternehmen Hugo Boss unterhält sein größtes Werk mit 3.777 Beschäftigten in Izmir. Daimler produziert seit 30 Jahren in Aksaray LKWs und Busse für das Auslandsgeschäft. Während Medienunternehmen wie Axel Springer Unternehmensbeteiligungen

haben, baut die Allianz ihre Geschäfte aus – laut Handelsblatt ist die Türkei durch das Unfall- und Lebensversicherungsgeschäft ein »Milliarden-Anker«. E.ON ist mit der Sabancı Holding jeweils zur Hälfte an einem Energieunternehmen beteiligt, das 2016 rund 3,4 Milliarden Euro erzielt hat. Fraport gehören 51 Prozent des drittgrößten Flughafens der Türkei in Antalya. Lufthansa und Turkish Airlines gehört je zur Hälfte der Urlaubsflieger SunExpress. BASF und Bayer sind mit verschiedenen Unternehmensbeteiligungen im Land vertreten. In allen Schlüsselbereichen der türkischen Wirtschaft dominieren deutsche Konzerne und halten einen großen Teil des türkischen Exports in die BRD in ihren Händen. Es sind vor allem deutsche Konzerne, die von den Hermes-Bürgschaften und weiteren Kreditabsicherungen profitieren.

Auch die Rüstungszusammenarbeit gedeiht prächtig. Rheinmetall liefert die 120-mm-Glattrohrkanone für den Altay-Panzer, welcher unter koreanischer Lizenz gebaut wird, lässt sein türkisches Tochterunternehmen gemeinsam mit dem staatlichen Rüstungskonzern MKEK Munition produzieren und wird in Kooperation mit der türkischen BMC sowie dem malaysischen Rüstungskonzern Etika gepanzerte Fahrzeuge für Katar bauen. MTU Friedrichshafen liefert den Dieselmotor für den Altay-Panzer. Allein in diesem Jahr hat die Bundesregierung 99 Genehmigungen für Rüstungsexporte erteilt (2016 waren es 158 Genehmigungen). Hauptsächlich werden Bomben, Torpedos, Flugkörper, Raketenabwehrsysteme für Marineschiffe, Marinespezialausrüstung, militärische Elektronik, militärische Luftfahrzeuge sowie ABC-Schutzausrüstung geliefert. Das Wichtigste dabei: Die deutschen Rüstungskonzerne können über den türkischen militärisch-industriellen Komplex, den sie selbst mit aufgebaut haben, die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung umgehen.



Warum dieses Getöse?

Die o. g. Auflistung allein reicht aus, um zu zeigen, dass eine Änderung der bundesdeutschen Türkei-Politik zuallererst dem deutschen Kapital schaden würde. Insofern kann konstatiert werden, dass die angekündigte »Neuausrichtung der Türkei-Politik« nur eine graduelle Kurskorrektur sein kann. Diese Feststellung schließt jedoch nicht aus, dass es Reibungen zwischen den herrschenden Klassen und Regierungen der beiden Länder geben kann. Reibungen aufgrund von Interessenskonflikten, denen die kapitalistische Konkurrenz unterliegt und die immer mit politischen Mitteln ausgetragen werden, sind Normalfall im Kapitalismus. Das ändert aber überhaupt nichts an der Tatsache, dass die langfristigen Interessen des deutschen Imperialismus und des AKP-Palast-Regimes als Interessenvertreterin der türkischen Bourgeoisie sich überlappen.

Daher unterliegen jene Kräfte, die auf den »Westen« bzw. auf »Deutschland« bauen, weil dort vermeintlich eine echte Demokratie existiert, einem liberalen Trugschluss. Es steht außer Frage: Für den deutschen Imperialismus, der unter dem Dach der EU eine Weltordnungsmacht werden will, spielt die Türkei aufgrund ihrer strategisch wertvollen Lage für den freien Zugang zu den Märkten und Energieressourcen des Nahen und Mittleren Ostens, die Kontrolle der Transportwege und die langfristigen strategischen Interessen des deutschen Kapitals eine Schlüsselrolle. Das AKP-Palast-Regime unter Erdoğan baut auf diese Schlüsselrolle und ist sich der Unterstützung der herrschenden Klassen in der BRD sicher. Die Kriminalisierung kurdischer und linker Aktivist*innen, Betätigungs- und Organisationsverbote in der BRD sowie die weiterhin enge Zusammenarbeit der Geheimdienste sind nur einige der Tatsachen, die das beweisen. ♦

Das antikurdische Bündnis zwischen Ankara und Teheran

Gemeinsame Feinde als Basis für eine Neugestaltung?

Mustafa Peköz, Journalist und Schriftsteller

Ankara und Teheran stehen im Wettbewerb und in einer indirekten Auseinandersetzung um die regionale Hegemonie im Mittleren Osten. Dieser Umstand ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass sich beide Staaten temporär auch verbünden. So messen beide Regierungen dem zwischen ihnen geschlossenen antikurdischen Bündnis eine wichtige Bedeutung bei. Insbesondere die aus dem jüngsten Referendum in Südkurdistan resultierende politische Situation hat die politische Strategie der beiden Staaten gegen die Kurden weiter konkretisiert. Wie lange dieses Bündnis andauern wird, hängt von ihren Beziehungen zueinander und dem regionalen und internationalen Kräftegleichgewicht ab.

Bagdad, Teheran, Ankara und Damaskus sind gegen einen soziopolitischen Status der Kurden. Diese würden mit dem Erlangen eines Status das gegenwärtig bestehende geopolitische Gleichgewicht der vier Staaten erschüttern.

Die Grenzen des »Misak-ı Millî«[1] im Irak und in Syrien haben ihre Funktion erfüllt und weil der Iran und die Türkei dies erkannt haben, nehmen sie nun in ihrer antikurdischen Politik eine noch viel härtere Haltung ein.

Die diplomatischen Treffen im militärisch-politischen Kontext zwischen dem schiitischen Teheran und dem sunnitischen Ankara, die in den vergangenen Monaten an Intensität gewonnen haben, stützen sich auf die Absicht, den politischen Einfluss und die militärische Kraft der Kurden, die das regionale Gleichgewicht zu verändern begonnen haben, unter Kontrolle zu bringen und zu beeinflussen. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass im regionalen Wettbewerb und Konflikt die politische Kraft der Kurden vor allem in Hewlêr (Erbil) und Qamişlo (Al-Qamischli) das strategische Gleichgewicht im Mittleren Osten verändern könnte. Das würde eine Phase einleiten, die vor allem Ankara und Teheran stark beeinträchtigen würde. In dieser Hinsicht werden sie, die das Referendum in Südkurdistan als »Verrat« werten, im Hinblick auf Rojava (Westkurdistan) eine noch ernsthaftere Krise erleben.

Es wird erwartet, dass mit wachsendem kurdischem Einfluss und internationaler Unterstützung die regionalen Interessen Ankaras und Teherans mittel- und langfristig bedroht werden. Deren strategische Schwäche ist der Gewinn eines soziopolitischen Status für die Kurden. Jeder politische Status, den die Kurden im Süden und in Rojava erlangen, wird die heutige Existenz Teherans und Ankaras stark beeinflussen und sie zu Änderungen zwingen. Aus diesem Grund ist es kein Zufall, dass sich die beiden historisch konkurrierenden Staaten gegen die Kurden an einem gemeinsamen Punkt treffen. Auch wegen ihrer Beunruhigung über die Unvermeidbarkeit der Veränderung innerer Dynamiken. Doch der Wandel ihrer Rolle im regionalen Wirkungsraum beeinflusst auch die Beziehungen zu regionalen Kräften. Aus dieser Sicht wird es für sie nicht so leicht sein, ihre Ziele zu erreichen.

Eine Prognose der Entwicklungen im Mittleren Osten unter Berücksichtigung des türkisch-iranischen Gleichgewichts scheint schwierig. Die Wirkungsräume der Staaten ändern sich schnell, Konkurrenz und Bündnisse zwischen regionalen Kräften, die die Balance im Mittleren Osten strategisch mitbestimmen wollen, überlagern sich und die politischen Beziehungen verändern sich permanent. Auch wenn das Niveau der strategischen Beziehungen zwischen den regionalen Kräften schwer bestimmbar ist, wird gegen die Kurden eine klare politische Haltung gezeigt. Die Konkurrenz untereinander wird in ein antikurdisches Bündnis transformiert. Diese politische Situation macht gleichzeitig die Bestimmung der strategischen und taktischen Bündnisse und Beziehungen zu einem bedeutenden Problem.

1 Der Nationalpakt der türkischen Unabhängigkeitsbewegung nach dem Ersten Weltkrieg skizzierte u. a. die Grenzen des neuen türkischen Staates, inkl. Thrakien, Mûsil, Aleppo und Batum.

Unter Berücksichtigung der historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen hat das iranisch-türkische Verhältnis großen Einfluss auf die regionalen Beziehungen. Es unterliegt ihren Interessen entsprechend einem ständigen Wandel und wird geprägt von den Auseinandersetzungen um regionale Hegemonie und dem Versuch, ein antikurdisches Bündnis zu schmieden.

Auch wenn beide eine politische Strategie gegen die Kurden befürworten, ist es eine Realität, dass ihre diesbezügliche Politik nicht ganz deckungsgleich ist. Angesichts der aktuellen militärischen und politischen Entwicklungen im Mittleren Osten sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass Teherans regionaler Einfluss wächst und es als Führungskraft in den Vordergrund rückt. Dem steht ein Ankara gegenüber, das ernsthafte Verluste erlitten hat, dessen Einflussgebiet begrenzt ist und dessen regionale Beziehungen ziemlich konfrontativ geworden sind.

Die Probleme auf der Agenda Ankaras und Teherans:

Erstens: Ankara hat verstanden, dass es trotz der Nutzung aller internationalen und regionalen Beziehungen sowie staatlichen Mittel nicht die bestimmende Kraft der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in (Nord-)Syrien und die Bildung einer autonomen Region in Rojava verhindern kann. Ankara hat vom Iran, der im Krieg in Syrien ein ausschlaggebender Faktor ist, gefordert, den politischen Status der Kurden zu begrenzen. Der Iran sieht einen soziopolitischen Status in Rojava mittelfristig als Risiko für sich selbst und steht deshalb dieser Forderung positiv gegenüber. Beide treffen sich an dem Punkt, den politischen Status der Kurden, der sich an der PYD orientiert, auf minimalem Niveau zu halten. Während der iranische islamische Staat dafür in der Region insbesondere sein militärisches Potential nutzt, wird er sich in seinen politischen Beziehungen realistischer verhalten. Ankara sieht, dass sich der Krieg in Syrien dem Ende nähert; zwei Kräfte gewinnen: Assad und die PYD werden die politische Zukunft Syriens bestimmen. Diese sind sich dessen bewusst, dass in den kommenden Monaten offizielle Gespräche beginnen werden. Ankara sieht keine Chance, politisch und diplomatisch in den Prozess einzugreifen, und versucht sich Teherans zu bedienen, das Einfluss auf Damaskus hat.

Die Entwicklung Rojavas hin zu einem »autonomen« Status bedeutet für Ankara die Nachbarschaft mit der aus seiner Sicht »terroristischen« PYD. Die Verantwortlichen in Ankara sehen so die kurdische Frage in der Türkei künftig noch dringlicher auf der Tagesordnung. Deshalb werden sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, diesen Status zu verhindern, und zu mehr Zugeständnissen bereit sein, als zu erwarten war. Teheran mit seinen Erfahrungen bei den regionalen Beziehungen verhält sich aus der Einsicht der zunehmenden militärischen und politischen Kraft der Kurden relativ flexibel, doch für sie gilt dasselbe. Die politischen Entwicklungen in Rojava verlaufen nicht zugunsten Ankaras und Teherans. Der an Einfluss gewinnende Iran betreibt eine vorsichtige und misstrauische Politik gegenüber Rojava, der unterliegende türkische Staat hingegen eine völlig aggressive Politik. Darum ist trotz derselben Gefahr, die Teheran und Ankara strategisch droht, ihre politische Ausrichtung nicht deckungsgleich.

Der zweite Punkt betrifft das Unabhängigkeitsreferendum der südkurdischen Regierung am 25. September 2017. Die mit der Abstimmung festgelegte Forderung nach »Selbstbestimmung« wurde international nicht direkt unterstützt, aber die Türen wurden offengelassen. Die 93-prozentige Akzeptanz hat insbesondere das politische Gleichgewicht Ankaras und Teherans erschüttert. Das sich bietende Bild bedeutet die sehr wichtige Botschaft an die internationale Öffentlichkeit, dass die Kurden sich selbst verwalten wollen. Die Wirkung dieser Botschaft wird sich in der kommenden Phase noch deutlicher zeigen. Doch das Referendum zur Selbstbestimmung ist nicht gleichbedeutend mit der sofortigen Unabhängigkeit Südkurdistans vom Irak.

Ohne Zweifel ist das Recht auf ein »Ja« zur Abspaltung sehr wichtig, aber um international Widerklang in den Beziehungen zu finden und zur »unabhängigen« Staatswerdung Kurdistans braucht es zuallererst eine Bestätigung durch die Vereinten Nationen (UN). Dafür müssen die internationalen Mächte und Institutionen das gegenwärtige Tableau schrittweise anerkennen. Anschließend muss es unter UN-Aufsicht zu direkten Verhandlungen zwischen den politisch Verantwortlichen Südkurdistans und Bagdads kommen. Klar ist aber auch, dass sich unter diesen Bedingungen eine internationale Anerkennung Südkurdistans als eigenständiger Staat voraussichtlich bis in die Jahre 2020 bis 2023 hinziehen dürfte.

Obwohl also die Transformation vom Referendum zum »Unabhängigkeits«-Status eine lange Zeit in Anspruch nehmen wird, wird die innere Dynamik Ankaras und Teherans wahrscheinlich ernsthaft beeinträchtigt werden. Ihre Position zum Referendum demonstriert im Wesentlichen ihre regionale politische Strategie gegen die Kurden. Sie tritt in dieser Hinsicht als einer der krisenverschärfenden Faktoren in den Vordergrund. Eine direkte militärische Kriegshandlung gegen Südkurdistan scheint bei beiden nicht sehr wahrscheinlich. Ein solcher Schritt würde die Kräfte der PKK, der *[westkurdischen]* Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der *[südkurdischen]* Peşmergê zusammenführen und einen Krieg auf breiter Front von Zentralasien bis Thrakien hervorrufen. Deshalb werden sie mehr zu Maßnahmen des »Aushungerns« greifen und so

Schritte der Rücknahme erzwingen wollen, außerdem zu verstärkter ökonomischer, politischer und diplomatischer Repression, zu Provokationen im Inneren zur Destabilisierung, zum Schließen der Grenzen und des Luftraums und einer vielfältigen ökonomischen Umzingelung und Embargos. Wird das Wirkung zeigen? Neben umfangreicheren Problemen für Ankara werden sie wohl mit internationalen Reaktionen rechnen und das »Abspaltungsrecht« Südkurdistans wird international zu einem noch aktuelleren Problem werden.

Die Entstehung regionaler Beziehungen in den kommenden Jahren, die Konkretisierung des soziopolitischen Status der Kurden und die Wirkung der internationalen Beziehungen wird die Türkei unvermeidlich zu einer Entscheidung zwingen. Ankara, das sich über den Einfluss klar ist, den das Referendum in Südkurdistan bewirkt hat und in Zukunft bewirken wird, versucht mithilfe Teherans diese Phase zu verhindern. Kern des diplomatischen Verkehrs mit Teheran ist es, die regionale Wirkung des Referendums zu brechen. Dessen erschütternde Wirkung im Norden ist der Grund dafür, dass Barzanî vom Freund zum Feind avancierte.

Drittens werden Ankara und Teheran, die die Kontrolle über Rojava komplett verloren haben, das Referendum in Südkurdistan nicht verhindern konnten und gegenüber den kurdischen politischen Gruppen erheblich an Einfluss verloren haben, eine einheitliche Kriegsstrategie gegen die PKK aufzubauen versuchen, mit der sie sich direkt im Krieg befinden. Insbesondere Ankara pocht auf eine Militäroperation gegen Qandil.

Die türkische Armee hat in der Vergangenheit trotz relativer Unterstützung durch südkurdische Kräfte keine Erfolge bei solchen Unternehmungen erzielen können. Im Gegenteil, sie musste schwere Verluste einstecken. Für die Wiederholung einer Offensive gegen das PKK-kontrollierte Qandil bedarf sie der massiven Unterstützung Teherans. Dem nach Ankara eingeladenen iranischen Generalstabschef wurde eine gemeinsame Militäraktion gegen die *[ostkurdische]* Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) vorgeschlagen als Gegenleistung für die Beteiligung an einer möglichen türkischen Armee-Operation gegen Qandil. Die PKK, die im Mittleren Osten als regionale Kraft dieselbe Wirkung hat wie die Regionalstaaten, wird von beiden als strategische Gefahr gesehen, weshalb ihre Vernichtung oder zumindest Schwächung beabsichtigt wird. Diese Orientierung wird nicht nur militärisch verfolgt, sondern die Strategie zielt auch auf das Lahmlegen der politischen und gesellschaftlichen Dynamiken ab.

Das Bündnis, um die militärische und politische Entwicklung der Kurden in der Region aufzuhalten und sie später zu liquideren, kann die Basis für eine Neugestaltung der gemeinsamen Beziehungen zwischen PKK, PYD und südkurdischer Regionalregierung stärken.

Trotz Befürwortung dieser Strategie sind die taktischen Ausrichtungen und Interessen relativ verschieden. Deshalb ist die Akzeptanz des türkischen Vorschlags für den Iran nicht so einfach. Begrenzten Informationen zufolge soll es eine Waffenruhevereinbarung zwischen dem Iran und Qandil geben. Seit geraumer Zeit finden keine Gefechte zwischen PJAK und iranischem Militär statt. Zudem wird behauptet, einige PKK-Vertreter dürften sich mit Zustimmung Teherans im Iran aufhalten. Wird die Regierung in Teheran den zunehmenden PKK-Einfluss im Irak und in Syrien leugnen, der Forderung Ankaras nachgeben und die ganze Balance ins Chaos stürzen? Eine Bestätigung fällt schwer. Der Iran ist ein Staat, der außenpolitisch und insbesondere in den regionalen Beziehungen strategische Entscheidungen trifft. Er sieht die PKK als strategische Gefahr, kann aber wegen der Türkei keine Auseinandersetzungen mit der PKK in Kauf nehmen. Das würde seiner regionalen Strategie einen ernsthaften Schlag versetzen. Der Verlagerung des Krieges mit der PKK und PJAK direkt in den Iran würde der Strategie Teherans zu regionaler Hegemonie das Ende bereiten. Deshalb ist es wenig wahrscheinlich, dass sich der Iran, der PKK und PJAK als gefährliche »Feinde« einstuft, aufgrund regionaler Strategien wie Ankara verhält. Die gegenüber dem Irak und Syrien verfolgte militärische und politische Strategie Ankaras ist kollabiert. Das letzte verbliebene Ziel ist es, die Entwicklung der PKK zu stoppen und ihren Bewegungsspielraum einzuschränken. Schafft sie das nicht, wird die Türkei vollständig verlieren. Der Iran hingegen hat seine Einflusssphäre im Irak und in Syrien geschaffen. Seine mit vielen Schwierigkeiten verbundene politische und militärische Initiative will er nicht durch einen aktiven Krieg mit der PKK und der PJAK verlieren.

Auch wenn der Kern der Politik Ankaras und Teherans gegenüber den Kurden übereinstimmt, bedeutet das nicht, dass sie immer zusammen agieren. Das Bündnis, um die militärische und politische Entwicklung der Kurden in der Region aufzuhalten und sie später zu liquideren, kann die Basis für eine Neugestaltung der gemeinsamen Beziehungen zwischen PKK, PYD und südkurdischer Regionalregierung stärken. Somit würden die im Irak und in Syrien zusammenfallenden Grenzen des »Misak-ı Millî« die Türkei und den Iran miteinschließen. ♦

Frauenrat von Syrien gegründet

Die aktive Rolle der Frauen in allen Lebensbereichen erkämpfen und sichern

Interview mit Nujin Yousuf, Vorstandsmitglied des Frauenrates von Syrien

Am 8. September 2017 fand in Manbidsch (kurd.: Minbic, eine am 15. August 2016 durch die Demokratischen Kräfte Syriens QSD vom IS befreite Stadt mit überwiegend arabischer Bevölkerung) der Gründungskongress des Frauenrates von Syrien statt. Dieser Rat spielt als Dachverband von Frauen sowohl für die sozialen Fragen als auch für die Lösung der Krise in Syrien eine wichtige Rolle. Wir fragten Frau Nujin Yousuf, wie es zu diesem Kongress kam, was dort besprochen und beschlossen wurde und welche Rolle dieser Rat spielen wird. Das Interview führte Songül Karabulut für den Kurdistan Report.

Frau Yousuf, am 8. September fand in der nordsyrischen Stadt Minbic der Gründungskongress des Frauenrates von Syrien statt. Wie kam es dazu?

Der Demokratische Rat Syriens (kurd.: MSD; engl.: SDC) wurde im Oktober 2015 als politischer Arm des militärischen Dachverbands Demokratische Kräfte Syriens (arab.: QSD, engl.: SDF) gegründet. Der MSD verfügt über eine Frauenorganisation, er kümmert sich als politische Kraft um die politischen Belange Syriens. Für die Frauen ergab sich ebenfalls die Notwendigkeit, eine eigene Struktur für Gesamtsyrien mit seiner ganzen gesellschaftlichen Vielfalt zu schaffen, die sich sowohl mit den allgemeinen Belangen Syriens befasst als auch speziell um Frauenthemen kümmert. So wurde auf der letztjährigen Frauenkonferenz ein Vorbereitungskomitee gebildet, das die Arbeit für eine syrienweite Frauenstruktur aufnehmen sollte. Darin waren unterschiedliche Frauenorganisationen vertreten.

Die Initiative für diesen Kongress kam aus der Frauenorganisation des MSD. Das gewählte Vorbereitungskomitee hatte die Aufgabe, alle Frauen in Syrien zusammenzubringen und eine gemeinsame Organisierungsstruktur zu entwickeln. Es führte Gespräche mit unterschiedlichen Frauenorganisationen, -initiativen, -gruppen und -persönlichkeiten. Nach diesem umfangreichen Austausch stellte sich heraus, dass die bisherige Frauenstruktur unzureichend war. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Organisierungsform eines Rates. Das Komitee hat sowohl die Gründungskonferenz technisch und inhaltlich vorbereitet als auch Vorarbeit geleistet, die als Entwürfe auf dem Kongress eingebracht wurden, wie z. B. die Satzung.

Wie setzten sich die Delegierten zusammen, welche Tagesordnung hatte der Kongress?

Syrienweit kamen 150 Delegierte. Sie wurden auf Regionen aufgeteilt unter der Voraussetzung, dass Frauen aller ethnischen und religiösen Gruppen vertreten sind. So waren Frauen aus den drei Kantonen Cizîrê, Efrîn und Kobanê sowie den syrischen Städten Homs, Damaskus, Idlib, Latakia, Raqqa, Deir az-Zor, Manbidsch, Aleppo, Heseke (Al-Hasaka) vertreten, neben kurdischen auch arabische, turkmenische, armenische, assyrische, tschetschenische und albanische Frauen.

Auf dem Gründungskongress wurde der Satzungsentwurf für den Frauenrat vorgestellt und diskutiert. Auch wurden Diskussionen darüber geführt, auf welche Mechanismen sich dieser Rat stützen wird. Die Debatten konzentrierten sich sowohl auf die Rolle eines Frauenrates als auch auf die Organisierungsstrukturen. Die Führungsrolle der kurdischen Frauen in Rojava wurde mit großem Interesse zur Sprache gebracht und die Bereitschaft, aus den Erfahrungen der kurdischen Frauenbewegung zu lernen. Die Analyse, dass unter der Krise in Syrien am stärksten Frauen leiden, wurde breit geteilt. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen für die politische, ökonomische und gesellschaftliche Zukunft Syriens, war groß. Vor diesem Hintergrund wurden die folgenden Fragen erörtert: Was für ein Syrien wollen wir als Frauen? Welche Rolle

sollten die Frauen in Syrien spielen? Welchen Platz sollten die Frauen in einer demokratischen Verfassung einnehmen? Wie kann der Beitrag von Frauen für ein demokratisches freies Syrien aussehen? Wie ist die Situation der Frauen in Syrien, welche Probleme haben sie und wie können diese gelöst werden? Es gab unterschiedliche Sichtweisen. Einige sahen die Lösung für die Probleme im staatlichen Lösungsmodell, andere suchten und baten um Lösungen jenseits von Staaten. Dafür, dass die Gesellschaft in Syrien dermaßen zersplittert und separiert ist, war es ein Erfolg, die Frauen dieser stark patriarchalen Gesellschaften zusammenzubringen, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln, auch wenn zu bestimmten Themen unterschiedliche Sichtweisen bestehen. Aber wir haben auf dem Kongress auch gemeinsame Beschlüsse gefasst, vor allem dazu, wie wir uns organisieren werden und wie wir arbeiten wollen.

Welche Beschlüsse waren das?

Es wurde beschlossen, dass sich die Frauen in Syrien unter dem Namen Frauenrat von Syrien organisieren. Auch wurde über ein Emblem diskutiert und Vorschläge wurden gesammelt. Ein Exekutivrat wurde gewählt.

Der Frauenrat ist eine Dachorganisierung, unter der alle unterschiedlichen Frauenorganisationen, -gruppen und -persönlichkeiten ihren Platz finden werden. Ein allgemeines Ziel ist es, die Einheit der Frauen in Syrien herzustellen, mit der die Geschlechterbefreiung parallel zu einem demokratischen, gerechten Syrien erkämpft werden kann. Jede Gruppe und Identität soll gleichberechtigt ihren Platz einnehmen und partizipieren. Die aktive Rolle der Frauen in allen Lebensbereichen soll erkämpft und gesichert werden, d. h. Frauen in Syrien sollen in Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Gesetzgebung, Bildung, Gesundheit, Verteidigung ihre Führungsrolle einnehmen und garantieren.

Mit dem Frauenrat wollen wir alle Frauen erreichen, um ihren Willen sichtbar zu machen und bei allen das Leben in Syrien betreffenden Beschlüssen einzubringen.

Es wurde ein sechzigköpfiger Rat gewählt, der sich alle drei Monate treffen wird. Innerhalb des Rates wurde eine siebenköpfige Koordination gewählt sowie eine Sprecherin und zwei Stellvertreterinnen. Die Sprecherin ist Araberin, die Stellvertreterinnen sind eine Kurdin und eine Assyrerin.

Des Weiteren wurden Komitees gebildet – für Organisierung, Diplomatie, Justiz, Presse sowie Finanzen.

Wie geht es jetzt weiter?

Der Gründungskongress war zweifellos ein Erfolg. Danach fand auch schon die erste Ratssitzung statt. Dabei wurde eine Aufgabenteilung vorgenommen. Außerdem haben wir beschlossen, einen Sitz zu eröffnen und syrienweit Versammlungen zu organisieren, um den Frauenrat von Syrien vorzustellen und die Arbeit auszuweiten.

Wir bedanken uns für das Interview und wünschen dem Frauenrat von Syrien viel Erfolg. ♦



Am 8. September fand der Gründungskongress des Frauenrates von Syrien (Meclîsa Jinên Sûriyê) in Manbidsch statt. Foto: ANHA

Ein Gespräch über den Aufbau der ersten Internationalen Akademie der YPJ

Die Freiheit erkämpfen, spüren und leben können ...

Andrea Benario, 25.09.2017

Die Frauenverteidigungseinheiten YPJ wurden durch ihren Widerstand in Kobanê international bekannt. Frauen in vielen Ländern des Mittleren Ostens und darüber hinaus – von Afghanistan bis nach Europa, in Nord- und Lateinamerika – fühlten sich vom erfolgreichen Widerstand der YPJ gegen die bislang als »unbesiegbar« geltenden frauenverachtenden faschistischen IS-Mörderbanden inspiriert. Denn der IS ist der offenste Ausdruck des patriarchalen Systems, das tagtäglich in allen Teilen der Welt Frauen ermordet, vergewaltigt und auf brutale oder subtile Weise den Willen von Frauen bricht. Jedoch haben die Frauen der YPJ mit ihrem entschlossen Kampf bewiesen, dass der Freiheitswille von Frauen stärker ist als die Brutalität und Waffen des patriarchalen Systems.

Wie können Frauen zu einer Kraft werden, in der sie sich aus der ihnen auferlegten »Opferposition« befreien? Was bedeuten die Erfahrungen der YPJ für Frauen, die in verschiedenen Ländern der Welt gegen jegliche Form von patriarchaler Gewalt und Militarismus ihre Selbstverteidigung organisieren wollen? Wie können Frauen zu einer organisierten Kraft werden und ihre Kämpfe miteinander verbinden? Für Frauen, die auf der Suche nach Antworten auf diese und ähnliche Fragen sind, hat die YPJ nun mit dem Aufbau einer Internationalen Frauenakademie begonnen. In einem Interview habe ich Rojîn Evrim und Cudî Katalonya vom Komitee zum Aufbau der ersten Internationalen Akademie der YPJ nach ihren Zielen und Vorstellungen gefragt. Hevala Rojîn Evrim ist eine Kurdin, die in den Reihen der YPJ bei der Verteidigung von Kobanê kämpfte und an vielen Operationen zur Befreiung von Gebieten teilnahm, die durch den IS besetzt worden waren. Hevala Cudî kam aus Katalonien nach Rojava, um dort an der Revolution teilzunehmen. Nun arbeiten beide zusammen für den Aufbau der Internationalen Akademie der YPJ.

Was ist der Ausgangspunkt für den Aufbau der Internationalen Akademie der YPJ gewesen?

Rojîn Evrim: Als YPJ haben wir insbesondere nach dem Krieg in Kobanê 2014 und den Angriffen des IS auf Şengal, bei denen tausende Frauen entführt, ermordet, gefoltert, vergewaltigt, verkauft und versklavt wurden, die Notwendigkeit zum Aufbau einer internationalen Akademie der YPJ gesehen. Damals ist in der ganzen Welt bekannt geworden, dass sich der Krieg des IS insbesondere gegen Frauen richtet und die gesamte Menschheit bedroht. Diese Angriffe waren nicht allein gegen kurdische Frauen gerichtet, sondern gegen alle Frauen. Zugleich haben Frauen – wie in Kobanê – eine führende Rolle im Widerstand gegen den IS gespielt. Viele Freundinnen sind in diesem Kampf gefallen. Auch viele Freunde sind gefallen. Aber der Mut und die Entschlossenheit der Freundinnen und die Rolle der YPJ bei der Verteidigung und Befreiung von Kobanê war entscheidend und hat die YPJ international bekannt gemacht. So haben Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt von ihr erfahren und wollten sich ihr anschließen. Frauen sind gekommen und haben in den Reihen der YPJ mitgekämpft oder sich in anderen Bereichen am revolutionären Kampf in Rojava beteiligt.

Das Ziel der Revolution in Rojava ist nicht nur, dass wir Rojava befreien wollen. Unsere Revolution findet auf der Grundlage der Ideologie und Philosophie von Rêber Apo *[Abdullah Öcalan]* statt. Sie ist ein Beispiel für den Aufbau der demokratischen Moderne als eine Alternative zum kapitalistischen System. Diese Revolution wird sich weiter ausbreiten und nicht auf Rojava begrenzt bleiben. Es ist eine Revolution der Frauen, die in allen Bereichen der Gesellschaft, in der Politik, in der Ökonomie, im Krieg und an den Fronten des Krieges stattfindet. Frauen sind in allen Bereichen eine treibende Kraft. Das hat das Interesse vieler Frauen aus verschiedenen Ländern geweckt. Denn der Widerstand gegen einen so brutalen Feind wie den IS – der sich durch seine Frauenverachtung auszeichnet – war keine leichte Angelegenheit. Daraufhin kamen InternationalistInnen aus verschiedenen Ländern, um sich am Kampf

zu beteiligen. Während des Krieges in Kobanê wurde auch ein internationalistisches Tabur *[Einheit]* aufgebaut. Einige Frauen kamen auch direkt zur YPJ – es gab und gibt bis heute viele Anfragen von Frauen verschiedener Nationen. Deshalb hielten wir es für notwendig, einen Ort für Internationalistinnen bei der YPJ aufzubauen.

Bereits seit der Gründung der YPJ im Jahr 2013 wurden verschiedene Akademien für Kommandantinnen und Kämpferinnen der YPJ aufgebaut, an deren Bildungsprogrammen auch Frauen aus verschiedenen Ländern teilgenommen haben. Warum wird nun eine eigenständige Akademie für Internationalistinnen aufgebaut? Was sind die Ziele und das Programm der Akademie?

Rojîn Evrim: Die Internationalistinnen, die nach Rojava kommen, brauchen einen Ort, an dem sie die Sprache lernen, mehr über die Revolution in Rojava lernen und die Bevölkerung von Rojava kennenlernen können. Denn in Rojava leben verschiedene Völker und Kulturen wie beispielsweise AraberInnen, SuriyanerInnen, TurkmenInnen und KurdInnen, die diese Revolution initiiert haben. Die meisten Internationalistinnen kommen mit einem großen Interesse und dem Wunsch, sich an dieser Revolution zu beteiligen. Aber viele wissen nicht viel über die Geschichte, die Kultur und die Realität hier. Manchmal kommen Internationalistinnen, die diese Revolution allein als einen bewaffneten Kampf sehen, sich aber über die gesellschaftliche Dimension und die verschiedenen Bereiche der Revolution nicht bewusst sind. Unser Kampf ist nicht nur ein militärischer Kampf. Wir kämpfen gegen das sexistische, frauenverachtende kapitalistische System. Demgegenüber kämpfen wir für die Verwirklichung einer demokratischen, ökologischen Gesellschaft auf der Grundlage der Frauenbefreiung. Ausgehend von der Feststellung, dass es kein richtiges Leben im falschen System geben kann, ist für uns die entscheidende Frage: Wie können wir richtig leben? Das heißt, viele Frauen, die hierherkommen, um die Revolution in Rojava kennenzulernen, merken, dass sie die erste Revolution bei sich selbst beginnen müssen.

Hier werden sie sich auch in ihrer eigenen Sprache mit anderen Freundinnen austauschen, ihre Fragen und Probleme besprechen können. Zugleich wird es Kurdischunterricht geben, damit sie sich mit allen GenossInnen und der Bevölkerung verständigen können. Außerdem wird es Sportunterricht und militärisches Training geben, um den Körper zu stärken und sich physisch auf die Aufgaben in der YPJ vorzubereiten. Es wird theoretische und praktische Ausbildung an verschiedenen Waffen geben; ebenso wird Wissen zum Schutz gegen Waffen vermittelt werden, die der Feind benutzt. Themenschwerpunkte der ideologischen Bildung werden das Paradigma des demokratischen Konföderalismus und der demokratisch-ökologischen Gesellschaft auf der Grundlage der Frauenbefreiung sein: Frauengeschichte, Analysen zu Sexismus und Patriarchat, die Frauenbefreiungsideologie sowie Jineolojî.

Warum hast Du Dich dazu entschlossen, nach Rojava zu kommen und Dich an diesen Arbeiten zu beteiligen?

Cudî Katalonya: Als ich erfahren habe, dass eine Internationale Akademie der YPJ aufgebaut werden soll, hielt ich das für eine sehr gute Idee. Denn es gibt bereits Akademien für Internationalisten, jedoch gab es bislang keine eigenständige Akademie für die Internationalistinnen. Wir haben zwar an verschiedenen Bildungseinheiten an unterschiedlichen Orten teilgenommen, aber es ist sehr wichtig, dass wir einen Ort aufbauen, an dem wir ein komplettes Bildungsprogramm absolvieren, unsere Erfahrungen austauschen, gemeinsam leben, lernen und diskutieren können. Die Revolution von Rojava ist eine Revolution der Frauen. Als Frauen, die wir hierhergekommen sind, sind wir sehr unterschiedlich. Aber uns verbindet eine gemeinsame Seele mit der Revolution in Rojava. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede besser herauszufinden, ist es sehr wichtig, dass wir diesen Ort für gemeinsame Bildungen haben. Zugleich soll es ein Ort werden, an dem wir diese Ideologie in unserem Leben verwirklichen, die Revolution fühlen können.

Du hast von den Unterschieden unter Frauen gesprochen, die trotzdem ein gemeinsames Ziel der Befreiung verfolgen. Wie kann es gelingen, die Unterschiede in eine gemeinsame Strategie und eine gemeinsame Stärke zu verwandeln? Im patriarchalen System werden Unterschiede als Spaltungslinien betrachtet, die durch die Herrschenden ausgenutzt werden, um zu teilen und zu herrschen. Welche Rolle kann demgegenüber die Internationale Akademie der YPJ spielen?

Cudî Katalonya: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Lebensvorstellungen und der Lebensstil sind sehr verschieden, was wiederum unsere Denk- und Handlungsweisen beeinflusst. Wenn wir hierherkommen, dann kommen wir mit dem Geist der Revolution und mit dem Ziel der Frauenbefreiung. Das ist eine wichtige Motivation, die alle Frauen haben, die nach Rojava kommen, um zu kämpfen. Natürlich hat eine jede von uns eine eigene Vorstellung, wie die Frauenbefreiung aussehen kann, und die müssen wir zusammenbringen. Aber der Lebensstil von internationalen Frauen ist völlig anders als der der Frauen hier. Denn wir werden so sozialisiert, dass wir unser

Handeln an unseren eigenen Interessen und Vorteilen orientieren. Als ich hier ankam, bemerkte ich, dass die Revolution eine große Gemeinschaft geschaffen hat, in der alle zusammen für den Erfolg der Revolution arbeiten. Das ist eine sehr wichtige Erfahrung. Hier können wir im Alltag der Akademie lernen, wie die kurdischen Menschen leben, wie Schritt für Schritt an der Revolution gearbeitet wird und wie Fortschritte erreicht werden. Das ist meiner Meinung nach einer der wichtigsten Punkte. Denn wir sind es nicht gewöhnt, für uns selbst und die Gemeinschaft zu arbeiten. Im Kapitalismus orientiert sich alles am Individualismus, der dem Profit der Herrschenden dient. Wir müssen alle neu lernen, wie wir gemeinschaftlich leben und arbeiten und zu einer vereinten Kraft werden können.

Gibt es bestimmte Voraussetzungen für Frauen, die hierherkommen wollen?

Rojîn Evrim: Unsere Akademie richtet sich an Frauen, die für einen Zeitraum von sechs Monaten bis zu einem Jahr zur YPJ kommen wollen, aber auch an Frauen, die ohne zeitliche Begrenzung auf der Suche nach neuen Perspektiven sind und ein Teil der Revolution werden wollen. Als Mindestzeitraum haben wir sechs Monate festgelegt. Denn es braucht eine gewisse Zeit, bis Frauen von außen hier ankommen und sich einleben, die Grundlagen der kurdischen Sprache lernen und eine Grundausbildung absolvieren, um sich dann an der Praxis beteiligen zu können. Auf diese Weise können Frauen an der Akademie und in der Praxis sowohl etwas lernen als auch selbst beitragen und teilen. Wir diskutieren hier an der Akademie gemeinsam mit den Frauen, auf welche Weise und in welchen Bereichen sie sich an der Revolution beteiligen wollen, was ihre Perspektiven sind. Das ist zugleich ein Prozess der Persönlichkeitsentwicklung, ein Kennenlernen und Austausch mit Frauen aus anderen Realitäten. Das beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit dem Paradigma von Rêber Apo und der Frauenbefreiungsideologie, die die Perspektive für unsere Beteiligung am Leben und am Kampf ist. Unser Ziel ist es, die Revolution über Rojava hinauszutragen. Hierbei geht es uns nicht vorrangig um den bewaffneten Kampf. Wir führen in dieser Region einen Kampf gegen jegliche Form von Ausbeutung und Unterdrückung. Das ist nicht nur der Kampf gegen den IS. Der IS ist vielleicht der extremste Ausdruck der Sklaverei. Doch das kapitalistische System versklavt Frauen auf eine viel subtilere Weise, derer sich viele Frauen noch nicht einmal bewusst sind.

Unsere Revolution findet auf der Grundlage der Philosophie von Rêber Apo statt und die beinhaltet nicht nur die Befreiung der kurdischen Frauen. Unser Ziel ist es, alle Frauen zu organisieren; wir möchten Frauen an allen Orten der Welt erreichen und sie zur Organisierung motivieren. Sie sollen die Gelegenheit haben, die Revolution kennenzulernen.

Aus welchen Ländern haben sich bislang Frauen am Kampf und den Arbeiten der YPJ beteiligt?

Rojîn Evrim: Neben Frauen der verschiedenen Nationalitäten des Mittleren Ostens haben bislang Frauen aus England, Deutschland, Kanada, Spanien, Katalonien und Schweden über einen längeren Zeitraum am Kampf der YPJ teilgenommen. Sie haben die kurdische Sprache gelernt und haben an verschiedenen Akademien an politischen, ideologischen und militärischen Bildungsprogrammen teilgenommen. Viele von ihnen haben sich an den Arbeiten unserer Einrichtungen oder der kämpfenden Einheiten beteiligt. Einige sind dann wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, von denen wiederum manche nach kurzer Zeit wieder nach Rojava zurückgekommen sind. Andere haben sich entschlossen, hierzubleiben. Der Kontakt ist nie abgebrochen. Auch heute sind internationalistische Freundinnen hier in verschiedenen Bereichen der YPJ aktiv. Als Internationale Akademie der YPJ sind wir an die Kommandantur der YPJ angeschlossen, die die Arbeiten, die Bildung und Betreuung unserer internationalistischen Freundinnen koordiniert.

Internationalistinnen werden bei der Anreise und Ankunft unterstützt, haben Bildungsmöglichkeiten und werden bei ihrem Aufenthalt hier und bis hin zu ihrer Beteiligung an den kämpfenden Einheiten betreut. So haben sie immer eine Ansprechpartnerin für ihre Bedürfnisse. Auch bei der Rückkehr sind wir behilflich. Denn Frauen erleben und sehen hier viele Dinge, die sie besser verstehen und diskutieren wollen. Sie sind mit einer anderen gesellschaftlichen Realität konfrontiert als in ihren Herkunftsländern: Sie sehen Frauen, die in der Gesellschaft für demokratische Veränderung kämpfen, und erleben die Realität von Frauen im Krieg. Sie erkennen die Kraft der Frauen.

Mit welchen Zielen und Vorstellungen kommen Internationalistinnen zur YPJ?

Rojîn Evrim: Viele kommen mit einer großen Begeisterung für die Revolution in Rojava zu uns. Sie fühlen sich durch den Widerstand der YPJ ermutigt, selbst einen neuen Schritt zu wagen. Manche haben allein durch Bilder und Medienberichte von der YPJ erfahren und einen Funken der Hoffnung verspürt. Sie wollen die YPJ kennenlernen, kommen mit vielen Fragen und wissen selbst noch nicht genau, was sie selbst machen können und wie sie sich an der Revolution beteiligen können. Anfangs sind sich viele unsicher, sie wissen nicht, wie

sie kämpfen können, haben noch nie Umgang mit Waffen gehabt oder sich mit Taktiken des Krieges auseinandergesetzt. Mit dem genaueren Kennenlernen und dem Kennenlernen der eigenen Kraft im Laufe des Bildungsprozesses entsteht bei vielen internationalistischen Freundinnen der Wunsch, sich aktiv am Kampf gegen den IS zu beteiligen. Sie identifizieren und verbinden sich mit dem Kampf der YPJ. In den meisten Fällen verlaufen der Prozess des gegenseitigen Kennenlernens, das gemeinsame Leben und der gemeinsame Kampf sehr positiv. Es gab auch ein paar Freundinnen, die Schwierigkeiten hatten. Nicht alle schaffen es, sich aus den Strukturen und der Mentalität des Liberalismus zu lösen. Der Liberalismus hat bei den Menschen einen großen Egoismus und Individualismus erzeugt, deshalb dauert es insbesondere bei Menschen, die aus den westlichen Metropolen kommen, häufig länger, bis sie sich in unseren kollektiven Strukturen eingelebt haben. Viele nehmen sich große Projekte vor, haben großen Mut, aber trotzdem benötigen sie etwas Zeit, uns, unsere Gesellschaft und unser kollektives Leben richtig zu begreifen und ein Teil davon zu werden. Einige kommen mit der Vorstellung: »Ich gehe nach Rojava, um den Menschen dort zu helfen.« Aber wenn sie dann die Revolution kennenlernen und sich selbst betrachten, sehen viele, dass sie eigentlich selbst mehr Hilfe benötigen, um sich selbst zu verstehen und weiterentwickeln zu können, als dass sie anderen zunächst helfen können.

Können wir sagen, dass viele InternationalistInnen sich hier in Rojava über ihre eigene Unfreiheit und Unterdrückung bewusst werden, dass sie ihre eigene Realität im Spiegel der Realität des Mittleren Ostens klarer erkennen können?

Rojîn Evrim: Ja, genau. Im Laufe des ideologischen Bildungsprozesses und mit den Diskussionen über die Analysen von Rêber Apo lernen diese FreundInnen das kapitalistische System, aus dem sie gekommen sind, besser kennen. Sie bemerken dann, dass sie bislang kaum ihr eigenes Leben selbst bestimmen konnten. Wir haben sehr intensive Diskussionen mit internationalistischen Freundinnen gehabt, in denen wir gemeinsam versucht haben, den Einfluss des kapitalistischen Systems auf Frauen und die Gesellschaft zu entschlüsseln. Das



Links die Internationalistin Jiyan in Nordsyrien. Lower Class Magazine führte ein Interview mit ihr und einem weiteren Internationalisten. Ihr findet es auf der Internetseite: http://lowerclassmag.com/2017/10/fuer-daesh-sind-wir-ein-beliebtes-ziel/ Foto: http://lowerclassmag.com

führte u. a. auch dazu, dass wir den Aufbau der internationalen YPJ-Akademie notwendig fanden, um diese Diskussionen zu vertiefen.

In welchen Sprachen wird der Unterricht an der Akademie stattfinden?

Rojîn Evrim: Zunächst wird es jeweils einen halben Tag Kurdischunterricht geben. Denn an den Orten, an die die Freundinnen später gehen werden, wird hauptsächlich Kurdisch gesprochen werden. Wenn sie dann die Sprache nicht können, wird es für sie länger dauern, sich einzuleben und verständigen zu können. Der weitere Unterricht wird dann in der Sprache sein, die die meisten verstehen. Das heißt, zumeist auf Englisch, denn das ist die Sprache, die die meisten InternationalistInnen können, die nicht aus dem Mittleren Osten sind. Wenn es jedoch Freundinnen gibt, die kein Englisch können, werden wir uns darum bemühen, Übersetzerinnen zu finden oder auch in anderen Sprachen zusätzliche Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Viele Frauen, die nach Rojava kommen, sind daran interessiert zu erfahren: »Was bedeutet eine Frauenrevolution? Wie leben und arbeiten Frauen in Rojava? Was konnten die Frauen hier erkämpfen und was sind ihre Schwierigkeiten?« Welche Möglichkeiten wird es für Teilnehmerinnen der Internationalen Akademie der YPJ geben, einen tieferen Einblick in das gesellschaftliche Leben und den Alltag der Frauen zu bekommen?

Rojîn Evrim: Um die gesamte Revolution kennenzulernen, reicht es nicht aus, allein an einer Bildung an unserer Akademie teilzunehmen. An der Akademie können wir uns mit allen Fragen in den Bereichen Bildung, Theorie und Ideologie auseinandersetzen, aber die Revolution in Rojava ist noch viel weiter gefächert: Es gibt Frauenkommunen, die Frauenzentren Mala Jinê, den Aufbau eines Frauendorfes, Frauenkooperativen, die Jineolojî-Forschungszentren usw. Natürlich sollten die Freundinnen aus anderen Ländern auch alle diese unterschiedlichen Fraueneinrichtungen und die Frauen, die in den verschiedenen Bereichen arbeiten, kennenlernen. Sie sollten die Realität unterschiedlicher Frauen bis hin zu Frauen, die aus der Gefangenschaft des IS befreit wurden, kennenlernen und mit ihnen diskutieren, um sich ein ganzheitliches Bild von der Situation der Revolution in Rojava zu verschaffen. Zugleich können sie über ihre Erfahrungen und Eindrücke schreiben, die Menschen in anderen Teilen der Welt darüber informieren, was hier passiert. Oder sie können einen Film oder eine Dokumentation über die Revolution der Frauen in Rojava drehen. Auch solche Projekte, die eine Brücke zu Frauen in verschiedenen Ländern aufbauen, möchten wir unterstützen.

Das sind zunächst einmal unsere Ziele und Ideen, mit denen wir den Aufbau der Akademie begonnen haben. Aber im Laufe der Zeit kann sich das noch alles weiterentwickeln. Jede Frau, die hierherkommt, kann mit ihren Vorschlägen und ihrem Engagement die Arbeiten der Akademie bereichern.

Die YPJ wurde als eine Selbstverteidigungskraft der Frauen aufgebaut. Was bedeutet Selbstverteidigung für Frauen aus Ländern, in denen es keinen offiziell erklärten Krieg gibt?

Cudî Katalonya: Das ist eine spannende Frage. Ich denke, dass alle Frauen sich in ihrem Leben auf irgendeine Weise im Krieg befinden. Der Unterschied hier ist, dass es einen offenen Krieg gibt, gegen den wir uns verteidigen müssen. Aber in unseren eigenen Ländern müssen wir uns auch in allen Lebensbereichen verteidigen und befreien: bei unserer Arbeit, in den Jobs, in unseren Familien, in unserer Gesellschaft ... Obwohl wir bereits viele Kämpfe zur Veränderung unserer Gesellschaften geführt haben und Fortschritte erkämpfen konnten, sind Frauen immer noch nicht frei. Ich kann sagen, dass wir in Katalonien viel zum Thema Frauenbefreiung gearbeitet haben und uns für gleiche Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt haben. Wir benutzen keine Waffen, aber wir brauchen mehr Mittel und Methoden, um uns befreien zu können. Wir müssen erkennen, welche Werte wir schützen und welche Regeln wir für gesellschaftliche Veränderung benötigen. Wir müssen an die Wurzeln gehen, um die verinnerlichte Unterdrückung überwinden zu können. Wir müssen uns bewusst werden, was es heißt, frei zu denken und frei zu handeln und als Frauen für die Veränderung der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Jede Frau führt an diesen Punkten einen Krieg für ihre eigene Befreiung. Es sind andere Formen des Krieges, aber hier in Rojava gibt es für uns viele Inspirationen.

Siehst Du Deinen Weg nach Rojava auch in Verbindung mit der Geschichte Spaniens? Hat Dich beispielsweise der Widerstand von Mujeres Libres[1] dazu motiviert hierherzukommen?

Cudî Katalonya: Ja, natürlich.

1 Die Mujeres Libres (Freie Frauen) war eine feministisch-anarchistische Frauenorganisation im spanischen Freiheitskampf. Sie entstanden Anfang der 1930er Jahre. In der basisdemokratischen Frauenorganisation waren über 20.000 kämpfende Frauen vereinigt.

Was, denkst Du, hätte es bewirken können, wenn Mujeres Libres in ihrer Zeit eine solche Akademie für Internationalistinnen im Kampf gegen den Faschismus in Europa hätten errichten können?

Cudî Katalonya: Es hätte eine Frauenrevolution bedeuten können. Die Geschichte zeigt uns, dass wir als Frauen gemeinsam handeln müssen. Wir sind schwach, weil der Einfluss des Kapitalismus verhindert, dass wir gemeinsam handeln. Es gibt ein katalanisches Sprichwort, das übersetzt so viel heißt wie: »Gemeinsam sind wir stark!« Das ist die Kraft der Revolution in Rojava und das ist zugleich eine Kraft, die uns als Frauen fehlt. Wir müssen uns stärker miteinander verbinden. Es reicht nicht zu sagen, »ich habe meine eigenen Kämpfe an meiner Arbeitsstelle, bei mir zu Hause, in meinem Dorf oder in meiner Stadt«. Wenn wir einen größeren Schritt in der Gesellschaft machen wollen, dann müssen wir zusammenkommen und gemeinsam kämpfen. Das ist es, was die kurdischen Frauen machen.

Ihr seid gerade mit den Bauarbeiten der Akademie und den praktischen Vorbereitungen beschäftigt. Ihr arbeitet als ein kleines, aber internationales Komitee. Was habt Ihr jetzt schon in diesem ersten Prozess der Zusammenarbeit voneinander gelernt?

Rojîn Evrim: Wir haben erlebt, dass Frauen sich vereinen und zu einer gemeinsamen Kraft werden können. Unsere verschiedenen Nationalitäten, Sprachen und Kulturen sind dabei kein Hindernis. Beispielsweise haben ich und Hevala Cudî alle Arbeiten – schwere und leichte – hier gemeinsam gemacht. Zugleich diskutieren wir über unsere Pläne und Konzepte für die Akademie, darüber, welche Inhalte und Methoden wir wählen sollten. Zugleich haben wir einen offenen Umgang miteinander gelernt, können einander kritisieren und voneinander lernen. Für mich war das eine sehr wertvolle Erfahrung: Es gibt kein ernstes Hindernis für die Einheit von Frauen! Die gemeinsame Arbeit macht uns Spaß, bringt uns weiter und schafft Vertrauen zueinander. Wir teilen Freude und Enthusiasmus über den Aufbau der Internationalen Akademie.

Hevala Cudî, was waren Deine Erfahrungen in der praktischen Zusammenarbeit? Was hast Du dabei gelernt?

Cudî Katalonya: *[lachend]* Sehr, sehr viel!!! Vieles von dem, was ich bislang gesagt habe, sind Dinge, die ich aus meinen praktischen Erfahrungen gelernt habe. Das ist natürlich noch nicht alles. Ich wünsche mir, dass die Frauen, die hierherkommen, die besten Bildungsmöglichkeiten haben, um dann einen gemeinsamen Weg hier in Rojava beginnen zu können.

Ich habe gelernt, wie wichtig Hoffnung ist – die Hoffnung und Zuversicht der Frauen, die in dieser Revolution leben. Ich habe die Frauen hier in Rojava und ihr Leben kennengelernt, wie sie fühlen, wie sie denken und was ihnen die Kraft gibt, all diese Dinge zu tun. Und natürlich habe ich auch in praktischer Hinsicht viele neue Dinge von den Frauen hier gelernt und lerne immer noch.

Habt Ihr einen Aufruf an Frauen weltweit?

Cudî Katalonya: Natürlich, ich möchte allen Frauen der Welt empfehlen, hierher nach Rojava zu kommen. Denn Dinge, die wir bei uns – in unseren Heimatländern – sagen, machen die Frauen hier. Und das ist etwas völlig anderes, ob du etwas sagst oder ob du es machst. Für mich ist das Wichtigste, nicht nur zu reden, sondern zu handeln. Wenn du handelst und etwas lebst, dann ist das eine Erfahrung und ein Wissen, das für dein ganzes Leben eine Bedeutung hat. Das gibt dir die Möglichkeit, dich selbst zu verändern und weiterzuentwickeln. Ich glaube, dass alle Frauen weltweit in Freiheit leben wollen. Hier sprechen wir nicht nur über Freiheit, hier ist die Befreiung eine Realität, die du fühlen und erleben kannst, mit deinem Körper und deiner Seele. Du lernst etwas für dich selbst und zugleich lernst du etwas für die Welt. Denn je mehr Frauen sich befreien, desto mehr werden wir auch Frauen in anderen Teilen der Welt befreien können. Das ist etwas, was wir mit allen Frauen teilen möchten. Diese Verantwortung tragen wir für uns selbst und für die Zukunft der Welt.

Rojîn Evrim: Wir denken, dass Frauen sich selbst und ihre Kraft am besten unter den Bedingungen einer Revolution kennenlernen können. Insbesondere für Frauen aus westlichen Ländern ist es wichtig, sich ihrer eigenen Unterdrückung bewusst zu werden und sich daraus zu befreien. Die Teilnahme an der Revolution in Rojava ist für Frauen aus allen Ländern ein Schritt hin zu ihrer eigenen Befreiung.

Wie können interessierte Frauen zu Euch Kontakt aufnehmen?

Rojîn Evrim: Mit der Akademie ist auch das Büro der YPJ für internationale Beziehungen verbunden. Hierüber können interessierte Frauen beispielsweise per E-Mail (info@ypjrojava.org) oder facebook (ypjinternational) mit uns Kontakt aufnehmen. ♦

Jineolojî: Von einem Begriff zur Theorie

Von der Theorie zur Praxis und bleibenden Strukturen für die Frauenrevolution

Andrea Benario, 28.09.2017

In den letzten Jahren sind der Begriff und das Konzept der Jineolojî – einer alternativen Wissenschaft der Frau – an vielen Orten und auf verschiedenen Foren vorgestellt und diskutiert worden. In vielen Ländern teilen Frauen das Bedürfnis, von einem Frauenstandpunkt aus eine alternative Wissenschaft zu entwickeln. Denn die patriarchale Wissenschaftslogik, die Wissen als Macht definiert und Wissenschaft als eine Domäne, die darauf ausgerichtet ist, die Natur, Menschen und die Gesellschaft zu beherrschen, zu kontrollieren und für den Profit einer Minderheit auszubeuten, konfrontieren das ökologische Gleichgewicht, die Menschheit und die Menschlichkeit im 21. Jahrhundert mit der Existenzfrage. Als einen Ausweg aus dieser Systemkrise verfolgt Jineolojî den Ansatz, Wissen und Perspektiven für gesellschaftliche Veränderung und Frauenbefreiung weltweit neu bewusst zu machen und zu entdecken, neu zu denken, zu diskutieren und zu vernetzen. Anstelle einer vermeintlichen »wissenschaftlichen Objektivität«, hinter der die Herrschenden ihre Profit-Interessen verstecken, erklärt die Jineolojî offen ihr Ziel, in Form und Inhalt eine Wissenschaft zu begründen, die die Freiheitskämpfe von Frauen stärkt und für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen Gesellschaft auf der Grundlage der Frauenbefreiung nützlich und notwendig ist.

Mit der Revolution in Rojava hat Jineolojî eine neue praktische Dimension erhalten. Zunächst wurde Jineolojî in die Bildungsprogramme der alternativen Akademien aufgenommen. Auf diese Weise erhielten neben den Aktivistinnen der Frauenbewegung auch MitarbeiterInnen der Demokratischen Autonomiestrukturen, KommunemitarbeiterInnen, LehrerInnen, ArbeiterInnen in den Bereichen von Gesundheit und Gerechtigkeit bis hin zu Mitgliedern der Selbstverteidigungskräfte HPC-HPJ, Asayîş und YPG-YPJ einen Einblick in die Inhalte und das Konzept der Jineolojî. An den Gymnasien in Efrîn und Kobanê sowie an den weiterführenden Schulen wurde angefangen, das Fach Jineolojî im Rahmen des allgemeinen Lehrplans zu unterrichten. Zugleich wurden zum Wissensaustausch unter Frauen lokale thematische Arbeits- und Diskussionsgruppen aufgebaut. Um die aktuellen Probleme und Bedürfnisse von Frauen genauer unter die Lupe zu nehmen, wurde mit einer soziologischen Studie der Frauen und der Gesellschaft in Rojava begonnen. Insbesondere geht es hierbei um die Fragestellungen: Welche Auswirkungen hat die Revolution auf das alltägliche Leben der Frauen? Zu welchem Ausmaß konnten die Erfolge, die bei der physischen Verteidigung errungen wurden, bislang in eine kulturelle und gesellschaftliche Revolution verwandelt werden? Wie wirken sich die neuen, basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen und das neue Bildungssystem auf das Leben in den Familien und Kommunen aus? Reichen Frauenkommunen, -kooperativen, -akademien und -selbstverteidigungskräfte, Gesetze und Gerechtigkeitsinstanzen für die Einhaltung der Frauenrechte aus, um Sexismus und Patriarchat zu überwinden? Was sind die ökonomischen Bedürfnisse und gesundheitlichen Probleme von Frauen? Wie können wir die individuelle und kollektive Kraft der Frauen stärken, um die Frauenrevolution in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft zu verwirklichen und zu verteidigen?

Durch die Bildungsarbeit und Diskussionen in den Kommunen und Akademien wurde eine Grundlage dafür geschaffen, Jineolojî als eine Wissenschaft zu etablieren, die durch die Praxis der Revolution in Rojava genährt und zugleich von der Revolution vor neue Aufgaben gestellt wird. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist es notwendig, Frauen aus verschiedenen Generationen, aus den unterschiedlichen Kulturen und Kreisen der Gesellschaft in die Arbeiten von Jineolojî mit einzubeziehen. Die vielfältigen Erkenntnisse, Gedanken und Ide-



Eine Wissenschaft um Frauen herum zu entwickeln, wird der erste Schritt in Richtung einer wahrhaften Soziologie sein

en aller Frauen können so zur Inspirationsquelle bei der Suche nach Lösungen zur Überwindung von Sexismus, Armut und Ungerechtigkeit werden. Es ist offensichtlich, dass sich eine gesellschaftliche Transformation, bei der jegliche Form von Herrschaft und Fremdbestimmung überwunden werden soll, nicht innerhalb kurzer Zeit mit einigen kleinen Projekten erreichen lässt. Dies erfordert vielmehr eine ernsthafte, entschlossene Praxis und bleibende Strukturen, die den Bedürfnissen angepasst werden können. In diesem Sinne spinnt sich die Jineolojî-Akademie in Rojava Schritt für Schritt ihr Netzwerk aus lokalen Arbeitsgruppen, Forschungszentren und der Jineolojî-Fakultät an der Rojava-Universität. Symbolisiert wird dieser Vorgang auch durch das Logo der Jineolojî-Akademie: eine Ahnenmutter mit einer Spindel in der Hand – mit Hand- und Kopfarbeit vorhandene Naturstoffe zusammenbringen und mit Geschick zu einem Faden spinnen, aus dem neue Stoffe gewebt werden können oder aber an den andere anknüpfen können, so dass neue Netzwerke und Entwicklungsstränge entstehen, die sich verfestigen, verlängern und ausbreiten.

Der Grundstein zur nachhaltigen Organisierung der Jineolojî-Arbeiten in Rojava war im Sommer 2016 mit Workshops zu einem neuen Gesellschaftsvertrag von Frauen und mit zwei einmonatigen Jineolojî-Bildungsprogrammen in Dêrîk gelegt worden. Hierüber wurden die Voraussetzungen zur Gründung von regionalen Jineolojî-Komitees in allen drei Kantonen geschaffen. Seit dem Frühling 2017 schreitet der Aufbau von Jinwar – dem ersten ökologischen Frauendorf in Rojava – stetig voran, um Frauen neue Anstöße für kollektive Lebensformen zu geben und auch in diesem Bereich die Theorie von Jineolojî mit dem Leben in Einklang zu bringen. Im Spätsommer 2017 wurden nun in Efrîn und Dêrîk Jineolojî-Forschungszentren sowie die Jineolojî-Fakultät an der Rojava-Universität in Qamişlo eröffnet. Was bedeuten diese neuen Schritte?

Jineolojî-Forschungszentrum für den Kanton Efrîn

Gegenwärtig ist die Sicherheitslage in Efrîn angespannt. Kein Tag vergeht, ohne dass die Dörfer des Kantons oder aber auch die Stadt Efrîn selbst durch die türkische Armee beschossen oder bombardiert werden. Doch trotzdem geht der gesellschaftliche Aufbauprozess weiter. Ein Beispiel dafür ist die Eröffnung des ersten Jineolojî-Forschungszentrums im Kanton Efrîn, die am 16. August 2017 mit reger Beteiligung der Bevölkerung gefeiert wurde.

Die Frauen, die am Aufbau des Zentrums mitgewirkt haben und nun die täglichen Arbeiten koordinieren, haben größtenteils an der Universität von Efrîn oder an den weiterführenden Berufsschulen studiert. Unter ihnen befinden sich Studentinnen der Fakultäten für kurdische Literatur und Sprache, gestaltende Kunst, Wirtschaft und Geschichte. Zudem haben alle zuvor an mehrtägigen Jineolojî-Bildungsprogrammen teilgenommen.

Dicle Heyder, Şêvîn Cemo, Fîdan Reşîd und Raperîn Elî berichten davon, dass sie das gemeinsame Ziel haben, die Anstrengungen und Mühen von Frauen für den Aufbau einer freien und gerechten Gesellschaft zu bewahren und sichtbar zu machen: »Das Hauptziel unseres Zentrums ist, daran mitzuwirken, dass die Revolution in Rojava, die wir als ›zweite Revolution der Frau‹ *[nach der Neolithischen Revolution 9000–7000 v. u. Z.]* bezeichnen, im Sinne der Frauenbefreiung und ihrer Werte voranschreitet. Wir wollen mit unseren Arbeiten das Wissen der Frauen in alle Bereiche der Revolution einfließen lassen und damit den Lauf der Geschichte ändern, die seit 5.000 Jahren durch die Versklavung von Frauen und der Gesellschaft geprägt wurde. Mit der Eröffnung unseres Zentrums wollen wir die Kraft und den Willen von Frauen in allen Le-



Jineolojî-Forschungszentrum für den Kanton Efrîn. Foto: jineoloji.org

bensbereichen organisieren und die lähmende Unterdrückung überwinden, die die Frauen und das Leben hat erstarren lassen.

Die Krise der Sozialwissenschaften trägt heute zur Zerstückelung der Wahrheit und der Wirklichkeit bei und verursacht größere Krisen. Demgegenüber ist es ein Anliegen der Jineolojî mit ihren Forschungsarbeiten die Wirklichkeit der Gesellschaft und ihre Bedürfnisse zu erfassen.«

Über die Bedeutung der jineologischen Forschungsarbeiten bezüglich der Geschichte und der Situation von Frau und Gesellschaft in Efrîn sagen sie: »Wichtig ist, alle Bereiche der Wissenschaft miteinander in Bezug zu setzen und zu verbinden, die Probleme der Frauen und des Lebens im Detail zu sehen und die Suche nach Lösungen zu intensivieren. In der Geschichtsschreibung ist die Wirklichkeit der Frau verdreht worden. Aber mit dem Beginn der Revolution von Rojava konnten wir offenlegen, dass insbesondere Efrîn ein zentraler Ort der Kultur und der Geschichte der Muttergöttin ist.«

Insbesondere im Rahmen der Arbeiten zur soziologischen Untersuchung der Geschichte und Gesellschaft in Efrîn konnten die Mitarbeiterinnen des Jineolojî-Forschungszentrums archäologische Funde wie Frauenskulpturen, Göttinnen-Tempel und Höhlen dokumentieren, die die zentrale Rolle der Frau bei der Gesellschaftsentwicklung bezeugen. Auch bei Interviews mit Zeitzeuginnen der jüngeren Geschichte und der Revolution in Efrîn begegneten die Jineolojî-Mitarbeiterinnen vielen starken Frauencharakteren.

Im Zuge der Eröffnung des ersten Jineolojî-Forschungszentrums im Kanton Efrîn wurde ein Schwerpunkt auf die Netzwerkarbeit mit verschiedenen Einrichtungen der Selbstverwaltung und des Frauenkongresses Kongra Star gelegt, um möglichst viele Frauen zu informieren und einzubeziehen. Aus diesem Grund wurden in den Bereichen von Politik, Gerechtigkeit, Kunst und Kultur, Forschung, Medien und Bildung und im Verband Ezidischer Frauen Jineolojî-Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Neben Bildungs-, Informations- und Medienarbeit, wie dem Verfassen von Artikeln in kurdischer und arabischer Sprache für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, laufen derzeit Vorbereitungen zum Aufbau einer Hochschule für Jineolojî in Efrîn. Des Weiteren sind ein wöchentliches Jineolojî-Radioprogramm beim Sender Dengê Avrînê und der Aufbau von thematischen Arbeitsgruppen unter dem Dach des Forschungszentrums geplant.

Jineolojî-Forschungszentrum für den Kanton Cizîrê

Nach der Eröffnung des Jineolojî-Forschungszentrums in Efrîn wurde das Jineolojî-Forschungszentrum für den Kanton

Cizîrê am 13. September 2017 in Dêrîk eröffnet. Viele Frauen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen des Frauenkongresses Kongra Star, Vertreterinnen der Demokratischen Föderation Nordsyrien sowie Menschen aus der Nachbarschaft, KurdInnen, AssyerInnen und AraberInnen nahmen an diesem Ereignis teil. Da der Kanton Cizîrê durch die Geschichte und das Zusammenleben der verschiedenen Völker und Glaubensgemeinschaften geprägt ist, hat sich das Jineolojî-Forschungszentrum in Cizîrê insbesondere zum Ziel gesetzt, die Geschichte und gegenwärtige Situation der Frauen in den verschiedenen Gemeinschaften zu untersuchen und einander näher zu bringen.

Bêrîvan Tahir vom Vorstand des Jineolojî-Forschungszentrums im Kanton Cizîrê führt dazu aus: »Jineolojî ist als Begriff neu. Jedoch ist es eine Wissenschaft, die ihre Anfänge in der Zeit der vorstaatlichen natürlichen Gesellschaft hat. Es ist eine Wissenschaft, mit der Frauen die ersten Gesellschaften auf der Grundlage der Gleichheit von Frauen und Männern aufgebaut und verwaltet haben. Der Ausschluss von Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und der modernen Wissenschaft hat die Gesellschaften weltweit in tiefe Krisen gestürzt. Jineolojî beabsichtigt das Wissen, die Weisheit und den Kampf von Frauen von Neuem zu organisieren, um auf der Grundlage des historischen Erbes von Frauen eine freie, demokratische Gesellschaft aufzubauen. Mit der Eröffnung dieses Zentrums ist es unser Ziel, Jineolojî allen Frauen und der gesamten Gesellschaft bekannt zu machen und in allen Bereichen und Gemeinschaften zu verankern.«

Gegenwärtig organisieren sieben Frauen im Alter zwischen 20 und 27 Jahren, die größtenteils Studentinnen sind, die täglichen Arbeiten im Forschungszentrum: »Wir haben alle zuvor an Jineolojî-Bildungen teilgenommen und uns für diese Arbeit begeistert, da wir uns selbst darin wiedergefunden haben. Wir wollen Jineolojî in die Gesellschaft hineintragen, denn Jineolojî ist für uns etwas Lebensnotwendiges und eine Lebensaufgabe.

Derzeit arbeiten wir an einer soziologischen Untersuchung zur Geschichte und aktuellen Situation von Frau und Gesellschaft im Kanton Cizîrê, die einen Teil der soziologischen Forschung für ganz Rojava darstellt. Hierbei interessieren wir uns insbesondere für die Auswirkungen der Revolution auf das Leben und den Alltag von Frauen. Nicht nur in Dêrîk, sondern auch in Hesekê gibt es seit ca. einem Jahr lokale Jineolojî-Komitees, die daran mitwirken. Wir haben im Verlauf dieser Arbeiten Interviews mit Frauen aus allen Regionen des Kantons Cizîrê gemacht, die wir nun verschriftlichen.

Des Weiteren führen wir in unserem Zentrum Workshops durch, die von Frauen aus verschiedenen Arbeitsbereichen besucht und geleitet werden. Zum Beispiel haben wir einen periodischen Workshop zum Thema ›Frau und Gerechtigkeit‹ organisiert, bei dem Mitarbeiterinnen der Gerechtigkeitsinstanzen, der Frauenzentren Mala Jinê und der Kommunen zusammenkommen und der sehr erfolgreich verläuft. Durch die gemeinsamen Diskussionen können wir Lösungsansätze für die Probleme und Widersprüche in der alltäglichen Arbeit entwickeln. Zudem erstellen wir ein Archiv von Quellen zur Frauengeschichte und für Bildungsmaterialien.«

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dieser Arbeitsmethode haben die Mitarbeiterinnen des Jineolojî-Forschungszentrums im Kanton Cizîrê beschlossen, zukünftig einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Workshops und der lokalen Diskussionsgruppen zu legen. Themen, die in diesem Rahmen behandelt und zur Diskussion gestellt werden sollen, sind u. a.: Frauenökonomie, Bildung und Selbstverteidigung. Des Weiteren planen sie, in den städtischen und ländlichen Kommunen des Kantons Seminare zu Jineolojî durchzuführen, um noch mehr Frauen in die Arbeiten mit einzubeziehen und neue Anregungen zu bekommen.

Fakultät für Jineolojî an der Universität Rojava

Anfang September 2017 begannen die Immatrikulationen für den ersten Studiengang an der Fakultät für Jineolojî, die bis zum 15. Oktober weitergehen werden. Dieser erste Studiengang, der 2 Jahre (6 Trimester) umfasst, ist ein Studiengang, der zugleich den Aufbau und die zukünftige Ausrichtung der Fakultät mitgestalten wird. So werden die »Studierenden« und »Dozentinnen« beispielsweise im Laufe des Studiengangs gemeinsam neue Bildungsmethoden erarbeiten und Materialien in verschiedenen Sprachen erstellen und ergänzen.

Über die Beweggründe für den Aufbau der Jineolojî-Fakultät an der Universität Rojava sagt die Mitbegründerin Zozan Sima: »Die Jineolojî-Fakultät wurde gegründet, um Frauen weiterzubilden, die mit einem Frauenstandpunkt als Politikerinnen, Ökonominnen, Lehrerinnen, Künstlerinnen oder mit soziologischen Untersuchungen, mit der Erweiterung und Verbreitung von alternativen, natürlichen Heilmethoden die Revolution in Rojava voranbringen wollen. Mit der Revolution in Rojava haben sich Frauen in vielen Bereichen Mitsprache-, Teilnahme- und Entscheidungsmöglichkeiten errungen. Die langjährigen Erfahrungen des Freiheitskampfes in Kurdistan haben den Willen, die Suche und die Fähigkeiten der Frauen in Rojava gestärkt. Hieran wollen wir anknüpfen und das vorhandene Potential weiter ausbauen, sodass Frauen eine führende Rolle dabei spielen können, diese Revolution eine Frauenrevolution des Mittleren Ostens werden zu lassen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wollen wir im Rahmen



Jineolojî-Forschungszentrum für den Kanton Cizîrê. Foto: ANHA

unserer Fakultät die notwendigen wissenschaftlichen und akademischen Arbeiten vorantreiben. Außerdem möchten wir mit der Fakultät einer neuen, jungen Generation die Standpunkte der Frauenbefreiung näherbringen.«

Auf die Frage, mit welchem Ziel die Universität Rojava errichtet wurde und was die Jineolojî-Fakultät von anderen Fakultäten an der Universität unterscheidet, antwortet Zozan Sima: »Die Rojava-Universität wurde vor einem Jahr *[2016]* eröffnet. Eigentlich beruht unser Bildungssystem der Jineolojî eher auf Akademien mit einem ganzheitlichen Ansatz, bei dem gemeinsames Leben und Lernen zusammengehören und es keine Zeugnisse gibt. Jedoch sind aufgrund des Krieges und der Umwälzungen im Bildungsbereich tausende von AbiturientInnen, die eine weitergehende Bildung wollten, entweder gezwungen gewesen die Universitäten des Regimes zu besuchen oder aber ins Ausland zu gehen. In der Gesellschaft wurden wir wiederholt mit der Forderung konfrontiert, in Rojava eine Universität zu eröffnen, damit die Jugendlichen auch hier eine weiterführende akademische Bildung bekommen können. Des Weiteren hatte die diskriminierende Bildungs- und Berufspolitik des Baath-Regimes gegenüber den KurdInnen zur Folge, dass kurdische UniversitätsabsolventInnen in Rojava keine Arbeits- bzw. Qualifikationsmöglichkeiten in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Ingenieurswesen oder Landwirtschaft hatten. Deswegen gibt es einen großen Fachkräftemangel. Aus diesem Grund wurden an der Universität Rojava zunächst Fakultäten für Ölingenieurswesen, Landwirtschaft, Bildung sowie Sprache und Literatur eröffnet. In diesem Jahr sind die Fakultäten für Gestaltende Kunst und Jineolojî hinzugekommen. Derzeit laufen Vorbereitungen für den Aufbau weiterer Fakultäten. Außerdem wird Jineolojî als ein Standardfach an allen Fakultäten sowie an vielen Akademien unterrichtet werden. In den Kantonen Efrîn und Kobanê ist Jineolojî seit zwei Jahren Bestandteil des Lehrplans der gymnasialen Oberstufe. Im kommenden Jahr wird Jineolojî auch in den Lehrplan des Kantons Cizîrê aufgenommen. Deshalb benötigen wir eine Vielzahl an Lehrerinnen und Lehrmaterialien für das Fach Jineolojî. Da Jineolojî auch einen interdisziplinären Ansatz beinhaltet, stehen wir mit allen anderen Fakultäten in Verbindung. An unserer Universität gibt es in allen Bereichen das Prinzip des Co-Vorsitzes. In diesem Sinne meinen wir, dass Jineolojî

auch eine Rolle dabei spielen wird, den Willen und die Couleur von Frauen an der gesamten Universität zu stärken.«

Die meisten Frauen, die sich momentan an den Arbeiten der Fakultät beteiligen, bringen bereits Erfahrung im Bildungsbereich mit. Sie haben größtenteils zuvor an der Akademie Mesopotamien oder an den Kurdisch-Hochschulen Verantwortung übernommen sowie an Bildungsprogrammen und Arbeiten der Jineolojî mitgewirkt. Zozan Sima berichtet von den Herausforderungen, vor denen sie stehen: »Von den Medien, in der Gesellschaft und an der Universität selbst werden die Jineolojî-Arbeiten mit Interesse und Neugier verfolgt. Es gibt große Erwartungen bezüglich unserer Arbeiten. Der Frauenwiderstand in Kurdistan, der auch die Revolution in Rojava geprägt hat, war entscheidend dafür, dass Jineolojî mit einem so großen Interesse aufgenommen wird. Frauen wollen in allen Bereichen noch wirkungsvollere Arbeiten machen. Hierfür sehen sie Jineolojî und die Arbeiten der Fakultät als eine Basis. Mit dem genaueren Kennenlernen der Aufgaben- und Wirkungsbereiche von Jineolojî wird das Interesse noch weiter zunehmen. Momentan gibt es noch einige Studentinnen, die nicht richtig einschätzen können, welche Berufsaussichten sie mit einem abgeschlossenen Jineolojî-Studium haben können. Dabei ist Jineolojî eine wichtige Grundlage für alle Branchen und Lebensbereiche!«

Zu den Möglichkeiten, nach dem zweijährigen Studiengang Jineolojî das Gelernte in die Praxis umzusetzen, und den persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Studentinnen befragt, antwortet Zozan Sima: »In den Strukturen des föderalen Systems und der demokratischen Autonomie von Rojava gibt es viele Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten. In allen Bereichen und Gremien der Demokratischen Föderation Nordsyrien ist das Prinzip des Co-Vorsitzes und der gleichen Partizipation von Frauen und Männern verankert worden. Hierbei ist es natürlich wichtig, dass Frauen nicht nur physisch vertreten sind, sondern auch Standpunkte der Frauenbefreiung überall einbringen und vertreten können.

Wir stehen alle unter dem intensiven Einfluss einer sexistischen Gesellschaft. Deshalb brauchen wir Institutionen, über die wir die Erfahrungen und Erkenntnisse im Kampf gegen den Sexismus und die Errungenschaften von Frauenkämpfen zusammenbringen und verfestigen können. Die Fakultät für Jineolojî kann hierfür eine wichtige Rolle spielen. Zudem gibt es in der Demokratischen Föderation Nordsyrien ein autonomes konföderales System der Frauenorganisierung und eine Vielzahl an Fraueneinrichtungen. Absolventinnen der Jineolojî-Fakultät werden mit ihren Kenntnissen die Einrichtungen der Frauenbewegung und der allgemeinen Gesellschaftsorganisierung bereichern und eine treibende Rolle beim gesellschaftlichen Neuaufbau spielen: Von der Ökonomie über das Gerechtigkeitssystem und die Politik bis hin zum Gesundheits- und Bildungsbereich werden Frauen mit einem jineologischen Standpunkt in allen Gebieten Arbeits- und Aktionsmöglichkeiten finden.

Da jedoch der Status von Rojava in der internationalen Politik immer noch ungeklärt ist und internationale Gremien wie die UN bislang die offizielle Anerkennung der selbstverwalteten Demokratischen Föderation Nordsyrien verweigern, befürchten einige StudentInnen Nachteile, was die internationale Gültigkeit ihrer Diplome betrifft. Deshalb wäre eine internationale Kampagne zur Anerkennung der Rojava-Universität wünschenswert.«

Um Theorie und Praxis schon während des Studiums zu verbinden und zu reflektieren, werden die Studierenden im letzten Trimester ein Praktikum in verschiedenen Einrichtungen machen, die zugleich Bereiche von Jineolojî darstellen und eine Abschlussarbeit in diesem Rahmen ausarbeiten. Dies kann beispielsweise im Bereich der Ökonomie ein Praktikum in einer Frauenkooperative sein. Im Gesundheitsbereich können Praktika z. B. im Komitee für Naturheilverfahren oder im Krankenhaus gemacht werden, im Bildungsbereich an Schulen oder an Akademien, im Bereich der Politik in den Kommunen oder Ausschüssen der Demokratischen Selbstverwaltung ...

Bezüglich der Kriterien für die Aufnahme von Studentinnen sowie des angestrebten Verhältnisses zwischen Studierenden und Dozentinnen haben die Gründerinnen der Jineolojî-Fakultät sich auf folgende Herangehensweise geeinigt: »Da es sich um die Fakultät einer Universität handelt, sind natürlich gewisse Grundlagen und Vorwissen nötig. Jedoch bestehen wir nicht darauf, dass die Studentinnen unbedingt ein Abiturzeugnis haben müssen. Unsere Hauptkriterien sind, dass die Teilnehmerinnen der Fakultät einen Beitrag zu den Diskussionen rund um das Thema Frauenrevolution leisten können und sich aktiv in die Arbeiten einbringen wollen. Es haben sich sowohl Studentinnen immatrikuliert, die das Abitur gemacht haben, als auch welche, die aus den unterschiedlichsten Gründen die gymnasiale Bildung nicht abschließen konnten. Der Vorstand der Fakultät wird mit diesen Bewerberinnen Einzelgespräche führen, um festzustellen, ob sie für diesen Studiengang geeignet sind.

Wir beabsichtigen, die klassischen, hierarchischen Beziehungen zwischen Lehrerinnen-Schülerinnen/Dozentinnen-Studentinnen zu überwinden. Das ist natürlich nicht einfach. Jedoch suchen wir nach neuen Wegen und Methoden, die dies ermöglichen können. Eines unserer Hauptprobleme ist, dass die Methode des Auswendiglernens und Wiederholens, die durch das Bildungssystem unter dem Baath-Regime in Syrien angewandt wurde, noch bei vielen SchülerInnen sehr stark

verankert ist. Vielen fällt es schwer, eigenständig etwas zu lesen und zu verstehen bzw. zu hinterfragen, selbst Gedanken zu entwickeln und zu interpretieren. Wir müssen das Verständnis und den Inhalt unserer Bildung darauf ausrichten, die negativen Auswirkungen zu überwinden, die dadurch entstanden sind, dass die Studierenden – und auch viele Dozentinnen – keine Bildungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache hatten und Geschichte und Gesellschaftskunde unter dem Einfluss eines anderen Paradigmas studiert haben.«

Aufgrund von Krieg, Embargo und ökonomischen Schwierigkeiten sind die räumlichen und materiellen Möglichkeiten der Jineolojî-Fakultät bislang begrenzt. Ursprünglich war geplant gewesen, die Fakultät in einem eigenständigen Gebäude zu eröffnen. Da dies aber derzeit noch zur Unterbringung von Flüchtlingen aus Raqqa benötigt wird, konnte dort nicht wie geplant mit den Bauarbeiten begonnen werden. Deswegen hat die Jineolojî-Fakultät in diesem Jahr zunächst einmal in einem Flügel des Gebäudes der Bildungsfakultät an der Universität Rojava in Qamişlo mit ihren Arbeiten begonnen.

Der räumliche Aufbauprozess beinhaltet auch den Plan, zukünftig kollektive Unterbringungs- und Studienmöglichkeiten für Studierende und Dozentinnen zu schaffen, die aus anderen Städten, Kantonen und Ländern kommen und an der Fakultät für Jineolojî studieren und arbeiten wollen. Derzeit fehlen hierfür die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen. Deshalb müssen Mitarbeiterinnen und Studentinnen täglich kommen und gehen, was die Teilnahmemöglichkeiten für viele interessierte Frauen einschränkt: »Da wir unsere Fakultät unter den Bedingungen des Krieges aufbauen, sind unsere Möglichkeiten sehr begrenzt. Jedoch arbeiten wir daran, dass wir zukünftig auch Studentinnen und Dozentinnen aus anderen Teilen Kurdistans und aus anderen Ländern an unserer Fakultät aufnehmen können. Wir hoffen, dass uns das auch gelingen wird.«

Die Jineolojî-Fakultät kann eine wichtige Rolle dabei spielen, Jineolojî regional und international auszuweiten. Bezüglich des Aufbaus von Kontakten zu alternativen Bildungseinrichtungen, Universitäten und AkademikerInnen sowie zu den Vorstellungen für internationale Zusammenarbeit erklärt Zozan Sima: »Unser vorrangiges Ziel ist es, Beziehungen zu Universitäten und Akademikerinnen aufzubauen, die einen alternativen Standpunkt haben. Mit ihnen möchten wir einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch beginnen. Insbesondere suchen wir den Austausch mit Akademikerinnen aus der Frauenforschung; mit feministischen, ökologischen und anarchistischen Akademikerinnen; mit AkademikerInnen, die alternative sozialwissenschaftliche Ansätze gegenüber den positivistischen Sozialwissenschaften verfolgen.

In Rojava wollen wir ein Bildungssystem aufbauen, das auf dem Paradigma von Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung beruht. In diesem Kontext hat unsere Fakultät eine wichtige Bedeutung. In vielen Ländern der Welt ist die Frauenforschung auf den akademischen Bereich begrenzt geblieben und konnte keine ausreichende Rolle für die Veränderung der Gesellschaft spielen. In der Demokratischen Föderation Nordsyrien gibt es viele Möglichkeiten und eine breite Basis, um gesellschaftliche Veränderungen mit der Perspektive der Frauenbefreiung voranzutreiben. Wir wenden uns an alle Akademikerinnen, die ein Interesse an freiheitlicher gesellschaftlicher Veränderung haben: Einerseits gibt es viele Möglichkeiten uns bei unseren Anstrengungen – ideell oder materiell – zu unterstützen, andererseits können sie mit uns Verbindungen knüpfen, um die Dynamiken dieser Frauenrevolution, die im Mittleren Osten begonnen hat, in ihre eigenen Länder zu tragen ...«

In der Demokratischen Föderation Nordsyrien gibt es viele Möglichkeiten und eine breite Basis, um gesellschaftliche Veränderungen mit der Perspektive der Frauenbefreiung voranzutreiben. Wir wenden uns an alle Akademikerinnen, die ein Interesse an freiheitlicher gesellschaftlicher Veränderung haben ...

Dieser Aufruf sollte nicht ungehört bleiben, denn letztendlich artikulieren Frauen weltweit das Bedürfnis nach neuen Perspektiven im Kampf gegen Sexismus und Ausbeutung. Es ist an der Zeit, dass die Diskussionen über Jineolojî, die in verschiedenen Ländern begonnen haben, an allen Orten von einem theoretischen Aufbruch in die Praxis und in bleibende, alternative Strukturen für die Befreiung von Frau und Gesellschaft verwandelt werden. ♦

*****

Dieser Beitrag ist zuerst auf der Internetseite jineoloji.org erschienen. Unter dem Titel: »Jineolojî – Eine Wissenschaft um Frauen herum zu entwickeln, wird der erste Schritt in Richtung einer wahrhaften Soziologie sein« werden dort Hintergrundartikel zu Jineolojî in acht verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Auch das Programm des zweijährigen Studiengangs an der Jineolojî-Fakultät der Universität Rojava könnt ihr dort einsehen: http://jineoloji.org/de/2017/10/02/programm-des-2jaehrigen-studiengangs-an-der-jineoloji-fakultaet-der-universitaet-rojava/

Bericht über das Jineolojî-Camp 2017

Unser Camp lebte nicht nur von den inhaltlichen Beiträgen ...

Yvonne Heine

Vom 19. bis zum 23. August 2017 sind Frauen aus 11 verschiedenen Ländern zusammengekommen, um über Jineolojî und die Möglichkeiten der Umsetzung in Europa zu diskutieren.

Am ersten Tag wurden die Geschichte und der Vorschlag der Jineolojî vorgestellt. Worauf baut Jineolojî auf? Was kritisiert Jineolojî genau an positivistischer Wissenschaft? Wie sieht die Alternative aus? Wie sieht das in der Umsetzung aus? Die Kritik an der herrschenden, eurozentristischen Wissenschaft wurde nochmals vertieft in der Vorstellung von alternativen Wissenskonzepten und Methoden des Erlangens und der Weitergabe von Wissen. Wir konnten sehen, wie viel Wissen, wie viel Wahrheit in drei Zeilen Poesie liegen können. Wie Wahrheit in Wandteppiche gewebt ist. Wie sie in traditionellen Liedern, zum Beispiel den kurdischen dengbêj zum Ausdruck kommt.

Am zweiten Tag hat jede Gruppe die Situation von Frauen und LGBTIQ in ihrer Herkunftsregion vorgestellt. Wie sind sie am politischen, kulturellen, ökonomischen Leben beteiligt? Welche Rolle wird ihnen gegeben? Welche Sichtweise auf die Frau herrscht in den Gesellschaften vor? Welche Formen von Gewalt erleben sie? Wie steht es um ihre Selbstbestimmung? Welche Formen von Widerstand gab und gibt es? Welche Ziele haben diese verfolgt und wie können wir heute daran anknüpfen, ohne die gleichen Fehler zu machen? Wie können wir ihr Wissen, ihre Ideen, ihre Träume und Visionen von einer freien Gesellschaft weitertragen? Wissen wir überhaupt genug über sie? Werden wir der Aufgabe gerecht, die Erinnerung an sie wach zu halten und an nachkommende Generationen weiterzugeben? Wir waren uns alle darin einig, dass dieses Geschichtsbewusstsein in unseren Kämpfen bislang vernachlässigt wurde. Aus diesem Grunde wollen wir zukünftig diesen Strang weiterverfolgen und uns stärker mit den Geschichten von kämpfenden Frauen und Frauen- und Freiheitsbewegungen befassen und diese Erkenntnisse weiter zusammenführen.

Den dritten Tag haben wir uns mit der queer Theorie und Praxis beschäftigt. Nach einer Einführung in Theorie, Begrifflichkeiten und Fragestellungen hörten wir gespannt den Erfahrungsberichten einer Trans-Feministin und einer kurdischen LGBTIQ-Aktivistin zu. Was uns in dieser Frage zusammenbringt, ist die gemeinsame Suche nach dem revolutionären Kern der heute von Sexismus, Kapitalismus, Imperialismus und Liberalismus stark vereinnahmten Praxis. Wir sind auf interessante Fragen gestoßen, an denen wir weiter suchen werden: Wieso dreht sich in der LGBTIQ-Szene fast alles nur um Sex? Wie wird dieser Diskurs vom patriarchalen Herrschafts-



Jineolojî-Camp 2017 Foto: jineoloji.org

system vereinnahmt? Wie hängen Sexualisierung und Kapitalismus zusammen?

Wie kann der Eurozentrismus überwunden werden? Wie kann ein gesundes Verhältnis von Individuum und Gesellschaft aussehen? Welche Vorstellungen von einem freien partnerschaftlichen Zusammenleben brauchen wir? Wie können wir zu einer gesellschaftlichen Kraft werden, um die ausbeuterische, zerstörerische imperiale Männlichkeit wirklich zu überwinden? Bekanntlich ist ja einer der wichtigsten Schritte zur Lösung eines Problems, die richtige Fragestellung zu finden. Wir jedenfalls haben festgestellt, dass wir alle einen Kampf um Selbstbestimmung führen. Wir wählen zwar verschiedene Methoden, doch sind wir alle davon betroffen, dass jahrtausendealte patriarchale Strukturen und Ideologien uns dazu bringen wollten, unsere gesellschaftliche Kraft und Schönheit nicht zu erkennen, die darin liegt, dass wir uns selbst gehören.

Der vierte Tag war Ausführungen und Diskussionen zu den Themen Natur und Frau sowie Ethik und Ästhetik gewidmet. Wir haben uns damit beschäftigt, wie sogenannte indigene Völker, die in Verbundenheit mit der Natur leben, durch imperiale und koloniale Mächte auszulöschen versucht wurden. Wir haben uns mit den Parallelen zu den Hexenverbrennungen befasst, in denen die gleiche Logik zu finden ist. Bei den Hexenverbrennungen ging es um die Vernichtung von kollektivem, aus dem Zusammenleben in der Natur kommendem Wissen und kollektiven Strukturen sowie die Auslöschung mächtiger Frauen, die eine gesellschaftliche Rolle spielten. Ethik und Ästhetik, als eine Methode, wir selbst zu werden und unsere Kraft zu finden und zum Ausdruck zu bringen, war der letzte inhaltliche Programmpunkt. Auch hier wurde wild diskutiert und wir alle hätten diese Diskussionen wohl gerne noch stundenlang oder tagelang weitergeführt.

Aber da die Welt nicht stillsteht und wir so viele neue Ideen entwickelt haben, auf deren Umsetzung wir nun brennen, haben wir den letzten Tag darauf verwendet, diese Ideen zu kollektivieren und ein gemeinsames Vorgehen zu bestimmen. Zuerst jedoch haben wir erst einmal ein gemeinsames Fazit gezogen und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Im nächsten Jineolojî-Camp wollen wir auf jeden Fall mehr Raum und Zeit lassen für Diskussionen und wir wollen noch vielfältigere Methoden ausprobieren, um gemeinsam unser Wissen und unser Bewusstsein vom Zustand unserer Gesellschaften und den Möglichkeiten, Lösungen für unsere Probleme zu finden, zu vergrößern. Wir sind schon gespannt, was wir uns einfallen lassen werden!

Unser Camp lebte nicht nur von den inhaltlichen Beiträgen, es war vor allem deshalb so aufregend und kraftgebend, weil wir mit all unseren Sinnen, all unserer Kraft und sehr viel Neugierde und Liebe voneinander lernen wollten und uns respektvoll und mit offenen Herzen begegnet sind. Wir haben allein damit schon einen wichtigen Schritt getan, gemeinsam die Kraft und Haltung zu erschaffen, die gesellschaftsverändernd und revolutionär sein kann! ♦

http://jineoloji.org/de/2017/09/11/bericht-ueber-das-jineoloji-camp-2017/

Rückmeldung einer Teilnehmerin aus Spanien

»Wir waren um die 60 Frauen jeden Alters und Hintergrunds, aus verschiedenen Ecken der Welt, die um einen Tisch saßen und gefüllte Blätter und Linsensuppe aßen. Ich sah meine anarchistischen Freundinnen an, wir alle hielten inne, nachdem eine Gruppe von älteren Christinnen aus Deutschland zu einem Gebet aufgerufen hatten. Wir alle saßen da, zu verschiedenen Göttern und Göttinnen betend, sowohl im wörtlichen, als auch im übertragenen Sinne. Ich dachte an diesen wundervollen Kitt namens Jineolojî, der mich dazu veranlasst hat, an dieser Feier trotz meiner Ablehnung von Religion festzuhalten, da es eben nicht unsere Unterschiede sind, die von Bedeutung sind. Eine halbe Stunde zuvor besuchten wir eine Fotoausstellung über Frauen in Rojava. Die Bilder – am Eingang einer Kirche einer kleinen Stadt in Deutschland ausgestellt – zeigten unter anderem verschleierte Frauen, die Kalaschnikows in den Händen hielten. Ich denke, es gibt wenig mehr zu sagen.

Wenn eine böse außerirdische Invasion auf die Erde käme, wie es in Filmen der Fall ist, würden die Menschen sich vereinigen müssen, um sie zu besiegen, oder wir würden zugrunde gehen. Aber die Invasion von Außerirdischen ist in Wirklichkeit nicht so fremd. Es ist die stille Krankheit des Patriarchats, welche die Gesellschaft von innen heraus tötet. Wir sehen diesen gemeinsamen Feind nicht und konzentrieren uns stattdessen auf die verschiedenen Konsequenzen davon und kämpfen nach Ansätzen, die miteinander in Konflikt stehen. Ich glaube, dass Jineolojî es schafft, das wahre universelle Problem zu identifizieren, Kämpfe und Perspektiven zu vereinen, durch die Erfahrung von Frauen auf der ganzen Welt zu wachsen, und erfolgreich ist in der Schaffung einer gemeinsamen Grundlage, die es als Instrument gegen die dominanten Systeme zu nutzen versteht.

Ich fühle mich stolz und privilegiert, demütig und überwältigt vom Ansatz der Jineolojî, weil es der Kampf von allen sein kann.«

Der Kommunalismus und die Feminisierung der Politik

Eine andere Art es zu tun

Laura Roth und Kate Shea Baird

Der Kommunalismus hat das Potenzial, lokale Institutionen in Instrumente der Selbstverwaltung umzuwandeln und die Politik zu feminisieren – auf eine Art und Weise, wie es auf nationaler Ebene nicht möglich ist.

Der Kommunalismus stellt eine Strategie dar, die die neoliberale politische und wirtschaftliche Ordnung in Frage stellt und auf Forderungen nach einer umfassenderen Demokratie reagiert – als solche weckt er weltweit zunehmendes Interesse. Die Bürgerplattformen, die insbesondere in den großen Städten Spaniens regieren, sowie die »Ciudad Futura« in Argentinien, die »Indy Towns« im Vereinigten Königreich oder der demokratische Konföderalismus in Kurdistan haben uns trotz ihrer Fehltritte und Einschränkungen einen Einblick in das transformative Potenzial lokalen Handelns gegeben. Der kürzliche internationale Kommunalismus-Gipfel »Fearless Cities« in Barcelona, auf dem über hundert Kommunalismus-Plattformen aller Kontinente vertreten waren, zeugt vom Wachstum dieser globalen Bewegung.

Der Kommunalismus – wie wir ihn verstehen – wird durch eine Reihe miteinander zusammenhängender Eigenschaften definiert. Erstens durch den Aufbau einer ausgeprägten politischen Organisation, die die Vielfalt der lokalen politischen Landschaft reflektiert und auf die lokalen Angelegenheiten und Verhältnisse reagiert. Zweitens durch einen offenen und partizipativen Entscheidungsprozess, der die kollektive Intelligenz der Gemeinschaft nutzt. Drittens durch eine relativ horizontale Organisationsstruktur (z. B. basierend auf Nachbarschaftsversammlungen), die die Arbeit gewählter Vertreter anleitet. Viertens durch eine schöpferische Spannung zwischen den innerhalb und den außerhalb der lokalen Institutionen Befindlichen: Der Kommunalismus geht davon aus, dass die Fähigkeit institutionellen Handelns von starken, organisierten Bewegungen auf der Straße abhängt, die die gewählten Vertreter antreiben. Aus diesem Grund heißt der Kommunalismus den Druck von außerhalb der Institutionen willkommen und versucht in ihnen demokratische Entscheidungsmechanismen zu öffnen.

Letztendlich sucht der Kommunalismus nach einer Rolle für lokale Institutionen, die über die niedrigste Stufe der Regierungsführung hinausgeht – er will, dass die lokalen Institutionen zu Mechanismen der Selbstverwaltung werden. So verstanden ist der Kommunalismus demnach nicht nur eine Sache für große Städte: Die Bewegung kann – und tut es auch – eine wichtige Rolle in Kleinstädten, Bezirken, Stadtvierteln und auf dem Land spielen.

Wir sind der Meinung, dass die kommunalistische Strategie aus einer Reihe von Gründen eine sehr starke ist. Zum einen kann mit kleinen Siegen demonstriert werden, dass es Alternativen zum Status quo gibt. Zum anderen werden viele der negativen Auswirkungen des Neoliberalismus auf lokaler Ebene am deutlichsten gespürt, beispielsweise durch Wohnungsspekulation, Privatisierung öffentlichen Gemeinguts und politische Korruption – besonders in Städten. Und weil lokale Institutionen, als den Menschen nächstliegende Regierungsebene, die beste Möglichkeit bieten, eine partizipative Demokratie zu schaffen, die darüber hinausgeht, alle vier Jahre einmal abzustimmen. Aber es gibt ein anderes, unterschiedliches und ergänzendes Argument für Kommunalismus: Er hat das Potenzial, Politik auf eine Art und Weise zu feminisieren, wie es politisches Handeln auf nationaler und transnationaler Ebene nicht tut.

Das Umgestaltungspotenzial von Handlungsweisen

In einem früheren Artikel für das ROAR-Magazin haben wir erörtert, dass es bei der Feminisierung der Politik darum geht – über die zunehmende Präsenz von Frauen in Entscheidungsprozessen und die Einführung öffentlicher Richtlinien zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter hinaus –, die Art und Weise zu verändern, wie Politik praktiziert wird. Diese



Illustration von Luis Alves https://roarmag.org/magazine/municipalism-feminization-urban-politics/

dritte Dimension der Feminisierung zielt darauf ab, männliche Muster zu zerschlagen, die Verhalten belohnen wie Konkurrenzdenken, Dringlichkeit, Hierarchie oder Homogenität, die bei Frauen weniger üblich oder anziehend sind. Eine feminisierte Politik sucht stattdessen die Bedeutung der Kleinigkeiten, der Zusammenhänge, der alltäglichen Dinge zu betonen und hinterfragt dabei die künstliche Trennung zwischen dem Privaten und dem Politischen. So können wir die dem System zugrunde liegenden Dynamiken verändern und emanzipatorische Alternativen entwerfen.

Wir argumentieren hier nicht aus einer essenzialistischen Perspektive. Geschlechterrollen sind selbstverständlich ein Produkt des Patriarchats selbst. Vielmehr sehen wir ein Bedürfnis nach »weiblichen« Werten und Praktiken, da die Vorherrschaft »männlicher« Art Frauen aus dem Zentrum der politischen Arena drängt, die nicht mit ihrem Gebrauch sozialisiert wurden. Eine derartige Veränderung bei der Art und Weise politischer Praxis bedingt, das Patriarchat an seiner Wurzel zu packen: durch die Praktiken, mit denen Geschlechterrollen selbst reproduziert werden. Wenn unser Ziel darin besteht, die Demokratie zu vertiefen und die Menschen zu befähigen, dann wird die Förderung »weiblicher« Handlungsweisen – Zusammenarbeit, Dialog, Horizontalität – helfen, alle möglichen benachteiligten Gruppen einzubeziehen, und sollte unabhängig von der Geschlechterfrage Priorität haben.

Die zeitgenössischen kommunalistischen Bewegungen, die wir am meisten bewundern, verfolgen alle einen charakteristischen »weiblichen« Politikansatz. Sie verbinden radikale Ziele mit konkreter Handlung. So widersteht der Kommunalismus, ein Machtkampf um jeden Preis zu werden oder in die Falle lähmender ideologischer Reinheit zu tappen – zwei in der traditionellen Linken bekannte »männliche« Tendenzen. Kommunalismus ist geprägt von einer Dynamik des »learning by doing«, von Versuch und Irrtum. Das steht natürlich in engem Zusammenhang mit der Natur vieler lokaler Probleme wie z. B. dem Zugang zu Wohnraum, Wasser und Elektrizität, Transport und Abfallmanagement, die allesamt eher unmittelbare und komplexe Reaktionen erfordern anstatt der abstrakten Debatten, die so oft fortschrittliche Organisationen kennzeichnen.

Der weibliche Konstruktions- und Organisationsprozess

Eine der Schranken nationaler politischer Projekte ist ihre Phobie vor internen Meinungsverschiedenheiten, ihr Drang, die Geschichte komplett zu kontrollieren. Diese »männliche« Dynamik, hervorgegangen aus der Notwendigkeit, ein einheitliches Projekt voranzubringen, kann nicht hoffen, den diversen Forderungen und Dringlichkeiten der Bevölkerung irgendeines großen geographischen Gebietes zu entsprechen. Schließlich verfügen derartige Projekte über eine begrenzte Fähigkeit, Unterstützung zu suchen, da es für irgendein einzelnes politisches Projekt unmöglich ist, für alle im ganzen Land perfekt geeignet zu sein. Das ist teilweise der Grund für die häufigen Spaltungen innerhalb der Linken auf nationaler Ebene in vielen Ländern.

Der Kommunalismus hingegen wendet die Vielfalt zu seinem Vorteil, indem er Unterschiede zwischen politischen Projekten je nach lokalem Zusammenhang ermöglicht. Beispiels-

weise haben kommunalistische Plattformen in Spanien verschiedene Namen und gehen in jeder Stadt unterschiedliche Parteienbündnisse ein. Ebenso setzt jede kommunalistische Plattform in Spanien ihre eigenen politischen Schwerpunkte. Die Verteidigung des Rechts auf Wohnen angesichts der Tourismuslobby in Barcelona ist ein Beispiel dafür. Obwohl es eine Herausforderung bleibt, gibt es weitaus mehr Möglichkeiten, politische Vielfalt auf lokaler Ebene zu bewältigen und zu nutzen, wo die Menschen sich untereinander kennen und konkrete Ziele teilen.

Feminisierung der Politik bedeutet auch, horizontale Entscheidungsprozesse und neue Formen von Führung einzuführen. Doch wie sehr eine regionale oder nationale politische Organisation die Entscheidungsfindung in die Hand von Basisaktivisten legen will, sie sieht sich dabei einer weitaus größeren Herausforderung gegenüber, als dies bei einer kommunalistischen Plattform der Fall wäre. Auf kleinerer lokaler Ebene können Stadtviertelversammlungen direkt auf die Entscheidungen der Plattform und ihrer gewählten Vertreter einwirken.

Bemerkenswerterweise sind es kommunalistische Bewegungen, die in Sachen Führung eine wegweisende Rolle bei der Schaffung neuer, kollektiver Modelle spielen. Die kurdische Freiheitsbewegung ist in dieser Hinsicht besonders fortschrittlich – all ihre Führungspositionen werden zwischen Männern und Frauen geteilt.

Ein Beispiel dafür ist der Fall von Barcelona en Comú, wo über 1.700 Aktivisten relativ autonom in Stadtviertelversammlungen, politischen Gruppen und Komitees arbeiten. Obwohl der Informationsaustausch zwischen Aktivisten, der organisatorischen Führung und der Institution eine große Herausforderung darstellt, ist sie zu bewältigen. Wenn Entscheidungsfindungsmechanismen, die die Basisaktivisten stärken, überall geschaffen werden können, dann ist es tatsächlich die kommunalistische Ebene, auf der direkte persönliche Interaktion möglich ist.

Bemerkenswerterweise sind es kommunalistische Bewegungen, die in Sachen Führung eine wegweisende Rolle bei der Schaffung neuer, kollektiver Modelle spielen. Die kurdische Freiheitsbewegung ist in dieser Hinsicht besonders fortschrittlich – all ihre Führungspositionen werden zwischen Männern und Frauen geteilt (selbst Städte haben beispielsweise männliche und weibliche Kobürgermeister). Das verhindert die Machtkonzentration in den Händen von Männern und es verändert die Art und Weise, wie die Exekutivgewalt ausgeübt wird. Trotzdem diese Art von Mechanismus noch nicht in vielen Ländern auf institutioneller Ebene genutzt worden ist, hat Barcelona en Comú in Spanien das präsidiale Führungsmodell nationaler politischer Parteien gemieden und einen achtköpfigen Exekutivausschuss und ein Koordinierungsteam aus 40 Personen gebildet, jeweils mit einem Mindestanteil von 50 % Frauen.

Das weibliche Narrativ

Jedes politische Projekt muss ein »Wir« ansprechen, auf dass sich die Menschen damit identifizieren können. In nationalen Projekten führt dieses »Wir« üblicherweise in die Nation, egal wie sie definiert ist. Das ist problematisch, weil damit dem Bild des Nationalstaats Glauben geschenkt wird, dessen patriarchale, koloniale und kapitalistische Wurzeln wir eher in Frage stellen denn bekräftigen sollten. Die dem Nationalstaat entspringenden Sorten kollektiver Identität sind schlimmstenfalls sexistisch, fremdenfeindlich und klassenkämpferisch oder bestenfalls derart ihres Inhalts beraubt, dass sie am Ende niemand ansprechen.

Mit der weltweit stärker werdenden autoritären Rechten ist es nun notwendiger denn je, alternative kollektive Identitäten aufzuspüren, die mächtig und integrativ sind und in Zeiten der Ungewissheit Sicherheit bieten. Der Kommunalismus bietet diese Möglichkeit durch die Konstruktion eines lokalen »Wir« an. Es basiert eher auf Wohnsitz und gemeinsamen Anliegen als rechtlicher Staatsangehörigkeit oder ethnischer Identität.

Kommunalistische Narrative vermeiden nicht nur patriarchale Identitäten, sie neigen darüber hinaus auch dazu, weniger aggressiv und konfrontativ zu sein als diejenigen nationalpolitischer Parteien. In Spanien beispielsweise attackierte Podemos auf nationaler Ebene *la casta* und *la trama* (die politischen und wirtschaftlichen Eliten), während sich die kommunalistischen Plattformen im Land mehr für die Förderung des »Gemeinwohls« aussprechen. Kommunalistische Narrative neigen zugunsten konkreter Ziele auch dazu, theoretische Abstraktionen zu vermeiden, und legen ihren Fokus auf die praktischen Aspekte von Problemen. Beispielshalber kommunizieren einige neue nationale Parteien in Spanien in Gramsci'schen Begriffen von »Hegemonie«, kommunalistische Plattformen hingegen sprechen eher über konkrete Themen wie Luftqualität, die Nutzung öffentlicher Räume oder den Mietpreis und legen die Betonung darauf, wie diese das alltägliche Leben der Bevölkerung beeinflussen.



»Jinwar«, ein Frauendorf in Rojava ist im Entstehen. Für die Häuser im Dorf werden die Lehmziegel selbst direkt vor Ort produziert. Foto: jinwar.org

Jenseits des Kommunalismus

Selbstverständlich ist der Kommunalismus kein Selbstzweck. Er ist ein Mittel zum Zweck, um die oben untersuchten grundlegenden Ziele zu erreichen: für Geschlechtergerechtigkeit zu kämpfen, die Vielfalt zu nutzen, demokratische Organisationen und kollektive Führung aufzubauen sowie die extreme Rechte aufzuhalten. Der Kommunalismus sollte dabei nicht darauf verzichten, auf nationaler oder transnationaler Ebene zu arbeiten. Engagierte Kommunalisten müssen diese Verantwortung tatsächlich übernehmen, so wie es die Plattformen in Spanien tun, indem sie der Zentralregierung die Stirn bieten und die Aufnahme von Flüchtlingen, lokale Autonomie zur Rekommunalisierung der Grundversorgung und die Schließung von Internierungszentren für Immigranten fordern. Diese Art von Netzwerkarbeit, die auf lokalen Bewegungen und neuen Methoden gründet, ist ein guter Weg, um auf anderen Ebenen loszulegen.

Es ist unerlässlich, dass jedes neue politische Projekt auf nationaler oder europäischer Ebene auf stabilen Grundlagen aufbaut und in lokalen Organisationen verwurzelt ist. Nur auf lokaler Ebene können diese Arten und Weisen politischer Praxis durch den Alltag feminisiert werden. Die Geschichte zeigt, dass nationale Wahlsiege der Linken nicht vermocht haben, die Politik zu feminisieren, die weiterhin von Männern und ihren Methoden dominiert wird. Deshalb denken wir, dass Kommunalismus das Fundament jeglicher Mehrebenenstrategie bilden sollte. Jeder, der versucht, ein Haus zu bauen und dabei mit dem Dach beginnt, wird am Ende ohne Zuhause, ohne Nachbarschaft und ohne Menschen dastehen. Und ohne Menschen ist Revolution unmöglich.♦

*****

Laura Roth unterrichtet an der Pompeu-Fabra-Universität und arbeitet für den Partizipationsbereich des Stadtrats von Barcelona. Sie konzentriert sich auf partizipative Demokratie und deren Beziehung mit der politischen Kultur und dem Gesetz. Als Mitglied der Internationalen Gruppe Barcelona en Comú hilft sie auch beim Aufbau eines internationalen kommunalistischen Netzwerks.

Kate Shea Baird arbeitet in Barcelona als »international advocacy« für lokale Regierungen. Sie hat für Novara Media, Red Pepper, Demokratie, Indy Voices, Planeta Futuro, Sentit Critic und Media.cat über katalanische und spanische Politik geschrieben. Sie ist seit Juni 2014 an der kommunalistischen Plattform Barcelona en Comú beteiligt.

Übersetzung des Artikels »Municipalism and the Feminization of Politics« aus dem ROAR Magazine, Issue #6, Summer 2017: https://roarmag.org/magazine/municipalism-feminization-urban-politics/

Efrîn – ein Kanton der Demokratischen Föderation Nordsyrien

Die feuchte, schöpferische Erde

Sozdar Efrîn

Der Kanton Efrîn liegt oberhalb des »Fruchtbaren Halbmonds« Mesopotamien, einst die Wiege der Zivilisation. Damit ist der westliche Teil Kurdistans gemeint. Im Nordwesten Efrîns erstrecken sich die Amanos-Berge, im Norden die Taurus-Ausläufer, im Südosten liegt die Provinz Şehba und im Süden die Berge Samans.

Heute ist Efrîn einer der drei Kantone der Demokratischen Föderation Nordsyrien, aber abgetrennt von Cizîrê und Kobanê, den beiden anderen. Momentan gibt es keine Wege, um von dort nach Efrîn zu gelangen. Für die von der Türkei unterstützten Kräfte von Daesch (Islamischer Staat, IS) und der Freien Syrischen Armee (FSA) ist die Aufrechterhaltung der Separierung ein strategisches Ziel, um die Gebiete zu isolieren und auszubluten.

Die Herkunft des Namens Efrîn geht aus vielen Quellen und Recherchen aus dem fünften und dem neunten Jahrhundert hervor. Eine dieser Untersuchungen besagt, der Name Efrîn stamme aus dem aramäischen Wort »afro«, »feuchte Erde«. Eine weitere Vermutung lautet, er werde von der Wurzel des kurdischen Wortes »afirîn« hergeleitet, »Entstehung/Schöpfung«. Beide Beschreibungen beziehen sich auf die Fruchtbarkeit und die Kraft der Natur, aus der wir Menschen schöpfen, um mit ihr und durch sie überleben zu können.

Die Provinz liegt circa sechzig Kilometer von der Großstadt Aleppo entfernt. Der Kanton besteht aus sieben Regionen, Şêrawa, Cindirêsê, Mabeta, Reco, Bilbilê, Şiyê, Şêra, und den 365 umliegenden Dörfern. Die EinwohnerInnen sowohl in den Regionen als auch in den Dörfern sind mehrheitlich KurdInnen. Im Zentrum Efrîns lebt eine geringe Anzahl AraberInnen, in der Region Mabeta leben alevitische KurdInnen und in Cindirêsê, Şêrawa und Şêra gibt es êzîdische Dörfer. Diese Region war wie alle anderen kurdischen Siedlungen vom Baath-Regime vernachlässigt worden. Um ihre Grundbedürfnisse zu decken, sahen viele EfrînerInnen nur noch eine Alternative – die Flucht in die großen syrischen Städte wie Aleppo und Damaskus. In Aleppo leben sie in den Stadtvierteln Eşrefiyê, Şêxmeqsûd und Bustan Paşa. Während des Bürgerkriegs in Syrien nahmen die Gefechte zu. Die BewohnerInnen dieser großen Stadtteile wurden sowohl vom Baath-Regime als auch von den militärischen Kräften der Opposition auf barbarische Weise unterdrückt. Viele der BewohnerInnen sind in den Vierteln geblieben und haben sich innerhalb kürzester Zeit militärisch, gesellschaftlich und politisch organisiert, um ihre Stadtviertel zu verteidigen. Andere sind wieder zurück nach Efrîn geflohen. Aufgrund der Fluchtbewegung aus den großen syrischen Städten wuchs die EinwohnerInnenzahl Efrîns rasant – von 50.000 vor den Unruhen auf jetzt mehr als 400.000 in der Stadt Efrîn mit ihren 365 Dörfern. Die Gesamtbevölkerung des Kantons zählt jetzt ca. 1,5 Millionen, Tendenz steigend.

Das Gebiet hat seinen Namen von den Vorfahren der KurdInnen, den HurriterInnen und Mitanni. Heute noch wird eine an die Türkei angrenzende Region »Çiyayê kurmênc« (Berg der KurdInnen) genannt. Die Spuren der Sippen und Clans, die über Jahrhunderte die Regionen besiedelten, können nicht hundertprozentig belegt werden. Doch man kann sagen, dass in soziologischer Hinsicht Efrîn »kurmancî« (kurdisch) ist. Die bekanntesten Sippen im Kanton sind die Amkî, Bîyî, Xastî, Cûmî, Şikakî, Robarî, Heverkî, Dimiliyan und Behdînan.

Efrîn hat wie viele Provinzen Kurdistans eine dieser Gegend entsprechende eigene Kultur und ist historisch sehr alt.

Mit seiner Höhe von 1200 Metern über dem Meeresspiegel ist der Hawar Efrîns höchster Berg, gefolgt von Amkan, Sîsakan, Xastiyan und Lêlûn. Das Cûmê-Tal zwischen den Bergen Lêlûn und Xastiyan ist für seine fruchtbare Erde bekannt. Seit Jahrtausenden wird sie landwirtschaftlich bestellt, bis heute. In der Region Efrîn fließen zwei große Flüsse, der »çemê Efrînê« (Fluss Efrîn) und der »ava reş« (schwarzes Wasser). In ganz Efrîn sind sehr alte historische Stätten zu finden, aufgrund von Ausgrabungen werden sie der hurritischen und der mitanni-

schen Epoche und dem Römischen Reich zugeordnet. Einer der bekanntesten Orte ist die Zitadelle Nebî-Horî am Fluss Efrîn mit einem Amphitheater, heute sind nur noch Ruinen übrig. Auch die Region Cindirêsê mit ihren Hügeln weist Spuren auf, die den Epochen der Mitanni, Alexanders des Großen und des Römischen Reichs zugeschrieben werden.

Das Erdreich Efrîns ist für jegliche Landwirtschaft bzw. Aussaat geeignet. Es werden alle Obst- und Gemüsesorten gepflanzt. Die Region ist reich gesegnet mit Wasserquellen, sowohl unter- als auch überirdisch. Der Fluss Efrîn fließt auf einer Länge von 55 Kilometern durch das Tal. In ganz Syrien ist Efrîn eine der regenreichsten Regionen. Die Jahresniederschlagsmenge beträgt hier 500 bis 660 Millimeter.

Nach der Bilanz des an die demokratische Selbstverwaltung Efrîns angebundenen Ministeriums für Agrar- und Landwirtschaft wurden im Jahr 2015 im Kanton 127.000 Hektar bewirtschaftet.

Hauptanbauprodukt sind Oliven. Neben den Olivenbäumen werden noch Obst und Getreide angebaut. In der ganzen Region wurden 77.000 Quadratmeter mit Olivenbäumen bepflanzt, insgesamt ca. 18.000 Stück.

Dank des reichen Bodens bzw. der Landwirtschaft und Subsistenzstrategie wurden die Daesch-Angriffe abgewehrt und das verhängte Embargo gebrochen. Die Subsistenzwirtschaft, d. h. das Bestehen aus sich selbst heraus, ist dafür genauso von Bedeutung wie die Selbstverwaltung und die legitime Selbstverteidigung. Es ist wichtig, dass die Menschen selbst neue wirtschaftliche und autonome Projekte schaffen.

Die Situation Efrîns ist in den letzten sechs Jahren aufgrund des Chaos in Syrien eine besondere. Es wurde und wird vom Baath-Regime und türkeinahen und von dieser unterstützten Kräften angegriffen und umzingelt. Ein Embargo ist seit 2014 verhängt. Die Angriffe der Türkei auf den Kanton sind nichts Neues. Seit der Revolution in Rojava – jetzt der Demokrati-



Mauerbau an der Grenze zu Efrîn. »Sicherheitskräfte« der Türkei greifen die Bevölkerung von Efrîn an, die gegen den Landraub durch die neue Grenzziehung protestiert. Türkisches Militär zerstört fruchtbares Land und verbrennt Tausende von Oliven- und Granatapfelbäumen. Foto: ANHA

schen Föderation Nordsyrien – sieht die Türkei dessen Errungenschaften als Gefahr für sich. Immer noch werden ZivilistInnen, die sich nahe der Grenze der alltäglichen Arbeit und dem Ackerbau widmen, vom türkischen Militär beschossen, dutzende getötet.

Eine Antwort auf die Angriffe und das Embargo ist die Weiterentwicklung der ökonomischen Projekte. Eines der in der Region entwickelten Projekte ist der Gemüseanbau im Gewächshaus. Um die Kollektivität der Bevölkerung zu fördern, wurden viele verschiedene Kooperativen gegründet. Momentan gibt es davon im Kanton Efrîn Hunderte – Bau-, Agrar-, Schneidereikooperativen, Betriebe für Textilien-, Oliven-, Seife-, Wasser-, Chips-Verarbeitung etc. Was die Region gebraucht und verbraucht, wird aus eigenen Ressourcen erzeugt. Eine autarke Ökonomie wird realisiert.

Seit Jahrzehnten greift das unterdrückerische Baath-Regime die KurdInnen gezielt mit seiner Politik der Assimilation und Ausbeutung an, die kurdische Sprache, Kultur und Identität sollen verleugnet werden. So versucht es das Nationalstaatssystem – ein Staat, eine Flagge, eine Religion – zu vertiefen und zu festigen.

Das Resultat dieser praktizierten Nationalstaatsmentalität führte in Rojava zu Widerstand. Die Revolution ergriff alle gesellschaftlichen Bereiche, wie auch die Sprache. In Efrîn wurde ein Bildungssystem aufgebaut und sämtliche Schulen wurden geöffnet. Es ist das erste Mal, dass hier die SchülerInnen das Schreiben und Lesen in ihrer Muttersprache lernen.

Die Bildungsarbeit für die kurdische Sprache wird vom Saziya Zimanê Kurdî (SZK), dem Institut der kurdischen Sprache, organisiert. In allen Orten werden Kurse für AnalphabetInnen gegeben, für das Lesen- und Schreibenlernen in Kurmancî-Kurdisch mit lateinischem Alphabet, für Fortgeschrittene und angehende Lehrende. Tausende, darunter Jugendliche und Kinder, haben diese Kurse besucht. Die erste kurdischsprachige Schule in Rojava wurde im Dorf Diraqliyê im Bezirk Şera in Efrîn eröffnet.

Mit der Deklaration der autonomen Selbstverwaltung wurden die kurdische und die arabische als offizielle Sprachen anerkannt. Das Bildungssystem ist eines der Grundprinzipien der Demokratischen Nation.

Des Weiteren wurde im Kanton die erste Fakultät für kurdische Sprache und Literatur unter dem Namen »Şehîd Viyan Amara« eröffnet. Mittlerweile können Studierende an der Universität sieben Studiengänge wie Ingenieurswesen, kurdische Literatur, Wirtschaftslehre, Medizin, Agrarwissenschaft und Journalismus belegen.

Aufgrund des historisch einmaligen Widerstands sind die Pläne zur Vernichtung der kurdischen Gesellschaft und aller unterdrückten Gesellschaften physisch, kulturell und historisch ins Leere gelaufen.

Mit Beginn der Revolution am 19. Juli 2012 wurde im Westen Kurdistans das System der Selbstverteidigung etabliert, das auf dem Recht auf legitime Selbstverteidigung fußt. Es wird von der Gesellschaft getragen und fungiert nach ihrem Willen. Bei diesen bewaffneten Kräften handelt es sich um die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), die Sicherheitskräfte (Asayîş), die Zivilen Selbstverteidigungskräfte (HPC) und die Kräfte der »Pflicht zur Selbstverteidigung«, die koordiniert agieren.

Mit den Verteidigungskräften, dem Willen zum Widerstand, den Errungenschaften, der Selbstverwaltung und dem Neuaufbau in allen Bereichen wurde Efrîn zu einem der sichersten Orte in Syrien. Heute ist es trotz des Embargos Zufluchtsort für Tausende von Binnenflüchtlingen. 2014 wurde aufgrund der großen Fluchtbewegung das Camp Rûbar im Gebiet Şêrewa aufgebaut, dort wurden mehr als 400 Familien untergebracht. Durch den andauernden Krieg kamen immer mehr Flüchtlinge in die befreiten Gebiete Efrîns, so dass die autonome Selbstverwaltung ein weiteres Camp errichtete. Das Lager Şehba liegt in der Ortschaft Dêrcemal, dort leben zurzeit mehr als 240 Familien.

Der Arabische Rote Halbmond und die internationalen Hilfsorganisationen haben bis jetzt keine Stellung bezogen zur Fluchtbewegung in Efrîn bzw. keine Hilfe geleistet. Wie bei allen anderen Angelegenheiten wird die Selbstverwaltung auch hier mit der Situation alleingelassen. Zwischen dem Krieg und dem Systemaufbau, womit Efrîn beschäftigt ist, werden Strukturen für die Binnenflüchtlinge geschaffen.

Man kann sagen, dass sich die Bedeutung der schöpferischen Natur bis heute wie ein roter Faden durch die Geschichte Mesopotamiens zieht. Sie diente zum Schutz vor menschengemachten Katastrophen, Kriegen. Die Menschen in diesen Siedlungen leben im Einklang mit der Natur und nehmen ihr nicht die Kraft, sich selbst zu erneuern. Wichtiger denn je ist der Schutz der Natur, auf deren Grundlage freie Strukturen aufgebaut werden. Um nachhaltig Schutz gewähren zu können, bedarf es des Bewusstseins über alternative Ökologie, das sich mehr auf die Natur bezieht, und das ist nur durch die Sensibilisierung und die Schaffung einer ökologischen Gesellschaft möglich. ♦

Die Auswirkungen des Einflusses der kapitalistischen Moderne

Counter-Strike in Hileli

Roza, Internationalistin in Rojava

Hileli liegt am Rande der syrisch-türkischen Grenzstadt Qamişlo (Al-Qamischli). Vor dem Anwachsen der Stadt war es ein Dorf am Stadtrand, das immer weiter in die Stadt integriert wurde. Es finden sich jedoch nach wie vor viele der dörflichen, kommunalen Gesellschaftsstrukturen im alltäglichen Leben der Menschen. Hileli ist einer jener Stadtteile Qamişlos, der bereits vor dem Beginn der Revolution in Syrien stark mit der kurdischen Bewegung und deren Organisationen verbunden war. Viele der dort lebenden Familien haben ihre Kinder als KämpferInnen gegen Daesch (Islamischer Staat, IS) und das syrische Regime verloren. Zahlreiche Jugendliche haben sich den militärischen Strukturen zur Verteidigung der Gesellschaft angeschlossen. Trotz der starken Politisierung der Jugend und der gut verankerten kommunalen Strukturen lassen sich auch hier die Auswirkungen der kapitalistischen Moderne wiederfinden, von denen die Jugend weltweit betroffen ist.

Wie im Rest Syriens gibt es auch hier eine Fluchtbewegung. Zahlreiche junge Menschen verlassen Rojava, sie wollen nach Europa. Neben der schwierigen Situation, hervorgerufen durch den militärischen und ökonomischen Krieg gegen das demokratische Projekt Rojava, ist es ein verzerrtes Bild von Europa, das die Jugend motiviert, ihr Land auf der Suche nach einem neuen Leben zu verlassen. Über soziale Medien und prowestliche Fernsehsender wie Rudaw-TV wird ihnen Europa, insbesondere Deutschland, als Ort des Wohlstands, des Erfolgs und der »Freiheit« präsentiert.

Gleichzeitig stellen die PropagandistInnen der kapitalistischen Moderne das Leben in Rojava als rückständig, minderwertig und langweilig dar. Sie wecken in den Jugendlichen den Wunsch nach Abwechslung, Unterhaltung und Konsum. Und so ist aus fast jeder Familie in Hileli jemand in Europa oder der Türkei, auf der Suche nach »Freiheit« und »Sicherheit«, die ihnen von den kapitalistischen Staaten versprochen werden. Damit verlernt die Jugend, auf ihre eigene Kraft und die Kraft der Gesellschaft zu vertrauen und selbst Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme zu finden. Vielmehr soll sie sich in die Abhängigkeit des staatlichen Systems begeben und ihre sozialen, demokratischen Strukturen hinter sich lassen.

Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Menschen, die bereuen, ihr Leben in Rojava verlassen zu haben, weil sie gesehen haben, dass die vermeintliche Freiheit in Europa eine individualistische ist. Und weil sie erkannt haben, mit welcher Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten sie einhergeht.

Mit dem Versprechen, die Welt sehen zu können, spricht die kapitalistische Moderne gerade die Jugendlichen an, die voller Energie stecken, die Welt kennenzulernen und zu verstehen. Dieses Versprechen ist aber mit der Gefahr verbunden, in das kapitalistische System individueller Ausbeutung, Abhängigkeit und Identitätslosigkeit integriert zu werden. So wird verhindert, dass die Jugend ein Bewusstsein ihrer selbst und ihrer Vorreiterrolle bei Aufbau und Verteidigung der neuen Gesellschaft in Rojava entwickelt.

Eines der Mittel, mit deren Hilfe sich die Einflussnahme der kapitalistischen Moderne auf die Jugend durchsetzt, sind die weit verbreiteten Computerspiele. Allein in Hileli gibt es vier sogenannte »Counter«, in denen Jugendliche nach der Schule bis spät in die Nacht Counter-Strike spielen. So beschäftigen sie sich weniger mit der Realität, in der sie leben, und werden passiv. Ihre soziale Identität definiert sich über das Spielen, und die Counter werden zu den Stätten ihrer sozialen Beziehungen.

Ähnlich wie in Europa wird auch hier die Jugend mit einem konsumorientierten und sexistischen Schönheitsideal konfrontiert. Mit dem Wunsch, den Moden und Trends zu entsprechen, wird sie von der gesellschaftlichen Kultur Rojavas und ihrer kulturellen Identität entfernt und individualisiert. Die westliche Mode, mit ihrem Fokus auf das Äußere, wird ihnen als modern und »entwickelt« vorgegaukelt. Das der Jugend innewohnende Streben, neue Wege zu gehen, sich von jenen der Vorgängergeneration zu lösen, wird durch das System in die Bahnen einer »Jugendkultur« der Technologie, von

Handys und Computern gelenkt, die die Gefahr birgt, die sozialen Kontakte beliebig und flüchtig zu machen.

Und die kapitalistische Mentalität, immer im Trend liegen zu wollen, alles kaufen zu können und alles neu haben zu wollen, trennt die Jugend vom gesellschaftlichen Wissen, der Wertschätzung und der Bedeutung, das zum Leben Notwendige selbst herstellen zu können. So sind viele Jugendliche beeinflusst, verlieren das Bewusstsein über ein kollektives, kommunales und ökologisches Leben und streben nach der Möglichkeit des Konsums und der Moderne. Gerade in Städten ist der Einfluss der Medien, des Konsums und der Anonymität stark, die die gesellschaftlichen Strukturen untergraben. So ist es eine große Herausforderung für die Jugend, eine eigene jugendliche, revolutionäre Kultur zu entwickeln, die sich von der vorigen Generation abgrenzt.

Die Loslösung von den familiären Strukturen, die nicht selten geprägt sind durch patriarchale Züge, ist für die Jugend ein wichtiger Prozess. Und so suchen viele Jugendliche jene Orte auf, an denen sie sich jenseits der als beengend begriffenen Strukturen der Familie treffen können. In den letzten Jahren der Revolution in Rojava wurden daher etliche Jugendzentren aufgebaut, die den Raum für die Entwicklung einer revolutionären Kultur und eines neuen Zusammenlebens bieten. Doch zeigt sich auch an diesen Orten der Einfluss der kapitalistischen Moderne. Und so besteht die Gefahr, dass sich die Jugendlichen in den Zentren mit kapitalistischen und sexistischen Fernsehserien und Internetspielen beschäftigen und der Umgang untereinander u. a. von egoistischen, respektlosen Verhaltensweisen bestimmt wird.

Viele der Jugendlichen aus Hileli arbeiten in den gesellschaftlichen Strukturen, sei es als LehrerInnen oder im Bereich der Sicherheit. Oft geschieht dies aber ohne das explizite Bewusstsein ihrer kollektiven Bedeutung und Verantwortung, sich mit dem Bestehenden niemals zufriedenzugeben und die gesellschaftliche Organisierung weiterzubringen. Und es zeigt sich eine große Passivität, an den Strukturen der Selbstverwaltung sowie an Wahlen der Kommunen oder den Volksversammlungen zu partizipieren. Das sind die Auswirkungen eines fehlenden Bewusstseins, die Partizipation an diesen Strukturen nicht auf ein Lohnarbeitsverhältnis zu begrenzen, sondern alle Bereiche des Lebens in einem System der Selbstverwaltung zu organisieren, sei es die Versorgung mit Brot oder das System der Müllentsorgung.

Der Krieg, wie er in Syrien geführt wird, ist ein Ausdruck der Krise der kapitalistischen Moderne. Er hat eine starke Auswirkung auf die Jugend in Rojava. Sie ist nicht nur physischer Art, sondern betrifft auch die Mentalität und die Psyche. Gerade die Grausamkeit, mit der Daesch diesen Krieg führt, hat ohne ein starkes ideologisches Bewusstsein einen großen destruktiven Einfluss auf die Jugend. Nach traumatisierenden Erfahrungen suchen dann einige Jugendliche Zerstreuung und Verdrängung im Alkohol, auch wenn dieser in der Gesellschaft traditionell und ebenso von der politischen Bewegung nicht akzeptiert wird. So werden Jugendliche von der Realität, in der sie leben und die sie erfahren haben, getrennt und gleichzeitig vom Alkohol abhängig gemacht.

> Ähnlich wie in Europa wird auch hier die Jugend mit einem konsumorientierten und sexistischen Schönheitsideal konfrontiert. Mit dem Wunsch, den Moden und Trends zu entsprechen, wird sie von der gesellschaftlichen Kultur Rojavas und ihrer kulturellen Identität entfernt und individualisiert. Die westliche Mode, mit ihrem Fokus auf das Äussere, wird ihnen als modern und »entwickelt« vorgegaukelt.

Neben den militärischen Angriffen Daeschs, des syrischen Regimes und der faschistischen Türkei sind es die Attacken der kapitalistischen Mentalität auf die Jugend, die das Ziel haben, die Revolution zu schwächen. Und da deutlich geworden ist, dass die Revolution militärisch nicht mehr aufzuhalten ist, werden diese subtilen Angriffe weiter zunehmen. Sie bestehen insbesondere darin, in den Jugendlichen den Wunsch nach einem kapitalistischen und staatlichen Lebensstil zu stärken, basierend auf Konsum, Individualismus und der Entwicklung von gesellschaftlichen Hierarchien.

Umso wichtiger ist die Arbeit der RevolutionärInnen in Rojava. Der Jugend werden Bildungsmöglichkeiten eröffnet, und die Entwicklung einer revolutionären Jugendkultur und -identität wird gestärkt. Diese Arbeit erfordert die tägliche Auseinandersetzung mit den Jugendlichen in der Schule, in den Familien, in den Countern und in den Jugendzentren. Sie erfordert die tägliche Diskussion über die Wünsche und Ziele der Jugendlichen und deren Organisierung in den bestehenden revolutionären Strukturen. Dies ist der Kampf der RevolutionärInnen, der in jedem Moment gegen die kapitalistische Moderne und ihre Mentalität sowie für den Aufbau der demokratischen Moderne geführt wird. ♦

Ilısu-Staudamm wieder in der Öffentlichkeit und Kritik – aber die Zerstörung geht weiter

Ercan Ayboga, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, 11. September 2017

Die Diskussion über das Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt am Dicle (Tigris) in Nordkurdistan und die Kritik daran haben im Sommer 2017 wieder erheblich zugenommen. Jahrelang war es in der breiten Öffentlichkeit relativ still gewesen, selten kamen Nachrichten über das Ilısu-Projekt und den von der Flutung bedrohten antiken Ort Heskîf (Hasankeyf) in den Mainstream- oder größeren türkischen oder internationalen Medien. Nur kurdische und einige linke Medien waren regelmäßiger interessiert, wie es mit einem der weltweit kontroversesten Talsperrenprojekte aussieht.

Ein Schritt zurück ...

Das Ilısu-Projekt wurde 1997 von der türkischen Regierung in Angriff genommen, fast genauso alt sind die Kampagnen gegen dieses zerstörerische Projekt. Es würde nur der Regierung in Ankara, einigen Großunternehmen wie Cengiz und der österreichischen Andritz und einigen GroßgrundbesitzerInnen nutzen. Die Bevölkerung vor Ort würde die Kosten tragen, denn sozial, kulturell und ökologisch wäre es – im wahrsten Sinne des Wortes – eine Katastrophe. Auch deshalb hat sich Widerstand dagegen formiert. Er äußert sich seit 2006 in der »Initiative zur Rettung von Hasankeyf« (HYG). Im Zentrum der Diskussion steht Heskîf, seit 12.000 Jahren ununterbrochen besiedelt und ein wichtiges Element und Identität der lokalen Bevölkerung. Doch es würde mehr verloren gehen: Das Dicle-Tal auf 136 km Länge plus 260 km Nebenflussstrecken mit 199 Dörfern würden durch den künstlichen Stausee ganz oder teilweise unter Wasser gesetzt werden.

Um den sich anbahnenden Verlust anders auszudrücken: Ein Herzstück Obermesopotamiens würde zerstört werden, wenn das Ilısu-Projekt nicht gestoppt wird. Der Bevölkerung ist es noch nicht zur Gänze bewusst, was verloren gehen würde. Wir behaupten, dass es sogar zu einem gesellschaftlichen Trauma führen würde. Denn das Dicle-Tal verleiht der Gesellschaft eine besondere Vielfalt und Tiefe.

Jahrelang ging der oppositionelle Teil der Gesellschaft dieser sich nähernden Zerstörung aus dem Weg, sie wurde verdrängt. Als nach erfolgreichen Kampagnen die internationale Finanzierung 2009 zum zweiten Mal gestoppt wurde, nahm die türkische Regierung die finanziellen Risiken auf sich und ließ 2010 den Bau durch das Ilısu-Konsortium starten. Dem konnten weder die AktivistInnen noch andere Organisationen Nordkurdistans ernsthaft etwas entgegensetzen. Auch wenn es unheimlich schwierig ist, größere Investitionsprojekte der AKP-Regierung endgültig zu Fall zu bringen – siehe Gezi-Park, Bergbauprojekt Cerattepe, andere Großprojekte in Istanbul – wäre es doch möglich gewesen, eine starke Kampagne zu initiieren. Die sich ab 2012 im Irak gegen das Ilısu-Projekt formierende »Save the Tigris and Iraqi Marshes«-Kampagne war zwar in jenen Jahren etwas Positives, auch weil sie mit der HYG zusammenarbeitet, doch konnte sie die irakische Regierung nicht ausreichend unter Druck setzen, damit diese international gegen Ilısu vorgeht. Zu beachten ist, dass das Ilısu-Projekt eine große Gefahr für die Trinkwasserversorgung und die Landwirtschaft des Irak darstellt.

Erst 2015 zeichnete sich ein Erstarken der Kampagne gegen das Ilısu-Projekt ab. Doch wurde dieser Umstand durch den wieder losgetretenen Krieg der AKP-Regierung im Sommer 2015 und den Ausnahmezustand ab Juli 2016 erheblich eingeschränkt.

Wie gelangten Ilısu und Heskîf wieder in die Medien?

Als die HYG am 14.08.2017 mit einer Presseerklärung bekannt gab, dass Felsstücke des Burgfelsens mit Sprengstoff zerstört werden, und dazu auch ein Video veröffentlichte, wurde das in wenigen Stunden in der ganzen Türkei verbreitet. Diese Bilder führten in sozialen Medien zu heftiger Kritik und viele Zivilorganisationen äußerten sich gegen das Ilısu-Projekt. Etliche linksliberale und einige Mainstream-Medien berichteten

darüber. In den folgenden Tagen erschienen Artikel auch in mehreren international bekannten Medien.

Aufgrund der großen öffentlichen Kritik erklärte die für das Ilısu-Projekt verantwortliche Staatliche Wasseragentur (DSI), angeblich sei kein Sprengstoff eingesetzt worden und Ziel sei es, ZivilistInnen vor fallenden Steinen zu schützen. Dass dies eine Lüge war, bestätigte die lokale Bevölkerung in ihren Stellungnahmen gegenüber den Medien. Sie gaben auch an, dass die Explosionen Angst unter der Bevölkerung – insbesondere bei den Kindern – in Heskîf verbreitet hätten.

Das eigentliche Ziel dieser Zerstörungen ist vielschichtig: Die Menschen in Heskîf sollen weiter verdrängt, der Tourismus ganz zum Erliegen gebracht und genug Schutt für den geplanten antiken Hafen am Burgfelsen geschaffen werden – dieser ist für die Zeit nach dem Aufstau geplant. Es ist für Staat und Unternehmen viel günstiger, diese Felsen als Baumaterial zu nehmen, als etwas herantransportieren zu lassen. Auch sollen etwa 200 menschengemachte Höhlen – mit 5.500 gibt es in Heskîf doppelt so viele wie in Kappadokien – um den Burgfelsen herum zubetoniert werden. Die Felsen bestehen aus Kalk und könnten nach dem Aufstau sehr schnell ausgewaschen werden. Die Zerstörung Tausender Jahre Menschheitsgeschichte wird so für den Gewinn einiger Unternehmen in Kauf genommen.

Ein weiterer Skandal in diesem Zusammenhang ist, dass eine zweite erforderliche offizielle Genehmigung des regionalen Rats zur Erhaltung von Kulturgütern erst nach Beginn der Zerstörung der Felsen erteilt wurde. Somit waren einige der Sprengungen illegal. Im September, nach den Zerstörungen, begannen Bauunternehmen mit den Trümmern der Sprengungen zu arbeiten.

Die Zerstörung der Felsen ist eine neue Stufe in der »physischen Intervention« in Heskîf. Der irreparable Schaden hat schon im Herbst 2014 begonnen, als begonnen wurde, die drei Pfeiler der mindestens tausend Jahre alten historischen Brücke über den Dicle mit neuen Steinen zu verkleiden. Diese Abdeckung mit wasserdichten Natursteinen in einer ähnlichen Farbe wird offiziell als Konservierungsmaßnahme beschrieben. Wenn die Pfeiler unter Wasser lägen, sollten sie so geschützt werden, bis der Stausee nach etwa siebzig Jahren wieder verschwunden sei. Tatsächlich ist es eine irreparable Degradation, da die neuen Steine auf die alten aufgesetzt bzw. geklebt werden und nicht wieder zu entfernen sind. Wie auch immer, hätte es dagegen umgehend Proteste gegeben, wären die fol-



Foto: A. Bender

genden Zerstörungen schwerer zu realisieren gewesen. Damals war die politische Repression deutlich geringer als jetzt.

Das Kulturerbe von Heskîf verdankt seine herausragende Einzigartigkeit der Kombination mit dem umliegenden Dicle-Tal und der natürlichen Umgebung. Seit Jahren behauptet die türkische Regierung, dass mit der Schaffung des an den neuen Siedlungsort Neu-Hasankeyf angrenzenden Kulturparks das kulturelle Erbe Heskîfs gerettet werden würde. Denn ohne die Finanzierung durch das Ilısu-Projekt gebe es keine Gelder und Heskîf würde zerfallen, da es auch die lokale Bevölkerung nicht schützen könne. Propaganda pur, und die eigene Verantwortung wird verschleiert.

Die Versetzung von Monumenten ist aus zwei Gründen abzulehnen: Die Denkmäler verlieren an einem zusammenhangslosen Ort weitgehend ihre Bedeutung und die Gefahr ihrer Zerstörung bzw. Beschädigung ist aufgrund ihres Alters und ihrer Bausubstanz zu groß.

Der zweite Schritt in der Zerstörung des Kulturerbes von Heskîf war im Mai 2017 die Versetzung des Zeynel-Bey-Mausoleums in den Kulturpark bei Neu-Hasankeyf. Der DSI zufolge sollen insgesamt neun Monumente versetzt werden. Die Vorbereitungen für die Umsetzung des Zeynel-Bey-Monuments begannen 2015 und wurden geheim gehalten. Die Auftragsvergabe erfolgte nach drei gescheiterten Ausschreibungen unter unbekannten und höchstwahrscheinlich illegalen Umständen. Mit dem Know-how der niederländischen Firma Bresser Eurasia konnte das türkische Unternehmen Er-Bu Inşaat diese äußerst riskante Versetzung durchführen. Berichten von AnwohnerInnen zufolge sind durch die Aktion Risse in der Kuppel des 550 Jahre alten und ohnehin nicht stabilen Mausoleums entstanden.

Am 28.06.2017 organisierten mehrere niederländische NGOs und die HYG einen Protest gegen Bresser an deren Hauptsitz bei Rotterdam. Es wurde auf deren kritische Rolle hingewiesen, ohne ihre Beteiligung hätte Er-Bu Inşaat niemals das Zeynel-Bey-Grabmal versetzen können.

Die Umsetzung der weiteren acht Monumente kann jederzeit beginnen. Genaueres ist jedoch nicht zu erfahren, da die DSI keine Informationen herausgibt.

Zwangsenteignungen und Umsiedlung

Während der Bau des Ilısu-Projekts offiziell 1,2 Milliarden Euro kostet, werden für die Umsiedlung (Zwangsenteignung, Ansiedlung, Aufbau von Infrastruktur usw.) circa 800 Millionen Euro veranschlagt. Neben den Dörfern Ilısu und Heskîf ist keine weitere Umsiedlung geplant. Alle anderen Betroffenen sollen Geld erhalten und ihren neuen Wohnort selbst wählen. Es gibt 2017 immer noch einige Hundert Haushalte, die nicht die vorgeschlagene Entschädigungssumme akzeptiert haben und vor Gericht gegangen sind. Insbesondere in Heskîf und dem Dorf Şikeftan (Suçeken), über das im Sommer



Am 23. September fand an vielen Orten der 2. Weltweite Aktionstag zur Rettung von Hasankeyf/Heskîf statt. Foto: A.Bender

2017 der Film »Tigris-Rebellen« in den Kinos erschien. Trotz mehrerer Proteste von EinwohnerInnen Heskîfs gegen den Umsiedlungsprozess werden sie sich verschulden. Die Preise für die neuen Apartments sind zwei bis drei Mal höher als die für ihre aktuellen Eigenheime. Ein weiteres Problem ist, dass die DSI zwei Drittel der Anträge von BewohnerInnen für die neuen Apartments in Neu-Hasankeyf abgelehnt hat. So ist zu erwarten, dass ein Teil der Wohnungen auch an wohlhabendere Menschen aus anderen Städten verkauft werden, was zu sozialen Spannungen führen könnte. Die Kammer der AgraringenieurInnen von Êlih (Batman) erklärte, dass achtzig Prozent der bisher gezahlten Entschädigungen außerhalb Êlihs investiert worden seien, was die seit langem geäußerten Bedenken bestätigte, dass die Menschen weit weg Arbeit und ein neues Leben suchen.

Im September 2017 wurden Bilder von Menschen aus Heskîf veröffentlicht, die zeigen, dass die noch im Bau befindlichen Wohnungen schon jetzt Risse aufweisen und die Bewehrung aus dem Beton herausragt. Die besorgten EinwohnerInnen teilen mit, dass der Grund für die schlechte Bauqualität die hohe Baugeschwindigkeit sei.

Aktueller Stand

Bei der Anti-Ilısu-Kampagne ist zu beachten, dass es der wieder aufgenommene bewaffnete Konflikt in Nordkurdistan der Regierung erlaubt, alle Arten von Protest zu unterdrücken. So konnte seit Frühsommer 2016 keine Demonstration mehr in Heskîf durchgeführt werden. Der Krieg erlaubte es der Regierung auch, den Streik der ArbeiterInnen von der Ilısu-Baustelle, der im Juni 2015 begonnen hatte, Ende 2015 zu unterdrücken. Seitdem kommt die große Mehrheit der ArbeiterInnen aus nichtkurdischen Provinzen. Sie leben auf der Baustelle, wo sie vom Militär geschützt werden.

Die Regierung hat Hunderte zusätzliche »Dorfschützer« angeworben und für die »Sicherheit« der Ilısu-Baustelle gegen die in der Nähe operierende Guerilla bewaffnet. Tausende Soldaten sind um die Baustelle herum stationiert, die in laufende Militäroperationen einbezogen und immer wieder Zielscheibe kleinerer Angriffe werden. Die Militarisierung hat ein so hohes Level erreicht, dass es unmöglich geworden ist, die Baustelle als unabhängigeR JournalistIn oder ForscherIn zu besuchen. Für das gesamte Jahr 2017 wurden von der Regierung Gebiete in direkter Nähe zu Heskîf zu militärischen Zonen erklärt.

Mit dem Ziel, mögliche Proteste der irakischen Regierung zu unterbinden, haben sich im März 2017 mehrfach türkische Minister mit der irakischen Regierung getroffen. Infolgedessen äußerte sich der irakische Wasserminister positiv, was damit zu erklären ist, dass die Türkei wahrscheinlich nicht einzuhaltende Versprechen gemacht hat. Oder es wurden tatsächliche Zugeständnisse gemacht – wie mehr Wasserabfluss während der Aufstauphase –, welche die Fertigstellung des ganzen Projektes etwas hinausschieben. Leider zeigt die irakische Regierung wieder einmal eine schwache und in historischer Sicht verantwortungslose Haltung gegenüber der Türkei.

Positiv ist eine Petition mehrerer iranischer Zivilorganisationen zu nennen, die im Frühjahr 2017 gestartet wurde. Sie richtet sich an den UN-Generalsekretär und prangert an, dass das Ilısu-Projekt bereits zur Austrocknung der Mesopotamischen Sümpfe im Südirak und dies wiederum zu verstärkten Sandstürmen im Süden des Iran führt.

Mehrfach haben im Jahr 2017 VertreterInnen der DSI und der türkischen Regierung erklärt, dass Neu-Hasankeyf Anfang 2018 fertiggebaut sein und die Flutung des Dicle-Tals Ende 2018 oder Anfang 2019 beginnen würde. So soll das Ilısu-Projekt zu 97 % abgeschlossen sein. Das stimmt nicht, da bisher nur drei von sechs Turbinen des Wasserkraftwerks installiert worden sind – überhaupt ist dieses Kraftwerk von Anfang an ein technischer Problemfall bei dem ganzen Projekt. Außerdem sind in diesem Prozentsatz die ganzen Umsiedlungsmaßnahmen nicht eingerechnet. So sind die neue große Brücke nahe Heskîf (wichtig für den Verkehr der gesamten Region) und etliche neue Umgehungsstraßen noch im Bau. Weiter hält die Zwangsenteignung Hunderter betroffener Haushalte an und Neu-Hasankeyf ist noch nicht fertiggestellt. Seit drei Jahren verkündet die Regierung, achtzig Prozent des Ilısu-Projekts seien fertiggestellt. Zweifellos ist ein baulicher Fortschritt zu verzeichnen, doch wird hier versucht, psychologisch zu vermitteln, dass jeder Widerstand zwecklos sei.

Momentan gibt es nur ein laufendes Verfahren gegen das Ilısu-Projekt und zwar seit 2006 das von vier Personen aus der Westtürkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Erst 2015 wurde der Fall als dringend eingestuft. Bisher ist jedoch keine Entscheidung getroffen worden, was erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit des EGMR aufwirft.

Zurzeit werden bei der HYG weitere Verfahren vor türkischen Gerichten diskutiert. Auch wenn die Rechtsstaatlichkeit im Staate Türkei kaum noch gewährleistet ist, soll jede Möglichkeit ausgenutzt werden. ♦

*****

Website: www.hasankeyfgirisimi.net, E-Mail: hasankeyfgirisimi@gmail.com, Facebook: hasankeyfyasatmagirisimi

Überlegungen zur neuen »Free Öcalan«-Kampagne

Die Zeit ist reif. Wirklich?

Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Seit dem 9. Oktober 2017, dem 19. Jahrestag der Abreise Öcalans aus Syrien, läuft offiziell die globale Kampagne »Die Zeit ist reif! Free Öcalan!«.

Die Kampagne wurde von einer Demonstration der kurdischen Frauenbewegung in Europa am Sitz des Europarats in Straßburg/Frankreich eröffnet. Im Gebäude des Europarats fand eine Pressekonferenz mit Ibrahim Bilmez, einem der AnwältInnen Öcalans, Havin Guneser von der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« und Simon Dubbins von der größten britischen Gewerkschaft Unite the Union statt. Gleichzeitig tourt momentan ein Bus durch Europa, der auf Öcalans Situation und seine Bücher aufmerksam macht. Warum jetzt diese Kampagne? Und worin besteht sie?

Kampagnen

Keine Aktion und keine Kampagne kann einen augenblicklichen, durchschlagenden Erfolg haben. Doch jede Kampagne seit 1998 hat uns dem Ziel einer politischen Lösung der kurdischen Frage und der Freiheit Öcalans näher gebracht.

Kurdinnen und Kurden haben seit 1998 die unterschiedlichsten Kampagnen durchgeführt. Erinnern wir uns: Seit Öcalans Verschleppung aus Kenia 1999, nein: schon seit seiner Ausreise aus Syrien im Oktober 1998 gab es Proteste, die sich gegen die Repression gegen Öcalan richteten. Vielleicht schon fast vergessen, aber auf jeden Fall erwähnenswert, sind die Kriegsdrohungen, welche die Türkei ab Sommer 1998 gegen Syrien richtete. Bereits damals drohte die türkische Armee (mit den USA im Rücken) den Einmarsch in Syrien an. Heute steht die türkische Armee zwischen dem Kanton Efrîn und dem Euphrat sowie in der Provinz Idlib. Insofern ist es sinnvoll, einen größeren historischen Bogen zu schlagen.

Die Kampagne »Ihr könnt unsere Sonne nicht verdunkeln« zeigte Freund und Feind bereits ab Herbst 1998, wie weit kurdische AktivistInnen zur Verteidigung Öcalans zu gehen bereit waren. Zahlreiche Menschen zündeten sich selbst an, aus Protest – und als Warnung. Öcalan gedenkt all dieser Menschen in seiner Widmung zum »Plädoyer für den freien Menschen«.

Die Unterschriftenkampagne 2005/2006, mit der 3,24 Millionen Unterschriften gesammelt wurden, bereitete den späteren Gesprächen zwischen Öcalan und dem Staat den Boden. Hier zeigten Millionen von Kurdinnen und Kurden, dass Öcalan ihr politischer Repräsentant ist – was ja später auch die türkische Regierung implizit anerkannte.

Sprung auf die internationale Bühne

Die längste und breiteste davon war mit Sicherheit die Unterschriftenkampagne 2012–2015, bei der 10,5 Millionen Unterschriften gesammelt wurden. Jetzt muss es darum gehen, diese breite Unterstützung in eine von vielen AkteurInnen getragene internationale Kampagne zu transformieren. Beispiele dafür sehen wir in Europa vor allem in Italien und Großbritannien.

Italien

In Italien haben mittlerweile zahlreiche Städte Abdullah Öcalan die Ehrenbürgerwürde verliehen. Darunter befinden sich Metropolen wie Palermo und die Millionenstadt Neapel, immerhin die drittgrößte Stadt Italiens. Öcalan hatte seinerzeit in Italien politisches Asyl beantragt und erst zugesprochen bekommen, als er bereits auf die Gefängnisinsel Imralı verschleppt worden war. Nun versuchen viele Kommunen dort, etwas zu einer späten Genugtuung beizutragen. Von kleineren Städten hat sich diese Bewegung mittlerweile ins ganze Land ausgebreitet.

Großbritannien

In Großbritannien wird die »Freiheit für Öcalan«-Kampagne vor allem von den Gewerkschaften getragen. Im September 2017 haben der größte Gewerkschaftskongress des Landes, der Trade Union Congress, und alle seine 50 Mitgliedsgewerkschaften einen Leitantrag angenommen und so beschlossen, die Kampagne für Öcalans Freiheit aktiv zu unterstützen. Diese Gewerkschaften vertreten rund 5,6 Millionen Mitglieder.

Deutschland

In Deutschland war und ist die kurdische Frage genauso wie Öcalan in der Öffentlichkeit viel präsenter als anderswo. Das Verhältnis zum türkischen Staat und zu Menschen aus der Türkei und Nordkurdistan in Deutschland spielt eine viel größere Rolle als in den meisten Nachbarländern. Die aktuell zur Schau getragene Erdoğan-kritische Haltung der Bundesregierung hat allerdings bisher nicht zu einer grundlegenden Neubewertung des Verhältnisses zu den KurdInnen geführt. Institutionelle Unterstützung durch Kommunen wie in Italien oder ganze Gewerkschaften oder gar Gewerkschaftsverbände wie in Großbritannien sind einstweilen nicht in Sicht. Dabei sind die Rahmenbedingungen besser als seit langem.

Völlig neue Ausgangslage

Die Welt ist nicht mehr die Welt von vor 10 oder 15 Jahren, als der Mittlere Osten zwar schon destabilisiert wurde, der »Westen« dagegen noch einigermaßen stabil erschien. Heute schockiert der Vormarsch der Rechten auch Europa und die USA. Diese Rechte ist konservativ, nationalistisch, religiös. Allen gemeinsam sind reaktionäre Frauenbilder – da fällt der Unterschied zur kurdischen Bewegung, die nicht nur in Rojava ein weibliches Gesicht trägt, besonders ins Auge.

Äußerst wichtig für die neue Kampagne ist auch die völlig veränderte Ausgangslage des Konflikts zwischen der kurdischen Bewegung, die Öcalan symbolisiert, und der AKP-Regierung, die ihn gefangen hält, vertreten durch Präsident Recep Tay-



Köln: Kundgebung im Rahmen der globalen Kampagne »Die Zeit ist reif! Free Öcalan!«. Foto: ANF



ANF

yip Erdoğan. War die AKP noch vor wenigen Jahren das ach so demokratische Lieblingskind des »Westens«, so waren die offensichtliche Verwicklung in islamistischen Terror und der erfolgreiche Widerstand der kurdischen Freiheitsbewegung in Kobanê der Wendepunkt. Die demokratische Maske Erdoğans und der AKP fiel endgültig, und sie sind bei demokratisch gesinnten Menschen genauso wie bei ehemals befreundeten Staaten so unbeliebt wie noch nie.

All dies erinnert mich an die letzten Jahre des Apartheid-Regimes in Südafrika: Präsident P. W. Botha führte im In- und Ausland einen grausamen Kampf gegen die schwarze Befreiungsbewegung und trieb sein Land immer weiter in die internationale Isolation. Während die Zivilgesellschaft weltweit auf Seiten des Anti-Apartheid-Kampfes stand, unterstützten die damaligen Regierungschefs Reagan (USA), Thatcher (GB) und Kohl (BRD) das Regime in Südafrika bis zuletzt und rüsteten es auf.

Die kurdische Befreiungsbewegung hingegen zog in den letzten Jahren durch den erfolgreichen Widerstand in Kobanê und Şengal nicht nur alle Aufmerksamkeit auf sich, sondern konnte auch das Bild verändern, das die Propaganda so viele Jahre von ihr gezeichnet hatte. Seither wird sie in viel breiteren Kreisen als fortschrittliche Kraft wahrgenommen.

Auch Öcalan selbst wird dank seiner Bücher zunehmend anders gesehen. Nach fast 20 Jahren im Gefängnis ist er nicht mehr ein Guerilla-Anführer, sondern ein schreibender Politiker und Denker, dessen überragende Bedeutung für eine friedliche Lösung auf allen Seiten des Konflikts anerkannt ist.

Was tun?

Deutschland hinkt hinterher, wie nicht zuletzt die aktuellen, absurden Bilderverbote zeigen. Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – ist auch hier jenseits von HDP-Solidarität, Kobanê-Solidarität, Rojava-Solidarität, Kurdistan-Solidarität und Frauen-Solidarität ein besonderes Eintreten für die Freiheit von Abdullah Öcalan gefragt. Wir rufen alle dazu auf, örtliche »Freiheit für Abdullah Öcalan«-Komitees zu gründen oder zumindest die Freiheitskampagne zu einem zentralen Baustein jeglicher Solidaritätsarbeit zu machen. Als Internationale Initiative möchten wir dabei mit lokalen Gruppen zusammenarbeiten.

Mittlerweile gibt es bereits mehrere Lesekreise in Deutschland, die gemeinsam Öcalans Schriften lesen und diskutieren. Das ist überaus erfreulich und eine hervorragende Grundlage für den nächsten Schritt: den Aufbau lokaler »Freiheit für Öcalan«-Komitees.

Die AKP weiß, was sie tut, wenn sie Imralı Island so sehr isoliert, dass keine einzige Silbe von Öcalan nach außen dringt. Diese Isolation müssen wir jetzt durchbrechen, um der stärksten Stimme der Demokratie in der Türkei noch mehr Gehör zu verschaffen. Wer wirksam gegen Erdoğan vorgehen will, muss die Aufmerksamkeit auf diese Insel und ihren bekanntesten Insassen richten: Abdullah Öcalan. ♦

Die Repression gegen kurdisch-syrische Organisationen nimmt in Deutschland zu

YPG = PYD = PKK

Elmar Millich, AZADÎ e.V.

Im Kurdistan Report 191 berichteten wir, dass das Bundesinnenministerium (BMI) mit einem Rundschreiben vom 2. März 2017 an verschiedene Länderbehörden das seit 1993 bestehende PKK-Verbot de facto noch einmal ausgeweitet hatte. Betroffen vom Verbot waren erstmalig auch Symbole des legal als eingetragener Verein agierenden Verbands der Studierenden aus Kurdistan in Deutschland (YXK) und die Fahnen der nordsyrischen kurdischen Partei der Demokratischen Einheit (PYD) sowie der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) als »PKK-Ablegerparteien«. Darüber hinaus sollten generell Fahnen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nicht mehr öffentlich gezeigt werden dürfen wegen dessen »hoher emotionalisierenden Wirkung«. Auf journalistische Nachfragen hin blieb das BMI aber sehr unbestimmt. Es räumte ein, dass die betroffenen Vereine und Verbände in Deutschland nicht verboten seien, aber ihre Symbole auf kurdischen Demonstrationen verboten werden können, wenn sie »ersatzweise« für PKK-Symbole genutzt würden, um den Zusammenhalt von deren AnhängerInnenschaft zu stärken.

Von Interesse war nun, wie Polizei- und Justizbehörden mit diesen neuen Vorgaben umgehen würden. Bei der kurz darauf stattfindenden zentralen Newrozfeier in Frankfurt, bei der massenhaft Öcalan-Portraits und YPG-Symbole mitgeführt wurden, beschränkte sich die Polizei noch auf die Dokumentation der angeblichen Verstöße und wies darauf hin, dass ein polizeiliches Eingreifen aufgrund der hohen TeilnehmerInnenzahl unverhältnismäßig gewesen wäre.

Eine erste Eskalation gab es dann bei einer Demonstration in Berlin am 17. Juni eben gegen die Ausweitung des PKK-Verbots auf die syrisch-kurdischen Organisationen. Im Auflagenbescheid wurde explizit das Zeigen der Symbole von PYD, YPG und YPJ untersagt. Begründet wurde diese Auflage damit, dass die Demonstration gegen die Kriminalisierung der syrisch-kurdischen Organisationen auch »thematisch direkt mit den Geschicken des kurdischen Bevölkerungsteils in der Türkei verknüpft und dazu geeignet sei, auch PKK-nahe Personen zu mobilisieren«. Immer wieder stoppte die Polizei die Demonstration und forderte die TeilnehmerInnen auf, Fahnen der YPG aus der Demonstration zu entfernen. Kurz vor Abschluss stürmte sie unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken in die bis dahin friedlich verlaufene Demonstration und verletzte dabei zwei TeilnehmerInnen schwer. Insgesamt kam es zur Festnahme von sieben DemonstrationsteilnehmerInnen.

Weitere Vorfälle zeigen, dass die Polizei erwartungsgemäß keine Differenzierung der konkreten juristischen Umstände vornimmt, sondern zwischen den Symbolen von PKK und den legalen syrischen Organisationen keine Unterscheidung trifft. Im August durchsuchte die Polizei in München zwei Wohnungen linker AktivistInnen und beschlagnahmte dort Computer. Anlass war ein vermeintlicher Verstoß gegen das Vereinsgesetz. Einer der Beschuldigten soll auf Facebook das Bild einer Fahne der YPG veröffentlicht haben. Es häufen sich Strafverfahren, in denen Personen des Verstoßes gegen Art. 20 Vereinsgesetz im Zusammenhang mit Fahnen der YPG beschuldigt werden. Auch der kurdische Studierendenverband YXK wird in seiner Öffentlichkeitsarbeit behindert. Die Universität Duisburg-Essen hat beispielsweise die Raumvergabe an die dortige YXK-Gruppe bereits an die Bedingung geknüpft, dass keine Symbole der YXK gezeigt werden – zu ihrem eigenen Schutz vor Strafen, wie eine Pressesprecherin formuliert. Es ist wohl einmalig, dass ein legaler Verein seine eigene Veranstaltung nicht mit seinen Fahnen dekorieren darf.

Mittlerweile hat sich eine erste Rechtsprechung zum Umgang mit den verbotenen kurdisch-syrischen Symbolen in Hessen entwickelt. Bei einer 1.-Mai-Demo in Frankfurt trugen Mitglieder des ArbeiterInnenvereins der ehemaligen Adler-Werke LAGG e. V. ein Transparent mit den Symbolen von YPG und YPJ, auf dem sie den Einheiten für die Rettung der ÊzîdInnen vor dem »Islamischen Staat (IS)« in Şengal (Nordirak) 2014 dankten. Die Polizei beschlagnahmte das Transparent und erstattete Anzeige. Die zuständige Staatsanwaltschaft sah jedoch keine strafrechtlich relevanten Aspekte, stellte das

Verfahren ein und wies die betroffenen Angeschuldigten auf die Möglichkeit hin, wegen der ungesetzlichen Polizeimaßnahme Entschädigung zu beantragen.

Schon vor dem Rundschreiben des BMI vom März dieses Jahres hatte die Stadt Frankfurt anlässlich einer Demonstration zum Jahrestag der Befreiung Kobanês am 1. November 2016 per Auflage das Zeigen der Symbole von YPG/YPJ untersagt. Dagegen hatten die AnmelderInnen beim Verwaltungsgericht Frankfurt Beschwerde eingelegt und im September dieses Jahres Recht bekommen. Die Frankfurter Versammlungsbehörde hatte das Verbot hauptsächlich mit der angeblich engen ideologischen und organisatorischen Verflechtung zwischen PKK und PYD begründet.

Dies ließ das Gericht nicht gelten. Entscheidend sei, dass die Mehrheit der Bevölkerung YPG und YPJ als Kampfbeteiligte gegen den »Islamischen Staat« in Syrien wahrnehmen würden und nicht als mit der PKK verknüpft. Ein aus der genannten Demonstration heraus entstandenes Strafverfahren gegen eine Demonstrantin war schon vorher bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausgesetzt worden und wird nun wahrscheinlich eingestellt. Die VeranstalterInnen der oben erwähnten Demonstration in Berlin im Juni haben ebenfalls vor dem Verwaltungsgericht Klage gegen die Auflagen der Versammlungsbehörde eingereicht. Ein Urteil bleibt abzuwarten.

Dass vom BMI kein Einlenken zu erwarten ist, zeigen die Ereignisse um das 25. Internationale Kurdische Kulturfestival in Köln im September, bei dem Hunderte Portraits von Abdullah Öcalan gezeigt wurden. Als Reaktion bestellte das Außenministerium der Türkei den deutschen Botschafter ein, um dagegen zu protestieren. Die verantwortliche Kölner Polizei stellte sich auf den Standpunkt, dem Gesetz Genüge getan zu haben, da die konkret gezeigten Fahnen mit Abdullah Öcalan nicht denen entsprachen, die auf dem Rundschreiben des BMI vom März gelistet seien. Das BMI beeilte sich dagegen, der türkischen Regierung entgegenzukommen. Es werde eine weitere Konkretisierung des PKK-Verbots geprüft. Für das Bundesinnenministerium sei jede Abbildung Öcalans »grundsätzlich« von dem Verbot betroffen. Dazu NAV-DEM als Veranstalter des Festivals: »Das Verbot von Öcalans Bildern gefährdet nicht nur die Bestrebungen der kurdischen Seite für eine politische Lösung der kurdischen Frage, sondern auch eine Demokrati-



Hafenstr. in Hamburg im November 1994: Am ersten Jahrestag der Verbotsverfügung durch den Innenminister Kanther erstrahlte am Hamburger Hafen das PKK-Symbol. Am dritten Tag kam die Malertruppe des Hamburger Senats und übermalte das Symbol unter großem Protest. Kanther gibts nicht mehr, die kurdische Freiheitsbewegung ist erfolgreicher denn je.

sierung der gesamten Region. Zudem untergräbt es den politischen Willen von Millionen Menschen weltweit.«

Sicherheitsbehörden suchen neues Betätigungsfeld

Nach wie vor stellt sich die Frage, was die Bundesregierung antreibt, ausgerechnet in einer Zeit, in der die deutsch-türkischen Beziehungen nach allgemeiner Einschätzung auf einem Tiefpunkt sind, die Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung zu verstärken. Soll damit, wie es der Journalist Bernd Kastner in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung nach dem Festival in Köln einforderte, »eine offene Flanke gegenüber Erdoğan geschlossen werden«, um die in der Türkei inhaftierten deutschen StaatsbürgerInnen aus dem Gefängnis zu bekommen? Das wird sicher eine Rolle spielen. Seit dreißig Jahren haben alle deutschen Regierungen mit der Türkei einen Interessenausgleich gesucht, indem sie ankündigten, vor Ort härter gegen die PKK vorzugehen.

Nicht nur gegen die kurdische Bewegung, auch gegen linke revolutionäre Organisationen in und aus der Türkei nimmt der Druck zu. In München werden demnächst die Urteile gegen zehn politische AktivistInnen gefällt, denen gemäß §129b StGB vorgeworfen wird, die in der Türkei aktive TKP/ML zu unterstützen. Selbst im Kulturbetrieb, der bislang für staatliche Eingriffe weitgehend tabu war, wird das BMI aktiv. So forderte die Behörde in einem am 23. Mai 2017 an die obersten Landesbehörden von Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen versandten Rundschreiben die Verhinderung von Auftritten der linken türkischen Musikgruppe Grup Yorum. Auf eine Anfrage der innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, antwortete die Bundesregierung, über eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit einem Auftritt von Grup Yorum lägen der Bundesregierung zwar keine Erkenntnisse vor. Allerdings seien bei einigen Konzerten Symbole der auch in Deutschland verbotenen Revolutionären Volksbefreiungspartei–Front (DHKP-C) gezeigt worden.

Diese möglichen Gründe erklären allerdings nicht die Defacto-Ausweitung des PKK-Verbots auf PYD, YPG und YPJ. Mit der Ansicht, es handele sich dabei um terroristische Organisationen, steht die Türkei auf weiter Flur allein. Im Gegensatz zur PKK werden sie weder auf der EU- noch auf der US-Terrorliste geführt. Von den USA werden sie als verlässliche Verbündete gegen den IS angesehen. Der Druck der Türkei wendete sich in diesem Punkt auch konsequenterweise sehr viel stärker gegen die USA als die deutsche Bundesregierung. Das Problem, dieses Verbot nun bei Demonstrationen und Veranstaltungen auch umsetzen zu müssen, ist hausgemacht. Es legt die Vermutung nahe, dass sich die zentralen Behörden im Bereich innere Sicherheit – BMI, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft – hier ein neues Betätigungsfeld aufbauen wollen. Der FOCUS, bekannt für seine engen Verbindungen zu den Geheimdiensten, zitierte am 14. Juli aus einem geheimen Bericht des BKA an alle Landeskriminalämter eine Warnung vor einer Terrorgefahr durch linksextremistische Syrien-HeimkehrerInnen, die »von der Kurden-Miliz YPG paramilitärisch ausgebildet« worden seien. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ergänzte, dass die RückkehrerInnen »aufgrund ihrer militärischen Ausbildung und erworbenen Kampferfahrung eine abstrakte Gefahr für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands« darstellten. Dass dies mit der Realität nichts zu tun hat, ist den Behörden bekannt. Hier werden durch gezielte Indiskretionen neue Feindbilder verbreitet, damit zukünftige repressive Maßnahmen bei Medien und Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen. Die starke Solidarität der deutschen Linken vor allem mit der kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava, wie sie sich zuletzt bei der Großdemonstration gegen den G20-Gipfel in Hamburg gezeigt hat, ist den Behörden ein Dorn im Auge. Da zu entsolidarisieren, wie es zum Teil Anfang der 1990er Jahre in Bezug auf die PKK gelang, ist das Ziel der verstärkten Repression. Um eine außenpolitische Stellungnahme zur Rolle der Kurdinnen und Kurden und mit ihnen verbundenen Bevölkerungsgruppen in Syrien hat sich die Bundesregierung hingegen trotz parlamentarischer Anfragen in den letzten zwei Jahren gedrückt. Hier möchte man die US-amerikanischen Verbündeten nicht verärgern.

Auch wenn es keine direkte Auswirkung auf die deutsche Rechtsprechung hat, ist ein im September gefälltes rechtskräftiges Urteil des Brüsseler Berufungsgerichts politisch von großer Bedeutung. Angeklagt nach dem »Antiterrorgesetz« waren in dem seit 2006 laufenden Verfahren 36 meist im belgischen Exil lebende kurdische PolitikerInnen sowie der Fernsehsender Roj TV mit seinen Studios bei Brüssel. Das Gericht stellte nun fest, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, sondern eine Partei in einem internen bewaffneten Konflikt. Ziel der PKK sei es nicht, »die Bevölkerung zu terrorisieren, sondern für die Rechte der Kurden zu kämpfen«. Auch eine Verbindung zu den »Freiheitsfalken Kurdistans« (TAK), bei deren Anschlägen in der Westtürkei immer wieder ZivilistInnen starben, konnte das Gericht nicht erkennen. Damit steht die belgische Rechtsprechung diametral zu der rechtlich bindenden Entscheidung des deutschen Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2014, der keine völkerrechtliche Legitimation für die militärischen Aktionen der PKK sieht und dieser auch die Anschläge der TAK zuordnet. Ein ermutigender Anlass, die allein auf Repression ausgerichtete Politik der Bundesregierung gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung auf europäischer Ebene zu isolieren und als nächstes die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste zu erreichen. ♦

Dengbêjî als Informationsträger der Geschichte

Die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses

S. R. Jalali

»Geschichtsschreibung« im klassischen Sinne beruht auf mündlich überlieferten Traditionen, speziell mündlich überlieferter Geschichte, die lange Zeit ignoriert wurde und heute immer noch ignoriert wird. »Anerkannte« Geschichtsschreibung basiert hauptsächlich auf archäologischen Funden, Dokumenten und lehnt mündlich überlieferte Geschichte seit langem ab. Denn für diese Überlieferungen gibt es keine »sicheren« Beweise, da sie teilweise nicht durch physische Nachweise gestützt werden, sondern sich nur auf menschliche Überlieferung verlassen wird.

Wie wir wissen, basiert mündlich überlieferte Geschichte hauptsächlich auf den Schilderungen von Augen- und Ohrenzeugen. Sie ist auch als »Geschichte des Alltags« bekannt, weil diese Art als Geschichtsschreibung über Könige, populäre Personen, Siege oder andere bekannte Themen der politischen Geschichte nicht interessant ist. Das alltägliche Leben, gewöhnliche und außergewöhnliche Ereignisse, Lebensgeschichten und lokale Ereignisse können Themen der mündlich überlieferten Geschichte sein.

Mündlich überlieferte Geschichte wurde in akademischen Kreisen lange Zeit angezweifelt. Obwohl ihre systematische Erforschung in den USA bereits in den 1930er Jahren begann und in Europa in den 1960ern, wurde sie in der akademischen Welt nicht anerkannt. In der Türkei begann die systematische Forschung erst in den 90er Jahren und nur wenige Universitäten haben sich auf diesem Gebiet spezialisiert.

Auch wenn mündlich überlieferte Geschichte weit von der akademischen Welt entfernt ist, war sie sehr verbreitet. Gerade an Orten, an denen Kultur mehr auf mündlicher Überlieferung basiert als auf schriftlich Fixiertem. An dieser Stelle sollten wir festhalten, dass beides – entgegen allgemeiner Ansicht – gleich wichtig ist. Klassische Historiker argumentieren noch immer mit der Bedeutung schriftlichen Materials. Andererseits werden neue Forschungsbereiche zum Thema mündlich überlieferte Geschichte entwickelt.

Im Falle von Gemeinschaften der Kurdisch-Kurmancî, besonders vor den 1980er Jahren, sprechen wir von einer in sich geschlossenen Kultur mit vielen verschiedenen Varianten. Abgesehen von der Behauptung, Kurmancî sei, anders als andere Dialekte, ein nicht schriftlicher Dialekt der kurdischen Sprache, hängt die Mündlichkeit dieses Dialekts auch mit der hohen Analphabetenrate bei den in der Türkei lebenden kurdischen Kurmancî-Angehörigen zusammen.

Der Hauptgrund für seine mündliche Verwendung verbirgt sich jedoch immer noch im Kontext des Kurmancî-Dialekts und in der Kultur der Kurmancî-Gemeinschaften. Wenn wir also über Dengbêjîs und Kilams sprechen, sollten wir uns außer auf die Rolle der Mündlichkeit auch auf den Inhalt dieser auf tatsächlichen Ereignissen beruhenden Erzählungen konzentrieren. So können wir die über Dengbêjîs vermittelten Ereignisse, die Rolle der Dengbêjîs und ihre Wirkung auf das Publikum verstehen, erfassen und nachvollziehen.

Dengbêjîs und Kilams sind vorwiegend Erzählungen, auch wenn sie in musikalischer Form präsentiert werden. Man kann sagen, dass Kilams – im Vergleich zu anderen kulturellen Praktiken wie Strans und Cîroks (Lieder und Geschichten), die eher von Emotionen und der imaginären Welt inspiriert werden – fast vollständig auf Realität basieren. Natürlich sind darin Übertreibungen enthalten, wie in nahezu allen traditionellen Erzählungen – beispielsweise sind die Frauen schön, die Männer mutig und die Pferde schnell etc. –, sie überschreiten dabei aber nie die Grenzen der Realität. Das Pferd eines Helden zum Beispiel, das immer sehr schnell war, aber nie fliegen konnte, oder der mutige Held, der nie allein eine Armee von Tausenden besiegen konnte. Um es kurz zu machen, Übertreibungen in Kilams werden nur dazu genutzt, die Erzählungen auszuschmücken, und nicht, um die Realität zu verzerren.

Der Erzähler/die Erzählerin (Dengbêj) bezieht sich in die Geschichte mit ein, hat deshalb keine objektive Sicht auf die erzählten Ereignisse, berichtet beispielsweise von einer Konfliktsituation aus einer bestimmten Perspektive; der Zuhörer versteht also, auf welcher Seite der Autor steht, obwohl dieser seinen Standpunkt nicht klar benennt. Es ist jedoch kein Hindernis für den Autor, auch den Mut und die Schönheiten der anderen Seite zu sehen. Manchmal erleben wir eine Situation sogar genauso wie diejenige, in der Homer in der Ilias den Kampf aus der Sicht der Achäer-Armee beschreibt, obwohl er eigentlich auf Hektors Seite steht.

Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine feste Regel. Es gibt auch auf Bestellung vorgetragene Kilams, die den lokalen Ağa (Großgrundbesitzer) thematisieren und loben. Die Zahl bestellter Kilams hat aber stark abgenommen und sie sind nicht so berühmt wie die anderen Kilams, weil das kollektive Gedächtnis sie weitestgehend ausschließt. In ihnen wird manchmal dem lokalen Ağa zuliebe die Realität verändert, damit sie ihm gefallen, als Gegenleistung gibt es Geschenke vom Ağa. Es gibt sogar Legenden, dass Kilams genutzt wurden, um Familienstreit zu schlichten.

Diese Art der Kilams macht jedoch nur einen kleinen Teil der Gesamtheit der Werke aus. Generell verstehen sich die Dengbêjîs als Übermittler vergangener Ereignisse, die dabei auf ihre eigenen Meinungen und Gefühle Bezug nehmen, um die Erzählung interessanter zu gestalten. Dieses Ausschmücken der Ereignisse ist unvermeidlich, damit das Publikum den teilweise stundenlangen Erzählungen folgen kann; diese muss der Autor lebhaft gestalten und über einen einfachen Bericht der Ereignisse hinausgehen.

Schriftlich festgehaltene Geschichtsschreibung ist in der kurdischen Kultur nicht weit verbreitet. Die Aufgabe der Überlieferung übernahmen die Dengbêjîs mit Hilfe der Kilams. Auch



Dengbêj-Sängerinnen auf der Hamburger Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III« Foto: Babak Bataghva

wenn es ihnen hauptsächlich darum geht, erlebte Ereignisse in andere Regionen zu tragen, sind sie sich dennoch auch darüber im Klaren, dass die überlieferten Geschichten auch für nachfolgende Generationen von Bedeutung sein könnten.

Die Charaktere, die in Dengbêjîs bzw. Kilams vorkommen, haben wirklich gelebt; Kilams beziehen keine imaginären Helden mit ein. So sind Dengbêjîs ein Mittel zur mündlichen Weitergabe von Geschichte. Das kann durch das Forschen nach den in den Erzählungen thematisierten Menschen und Ereignissen bewiesen werden. Und wir können damit fortfahren, das zu verdeutlichen.

Kilams wie »Kilama Ferzende Begê« und »Kilama Seyîtxan« und andere Dengbêjîs sind Geschichten, die aus dem wahren Leben gegriffen sind, die sich verbreitet haben, deren Inhalt sich aber im Hinblick auf Themen, Charaktere, Orte und Chronologie nie geändert hat. Wegen der mündlichen Weitergabe bringt jeder Erzähler automatisch seine Perspektive mit ein. Allgemein kann gesagt werden, dass diese Erzählungen aktuelle Geschehnisse kontinuierlich an andere Generationen weitervermitteln.

Daher wäre es nicht falsch, Dengbêjîs als einen Weg zu bezeichnen, in der kurdischen Kurmancî-Kultur Geschichte zu überliefern. Einige Charaktere und Ereignisse, die in Dengbêjîs beschrieben werden, können schriftlich belegt werden.

Ferzende Begê war der Sohn von Silêmanê Ehmed vom Hesenan-Stamm in Mûş-Melezgird (Muş-Malazgirt). Er schloss sich den Şêx-Seîd-(Sheikh-Said-)Aufständen von 1925 an und ging nach ihrer Niederlage in den Iran. Nach Beginn des Agirî-(Ağrı-)Widerstands überquerte er die Grenze erneut und schloss sich dieser Bewegung an. Nach der Niederlage dieses Aufstands kehrte er in den Iran zurück. Dort wurde er bei einer Auseinandersetzung mit iranischen Soldaten verletzt und gefangen genommen. Er wurde ins Qajar-Gefängnis gebracht, 1936 oder 1937 wurde er dort getötet oder starb.

Dem Bericht Abidin Özmens, des ersten Generalinspektors der türkischen Republik, zufolge waren »viele Menschen wie Hesenali Ferzende, Hesanali Ado, Yado, Alican, Seyithan, Gevali Adil, Izzet, Musa, Simko, Cebranli Halit, Hasenanli Halit, Bitlisli Mazlup Ziya, Ihsan Nuri Hoca, ob tot oder lebendig, Helden für die Bevölkerung«.

Ein anderes Beispiel ist Seyîtxan, der in der Geschichte »Kilama Mala Seyîtxan« vorkommt. Sein vollständiger Name war Seyîtxanê Ûsivê Seydo. Er war in der Bevölkerung auch als Seyîtxanê Kerr (der taube Seyîtxan) bekannt, denn er hörte so schlecht. Er gehörte zum Seyîdan-Zweig des Hesenan-Stammes. Er beteiligte sich an den Şêx-Seîd-Aufständen und ging nach ihrer Niederlage mit einer Gruppe von Freunden – unter ihnen auch sein Bruder Teyfîq – nach Syrien. Mit ihnen schloss er sich dem Agirî-Widerstand an. Nach dem Scheitern dieser Aufstände lebte er eine Zeit lang in den Bergen und beteiligte sich an Auseinandersetzungen mit den Regierungskräften. Bei einem solchen Gefecht in der Region Keyirê Samiyê wurde er 1932 getötet, als er die Grenze nach Syrien zu überqueren versuchte.

Ferzende und Seyîtxan, die beide in mehreren Kilams vorkommen, sind sehr bekannt, auch dafür, wie und wo sie gelebt haben. In der neueren Geschichte wurde auch nach schriftlichen Unterlagen über sie geforscht, aber der wesentliche Ursprung für das Wissen der Bevölkerung über sie sind die Dengbêjîs. Jedes Kilam hat einen Platz im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft, als historische Quelle. Die Geschichten existieren bis heute, da sie trotz Verfolgung und Assimilation immer weitergegeben wurden. In dieser Gesellschaft, in der die Analphabetenrate sehr hoch ist, wird Geschichte also mit Hilfe der Dengbêjîs und Kilams von Region zu Region und von Generation zu Generation weitergegeben, ohne irgendwo schriftlich festgehalten zu werden.

Wichtig dabei ist, dass man von Ausnahmen abgesehen sagen kann, dass es sich bei den in Kilams vorkommenden Charakteren um Menschen handelt, die wirklich gelebt haben, die geschilderten Ereignisse haben wirklich stattgefunden. Was der Dengbêj tut, ist lediglich das Ausschmücken der realen Personen und Ereignisse. Dies ist eng mit der Rolle eines Dengbêjs verbunden, da er sich als mehr als nur ein klassischer Dichter oder Künstler versteht, nämlich als ein Historiker.

Kurz gesagt, Dengbêjîs können durchaus als ein Weg zur Weitergabe von Geschichte in Kurmanci-kurdischen Gebieten gewertet werden. Als Teil des kollektiven Gedächtnisses kurdischer Menschen haben Dengbêjîs mit Hilfe der Kilams vergangene Geschehnisse in andere Regionen befördert und an nachfolgende Generationen weitergegeben. In diesem Sinne können Dengbêjîs mit anderen oralen Werkzeugen verglichen werden, die eine Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Gegenwart. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

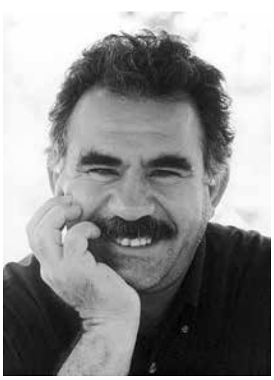
Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Raqqqa konnte von den QSD befreit werden
Foto: Mezopotamya Ajansi

Rückseite:
Rojava: Beim Frauendorf Jinwar rückt der Einzugstermin näher.
Foto: jinwar.org

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen!
Demonstration in Düsseldorf am 4. November



Mit den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden und zuletzt in Deutschland hat das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien einen deutlichen Ausdruck gefunden. Damit wird sich nicht nur das Leben der MigrantInnen, sondern aller Gesellschaften in Europa weitgehend verändern. Frieden und Sicherheit sind bedroht. Dieses sich ausbreitende faschistoide, rassistische und rechte Denken ist der Feind aller Menschen. Und nicht nur in Europa, überall auf der Welt wird ein autoritäres, unmenschliches Regime nach dem anderen errichtet. Trump in den USA, Putin in Russland und der Diktator Erdoğan in der Türkei, mit seinen in ganz Kurdistan verübten Kriegsverbrechen. Sie sind die gefährlichsten Vertreter dieser reaktionären Ideologie, die die Welt an den Abgrund zu bringen droht.

Während rechte Ideen mit hohem Tempo neue Mauern errichten, müssen AntifaschistInnen und DemokratInnen der Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen Einhalt gebieten. Sie müssen diese Mauern einreißen und Alternativen schaffen. In dieser Perspektive bietet die Demokratische Föderation Nordsyrien, in der Pluralität und Frauenbefreiung an erster Stelle steht, einen konkreten Lösungsvorschlag.

Inzwischen ist es für die ganze Welt offenkundig geworden, dass es in der Türkei einen Tyrannen gibt. Und dieser mordende Tyrann ist nicht nur der Feind der Völker in der Türkei und in Kurdistan, sondern er ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Wir müssen alle Tyrannen und Diktatoren mitsamt ihren Verbrechen an der Menschheit, Massakern und Unterdrückungen im Auge behalten. Indem Erdoğan tagtäglich die Forderungen der Bevölkerung und die Rechte demokratischer Organisierung missachtet, weitet er seine Macht und Unterdrückung immer mehr aus.

Auf das Konto von Erdoğn geht die Zerstörung von ganzen Städten, allen voran Sur, Cizre, Şırnak und Nusaybin, sowie die Ermordung hunderter Menschen. Er erklärt gewählte oppositionelle PolitikeInnen zu Terroristen und beutet Flüchtlinge aus. Leider wird er in diesem Tun von vielen europäischen Ländern, vor allem Deutschland, gestützt. Ganz nach dem Wunsch des türkischen Staates und Erdoğans werden von europäischen Regierungen und Gerichten, die Kräfte im Mittleren Osten, die gegen den IS kämpfen zu Terroristen erklärt. Aktivitäten kurdischer und türkischer Vereine und demokratische kurdische und türkische PolitikerInnen werden mithilfe des türkischen Geheimdienstes verhört und ganz im Sinne Erdoğans mit unsinnigen und nicht belegbaren Anklagen überzogen. Kurdische und türkische linke AktivistInnen werden kriminalisiert und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Alle in Europa lebenden DemokratInnen müssen ihre Stimme gegen diese ungerechte Politik erheben. In diesem Kontext sind auch die jüngsten Diskussionen zum Verbot jeglicher Fahnen und Transparente, auf denen die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan zu sehen ist, zu sehen. Öcalan als zentraler Ideengeber der kurdischen Demokratiebewegung wird wie so oft versucht aus dem öffentlichen Leben in Deutschland zu verbannen. In diesem Sinne sehen wir unsere Verantwortung, mit unserem gesellschaftlichen Aufbau entlang radikaldemokratischer, ökologischer und auf Frauenbefreiung basierender Prinzipien, seine Ideen mit Leben zu füllen.

Mit dem Gesellschaftsparadigma Öcalans, dem demokratischen Konföderalismus, werden wir Schulter an Schulter mit allen demokratischen und antifaschistischen Kreisen dem Rechtsruck Einhalt gebieten und für ein gemeinsames, solidarisches Zusammenleben in Europa kämpfen.

Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!
Hoch die internationale Solidarität !
Kommt zur europaweiten Demonstration nach Düsseldorf, am 4. November 2017!



ISSN 0935-5375